

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Zulage für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen von 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verleger: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 10. August 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Antonienhütte.

Den Grubenarbeitern Preußens tritt die Sozialreform von Oben gerne mit ihrer ultima ratio entgegen, mit dem kleinlichen Gewehr. Wie lange ist es her, daß die von den Steuerzahlern unterhaltenen Soldaten im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier den auffälligen Bergarbeitern, die denn auch einmal gegen die schwachen Auswüchserungskünste des Kohlenkapitals revoltierten, die altpreussische Plaisirerbrachten mit schneidigem Bajonnetangriff und rasantem Pelotonfeuer? Tarnlos leuchte der größte Ausbruch, den die deutsche Arbeiterwelt gesehen, in hellen Flammen. Die Knappen, die Jahrzehntlang gedrückt, durch Nullen der Wagen und Abreisen der Gebirge, durch alle denkbaren Chikanen geschuhriegelt und geschunden worden waren, hatten von ihrem verfassungsmäßig verbrieften Rechte Gebrauch gemacht. Was ihnen widerfuhr, lehrt die Geschichte des Ausstandes von 1890 und der Verleppische Knappentzug, lehrt die Aufhebung der Bergwerks-Abgabe und die Vereinerung der standesherrlichen Privat-Bergregale.

Diesmal trachten die Achtundsechzig im Osten des Königreichs, in dem schwärzesten Winkel des ober-schlesischen Kohlenbeckens, dort wo dieselben Feudalherren, die als Großgrundbesitzer Zehntausende ländlicher Pörriger ausnützen, zugleich die Berechtigten allergründlicher Grubenherren ausnützen, freundschaftlich gesellt zum preussischen Fiskus, dessen „staatliche Ministerbetriebe“ nicht bloß im Saarrevier, sondern auch im Bezirk von Zabrze das Entzücken aller Gesinnungstüchtigen erwecken. Der preussische Staat, dessen Bergwerke der unmittelbaren Leitung des Handelsministers unterstehen, ist einer der größten Grubenbesitzer in jenem Revier. Man weiß, daß früher die Bergwerke zu dem Ressort des Eisenbahnministeriums gehörten, daß sie aber seit dem Amtsantritt des Herrn v. Verleppsch, des berufenen „Ministers für Sozialpolitik“, das heißt seit dem 31. Januar 1890 dem Ministerium für Handel und Gewerbe zugeteilt worden sind. Herr v. Verleppsch als Schwiegersohn eines der größten Grubenbesitzer Deutschlands, des bekannten, vor einiger Zeit verstorbenen von Zielen-Winkler hat als solcher sogar auch Gelegenheit, die Zustände im ober-schlesischen Bergbau auf das allergenauste aus eigener Anschauung bis in die intimsten Fragen hinein kennen zu lernen.

Indes hat Herr v. Verleppsch kein Glück als Bergwerksminister. Von dem rheinisch-westfälischen Streit bis zum Knappentzug der Bergwerksbesitzer, dieser riesenhaften Karrikatur eines Bergarbeiter-schutzgesetzes, von da bis zur Tragikomödie der Steuerreform und von dem verachteten Kalimonopolplan weiter bis zur Fälschung von Antonienhütte ein Mißersolg, ein Fehlschlag, eine Niederlage nach der anderen. Mit Blut und Thränen ist die Geschichte der Bergarbeiter Preußens von 1890 bis 1894 geschrieben.

Diesmal handelte es sich nicht um einen Lohnkampf, nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Grubenbaronen und Gruben-

proletariern. Ach! diese ober-schlesischen Bergleute, so rückständig dank der jämmerlichkeit der wirtschaftlichen Zustände, geistig und ökonomisch, politisch und sozial verflaut, in ihrer Mehrheit heute noch ein Spielball der Kapläne und der Herren, ausgehungert und dem Fuzel verfallen, sie haben jetzt erst fühlen gelernt, daß sie Ketten tragen.

Und was wollten sie? Etwas Einfaches, Selbstverständliches, gefällig Gewährleistetes, sich versammeln, über ihre Lage beraten, sich und ihre Kameraden aufklären. Wer aber nicht die Macht, die Geschlossenheit, den Zusammenhalt der herrschenden Klasse die Lebensbedingung ihrer Gewalt, denen das Knechtsthum, das nicht einmal mit den Ketten klirt, das Fundament ihrer Herrschaft dänkt!

Lustwacht sei das ober-schlesische Kapitalistenparadies, wo der slavische Leibeigene heute unter anderen Produktionszuständen noch so gut rodet wie vor der Revolution von 1848, ergen die modernen Gedanken der Arbeiterbewegung versperrt! Pfaffen, spreit Eure Ketten aus, stempelt Euch gegen den Strich, Ihr verbündeten Grubenherren, Landräthe, haltet Ordnung im Kreise und auch Gendarmen, thut Eure Pflicht! Wer die ober-schlesischen Verhältnisse kennt — und wir kennen sie —, der weiß, wie sozialdemokratische Agitation in Oberschlesien zu kämpfen hat. Beschlagnahme, Treibjagd, Verhaftung, alle Register des „geistigen Kampfes“ werden aufgezogen. Wir sind in Hinter-Ausland, und der Jar ist nah, so nah.

Und die Sozialdemokratie schreitet vorwärts. Mit Erbitterung sahens die Gegner 1893, und jedes neue Flugblatt reizt sie zu neuen Rücksichtslosigkeiten. Wir haben kürzlich erst an dem harten Urtheil des Breslauer Landgerichts Kritik geübt, an einem Urtheil, das sich gegen ein in Oberschlesien verbreitetes Flugblatt richtete. Oberschlesien soll „tabu“ bleiben für die Sozialdemokratie.

Aber trotzdem geht es vorwärts. Ein Todter, und das ein Weib, sechs schwer Verwundete und darunter ein Kind, diese Blutzengen stehen auf Zeugniß abzugeben gegen die Mißwirtschaft in Oberschlesien.

Man treibt in schamloser Weise den Arbeitern ihr Versammlungslokal ab, man reizt dadurch die leidenschaftlichen, ungezügeltsten, durch den Sozialismus noch nicht geschulten und gefestigten Leute zum temperamentvollen Protest. Das Naturdell der Ober-schlesier ist doch der Regierung bekannt. Warum schicken die Behörden nicht Beamte, die mit dem Volke umgehen und es zu behandeln wissen? Ein geschicktes Auftreten, eine verständige Haltung und es hätte kein Blutvergießen gegeben. Warum hat man beim zweiten Zusammenstoß sich mit der flachen Klinge genügen lassen? Mühte geschossen werden? So aber liegen acht Menschen in ihrem Blute, und die ganze Ordnungspresse heult nach Ausnahmemaßregeln. Die Neptilien und ihre Hintermänner ledigen ja nach „Kühbarem Material“. Sollte Antonienhütte es etwa liefern?

wo wir alle nicht recht im Stande gewesen wären, unsere Väter und Mütter zu erkennen, geschweige unsere Brüder, daß der Jude den Ruben erkannte, am folgenden Tag nämlich, — das glaube ich recht gern; er war bestroffen; aber die Hoffnung, Gewinn zu ziehen, machte ihn schweigen, damit ich ihm nicht etwa zuvorkäme; ich begreife das.“

Der Herr weiß, wie wir handeln!“ sagte Ben David schlau lächelnd bei. — „Mich ergötzt es ungemein,“ hob hier der Predigerwüch Johannes an, der bis jetzt keine Silbe zu dem Gespräch gegeben hatte, „daß durch des Junkers Ansage mein guter Dagobert von jeder Mitwissenschaft an dem dunklen Gewebe dieses seltenen Menschenkaufs freigeprochen wird. Mich hat es tief betäubt, da ich hörte, daß auch in dieser grenelichen Judensache meines Jüglings Name vorgekommen. Ein teuflischer Unhold scheint sich seit kurzer Frist Nähe gegeben zu haben, alles Ansehen über dem Haupte Dagobert's, des Schullofesten aller Menschen, zusammenzubringen, und sein eigener Vater sogar hat an die Lügen der Leidenschaft und des Zufalls geglaubt. Deshalb habe ich mich aufgemacht von meiner Zelle, um hier ein Wort der Sühne für den Jügling zu sprechen, der — abwesend — nicht selbst seine Sache zu führen vermag; denn ich kenne sein Herz, — ich habe es gebildet; ich darf — ich kann — ich muß mich für ihn verbürgen.“ — Reinhold schaute, während Diether vor der Hoheit des berechneten Priesters die Augen niederschlug, den Mann eines verhassten Ordens, scharf von der Seite an und sprach: „Das mögt Ihr allerdings, gelehrter Herr; allein laßt uns im Geleise bleiben. Dagobert findet seinen Richter in und außer sich. Hier handelt sich's jedoch um andere Dinge: um dieses Knaben Wohlfahrt, um die Aufhebung seiner Mutter.“ — „Rede, Hans!“ hob nun mit einem tiefen Athemzuge Diether an und nahm den Ruben freundlich bei der Hand: „Sage uns selbst, mit eigenem Munde, wer Dich davon geführt hat von Willhild.“

In tiefem Glend, in grenzenloser Unwissenheit verkommen, in Hütten hausend, worin nicht einmal der Fudel eines Geheimraths lagern dürfte, jammervoll genährt, im Kartoffelschnaps Trost und Kraft suchend, von Kindesbeinen an geplackt und ausgebetet, vegetirt die Grubenarbeiter-Bevölkerung Oberschlesiens, derweil der Fiskus stätliche Gewinne, derweil die Magnaten Millionen heranschlagen.

Nach dem preussischen Staatshaushaltetat für das Jahr vom 1. April 1894/95 wurden im Jahre 1892/93 bei der Königsgrube 1000 410 Tonnen bei einem Kohlenpreis von 5,93 M., bei der Königin-Luise-Grube 2 907 870 Tonnen bei einem Kohlenpreis von 6,50 M. erzielt. Für 1894/95 ist der Absatz bei der ersten Grube auf 1 125 000 Tonnen (Preis 5,70 M.), bei der Königin-Luise-Grube auf 2 900 000 Tonnen (Preis 6,20 M.) veranschlagt. Im Jahre 1892/93 betrugen die Einnahmen der Königsgrube 6 468 934 M., für die Königin-Luise-Grube 14 992 875 M. Es betrugen die Gehälter:

Des Direktors der Königsgrube	4 800 M.
Der 2 Direktoren der Königin Luise-Grube	10 200 „
Der 9 Betriebsinspektoren an beiden Gruben	29 100 „
Der 3 Grubenmarktscheider	8 550 „
Der 9 Faktoren	25 650 „
Der 9 Schichtmeister und Sekretäre	19 800 „
Der 12 Aßisten	19 650 „
Der 28 oberen Werkbeamten	62 000 „
Der 90 mittleren Werkbeamten	148 300 „
Der 55 unteren Werkbeamten	40 950 „

Zusammen: 366 550 M. 16 992 „

Dazu Wohnungsgeld-Zuschuß
Der durchschnittliche Arbeitslohn eines ober-schlesischen Grubenarbeiters betrug 1888 nach der amtlichen Statistik 565 M.! Und diese Fissern sind roßig gefärbt.

Neben dem Fiskus erscheinen als Erste die v. Zielen-Winkler'schen Erben. Diese Erben, mit die Hauptnugnießer jenes Privat-Bergregals, das Regierung und Landtag weißlich erhalten haben — sie empfangen als Abgabe durchschnittlich 906 119 M. im Jahr, 1891 gar 608 319 M. — verfügen über einen Regalbezirk, der ein Gebiet von mehr als zwei Quadratmeilen umfaßt. Er schließt einen beträchtlichen Theil des ober-schlesischen Steinkohlenbeckens in sich und ist mit verkleinert und von den Regalberechtigten für den eigenen Erbgang vorbehaltenen Steinkohlengruben-Feldern überdeckt. Im Jahre 1891 hat die Förderung 2 846 718 Tonnen im Werthe von 14 065 255 Mark betragen. Das Gebiet der von Zielen-Winkler, die Herrschaft Mysłowiz-Kattowitz — Antonienhütte liegt im Kreise Kattowitz — umfaßt auch noch die Dominien Jalesz, Schlupna, Ergesina, Dzedzkowiz und Brunsowa.

Kommt ein anderer mächtiger Regalherr und Grubenfürst, der Chef der Bismarck'schen Freunde, Graf Genzel zu Donnermarkt, der in der Standesherrschaft Beuthen-Tarnowitz das „Recht“ auf den Zwanzigsten vom Blei- und Silbererzbergbau hat und allein,

Der Knabe sah ihn fragend an. — „Wer verlieh Dich zu Wornis?“ sagte der Oberstrichter bei. — „Ei, die schwarze Mutter!“ antwortete das Kind: „sie hat mich erbärmlich geschlagen und dann auf der Gasse liegen lassen, da ich schlief. Der Mann hier hat mich darauf zu sich genommen.“ — „Ganz recht, Knabe;“ versetzte Reinhold; „wer ist aber die, die Du eine schwarze Mutter nennst?“ — „Schwester Walsrade ist's,“ entgegnete Hans nach kurzem Besinnen: „Da sie wieder kam und mich küssen wollte, hatte sie ein roth Röcklein an; ich habe sie aber doch wiedererkannt.“

„Wer ist Dein Vater, Knabe?“ — fragte der Schultheiß plötzlich und scharf. Der Knabe stuchte ob der heftigen Aured; aber ein ermunternder Händedruck des Vaters an seiner Seite gab ihm Muth, und er deutete schon und verzagt auf Diether. — Also ist die Gewalt eines liebevollen Herzens, das gleichsam wider Willen von Geoll umspinnen wurde, daß der geringste Anlaß den Geist der Liebe wieder darinnen mächtig weckt. Diether erfuhr es in diesem Augenblicke. Die schone, — man möchte sagen — slavische Geberde des Kleinen gewann ihm plötzlich die Zärtlichkeit des Altes, weil es demselben schmeichelte, dadurch vor der Welt sein Recht, das er selbst beinahe in Argwohn aufgegeben, behauptet zu sehen. Er zog den Ruben an seine Brust, küßte ihn, und rief: „Ja, ja, Du armer kleiner Hans! Du sollst den Vater nicht länger missen. Bitte nur den Himmel, daß er völliges Licht in diese Wildniß von Zweifeln sende.“ — „Das ist Dein Vater also;“ fiel der Schultheiß ein, welcher gar zu gerne den Knaben auf einem Fehlwort ertappt hätte: „Wer aber ist Dagobert?“ — „Mein lieber Bruder!“ erwiderte Hans vergnügt und munter. — „Und Frau Margarethe?“ — fuhr der Ver-sucher fort. — „Mein liebes, liebes Mütterlein!“ hieß die umfangene Antwort, und der Schultheiß sprang auf mit den Worten: „In Gottes Namen denn! Selig sind, die da glauben, und nicht sehen!“ Diether sah geschäftig auf den Unmuthigen, der zum Fenster trat, und wandte sich

Feuilleton.

Der Jude.

109

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von E. Spindler.

„Welche Widersprüche!“ rief der Schultheiß. „Mit Erlaubniß, hochwürdiger Herr; allein wie mag's geschehen, daß der Jude geschwiegen bis jetzt?“ — „Das möge er selbst verantworten;“ versetzte Reinhold mit scharfem Seitenblick auf Ben David. Der Letztere nahm auch alsobald das Wort: „Ich habe gehandelt recht, da ich den Ruben zurückgab der Mutter, und das Recht ist ein gut Kopflissen im Thurne sogar. Ich habe auch immer gehofft, wir würden sein gerettet durch der ehrsamten Frau Margarethe Verstand, und nicht verlassen hätte mich diese Zuversicht bis zum Ende. Darum habe ich nicht genannt ihren Namen vor dem Gericht, weil ein edler Name nicht gehört davor.“ — „Schurke!“ murmelte Gerhard zwischen den Zähnen: „ich wollte, mein Name wäre auch hier nicht genannt worden.“ — „Ihr habt freilich nicht am Vortheilhaftesten Euch ansgezeichnet,“ meinte der Oberstrichter; „allein ohne Euer Zeugniß wäre das Ganze nicht enthüllt worden, denn niemand, auch Frau Margarethe nicht, konnte ahnen, daß von diesem Knaben gerade die Rede sei, in der Anklage gegen die Juden. Aber, erklärt uns lieber, Junker von Gülshofen, wie es wohl geschehen sein mag, daß der Sohn des ehrsamten Schöffen, der junge Dagobert, den kleinen Stiefbruder nicht erkannte, da er doch bei dem Funde gegenwärtig gewesen, wie Ihr behauptet habt.“ — „Ei Herr“, antwortete Gerhard, begierig, sich so schnell als möglich aus dem Handel zu wideln, der einen überraschend guten Ausgang für ihn darzubieten schien: das geschah am Martinsabend,

ganz abgesehen von seinem Gewinn als Grubenbesitzer, einen Zwanzigsten als Abgabe einrichtet, der in dem letzten Jahrgang jährlich im Durchschnitt 108 250 M. betragen hat.

Dari der Seelenfriede der von Diele-Winkler, der Hengel von Donnermarkt, des Fiskus gestiftet werden? Wenn der Grubenvöbel sich versammeln will, mag er sich versammeln unterm Schutze der Soulane oder um Hurrach beim Sedansesse zu schreien und die Mähe zu schwenken, wenn er vorüberfährt, der gnädige Herr. Auf die Knie und den Saum des Gewandes geklopft, das der Pan durch den Roth schleift. Das ist des Landes so der Brauch.

Sonst: Gendarmen vor!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. August.

Er bleibt. Finanzminister Dr. Miquel läßt jetzt im „Hannov. Courier“ dementieren, daß er sich vertraulich dahin geäußert habe, er wolle zurücktreten. Wir haben sofort erklärt, daß wir diesem Gerüchte keinen Glauben beimessen. —

Die Ernennung des Grafen v. Zedlitz-Trübschler zum Oberpräsidenten von Schlesien ist angeblich jetzt zweifellos und soll im September erfolgen, sobald nach Rückkehr sämtlicher Minister die erste Sitzung des Gesamtministeriums abgehalten werden kann.

Graf Zedlitz-Trübschler ist der frühere Unterrichtsminister und Vater des Schulgesetzentwurfs, der wegen seiner großen Zugeständnisse an die kirchlichen Gewalten so große Aufregung verursacht hatte. —

Also schon wieder nichts mit der Reform der Militär-Strafprozeßordnung. Die „National-Zeitung“ schreibt:

Gegenüber den durch die Presse gegangenen, auf offiziöse Quellen zurückgeführten Mittheilungen über die angebliche Weiterführung der Militär-Strafprozeßreform haben wir darauf hingewiesen, daß diese Nachrichten nach den bisher vorliegenden amtlichen Mittheilungen wenig glaubwürdig erscheinen. Aus München geht uns nunmehr ein Privattelegramm zu, welches wie folgt eine der verbreiteten Versionen zurückweist: „Den Münch. Neuesten Nachr.“ wird berichtet, daß der bayerischen Staatsregierung keine Mittheilung über einen neuen Entwurf der Reform der Reichs-Militärstrafprozeßordnung ist.“ —

Der Streit um die geplanten Ausnahmemaßregeln geht weiter durch die Presse. In ihrer von uns schon oft gekennzeichneten verlogenen Weise deutet die „National-Zeitung“ die polizeilichen Heldenthaten in jähre weiter gegen die Sozialdemokratie aus, was uns ja bei einem Blatte, dem selbst die Erfindungen der Jhring-Mahlow und Raporta als Material für die Verlängerung des Schandgesetzes gut genug waren, nicht zu verwundern braucht. Der „Reichsbote“ bringt heute auch einen Leitartikel, der „Ausnahmemaßregeln“ überschrieben ist. Wir entnehmen demselben die folgenden Ausführungen:

Das bloße Dreinschlagen mit Gewaltmitteln hilft nichts. Die Sozialdemokratie ist im Grunde nichts anderes, als die Reaktion der durch den Umschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse um ihre selbständige wirtschaftliche Existenz gekommenen und in eine absolute Abhängigkeit hineingeworfenen Volksmassen gegen das bestehende Wirtschaftssystem, denen die Sozialdemokratie mit Zuhilfenahme der naturalistisch-demokratischen Weltanschauung eine neue Form der Existenzweise zu begründen verspricht. Die Erfahrung zeigt, daß die unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung die Zahl derer, welche wirklich noch einen Besitz ihrer eigenen nennen, auf den sie ihre Existenz gründen können, immer kleiner und dagegen die Zahl der Besitzlosen immer größer wird, und damit wächst auch die Zahl der Sozialdemokraten. Denn alle Besitzlosen, die zugleich von der naturalistischen Weltanschauung angefaßt sind, haben eine Inclination zur Sozialdemokratie, und es schwindet in ihnen immer mehr die Neigung, sich für die bestehende Gesellschaftsordnung, welche sie entsetzt hat, zu erwärmen und für sie einzutreten, zumal die Sozialdemokratie verspricht, diesen Entsetzungsprozeß mit seinem bitteren aber vergeblichen Todeskampf ums Dasein durch Uebertragung alles Besitzes auf den Staat zu Gunsten der Allgemeinheit zu beendigen. Thatsächlich hat die Sozialdemokratie eigentlich nur noch in der ländlichen Bevölkerung wirkliche ernsthafte Gegner, weil dieselbe noch ihren eigenen Besitz und in ihm die Grundlage ihrer Existenz hat. . . .

Um es kurz zu sagen, man muß dem Entsetzungsprozeß, wie er unser ganzes wirtschaftliches und soziales Leben beherrscht, entgegenzutreten und zunächst die Volksklassen, die noch nicht entsetzt sind, zu erhalten und anderen Kreisen wieder zu einem Eigentum zu verhelfen suchen.

Es war ein verhängnisvolles Wort, in dem seiner Zeit der Wirkung der liberalen Wirtschaftspolitik Ausdruck gegeben wurde: man müsse Millionen züchten; denn um einen Millionär zu züchten und zu erhalten, muß man ihm 1000 bis 10 000 kleine Existenzen zum Ruine und zur Ausbeutung überlassen. Und unter den Wirkungen dieser Tendenz leiden wir.

Das Blatt zieht hieraus die bei ihm üblichen Konsequenzen und belehrt dann die preussische Polizei, daß sie das Versammlungs- und Vereinsrecht viel zu liberal handhabt und erklärt endlich, daß Gesetze nach dem Wunsche der „Post“ und der „National-Zeitung“ unendlich seien. Seine Ausführungen schließt es mit dem folgenden Satze:

Man höre so oft die Verlegenheits-Redensart: „Es muß was geschehen!“ Wenn man nicht weiß, was geschehen muß, dann macht man ein Gesetz und wenn das fertig ist, dann glaubt man seine Schuldigkeit gethan zu haben — und das Resultat ist, daß trotz Gesetz das alte Uebel fortjähret, weil man nicht das that, was wirklich helfen kann. —

Selbsttäuschungen ist eine Berliner Korrespondenz der „Kölnischen Volks-Zeitung“ überschrieben, der wir die folgenden Ausführungen entnehmen.

Die drei Hamburger Reichstags-Wahlkreise sind im Reichstags sozialdemokratisch vertreten und von den 23 sächsischen Reichstags-Wahlkreisen gehören 8 der Sozialdemokratie, während sie in 9 anderen Kreisen in der Stichwahl nur durch das Zusammengehen aller anderen Parteien geschlagen werden konnte. In Sachsen, wofür bereits 14 Sozialdemokraten im Landtage sitzen, liegen die Dinge so, daß von den 23 Reichstags-Wahlkreisen die Hälfte bei den nächsten Wahlen den Sozialdemokraten so gut wie sicher ist, und daß von der übrig bleibenden Hälfte wiederum die Hälfte von ihnen scharf bedroht wird. Der unglaublich kleinliche Kampf, wie er in Sachsen gegen die Sozialdemokratie beliebt wird, züchtet geradezu Sozialdemokraten. Man verschone uns also mit der Anpreisung der sächsischen Staatsretterei. Trotzdem die Berliner Politischen Nachrichten“ behaupten, daß eine Verschärfung des preussischen Vereins- und Versammlungsrechts geplant werde, bezweifeln wir zunächst, daß aus der Sache Ernst wird. Der preussische Landtag hat wichtigere Dinge zu thun, als die staatsbürgerlichen Rechte einzuschränken, zumal die freikonservative „Post“ ganz offen zugiebt, daß von der Korrektur des Vereins- und Versammlungsrechts allerdings auch eine der sozialdemokratischen ähnliche Agitation“ betroffen werden solle. Das einfachste Mittel dagegen liege aber sehr nahe; man brauche eben bloß demagogische Agitationen zu unterlassen.

Auf diese Weise wäre es z. B. leicht, jedes Eintreten für die Sozialreform als „demagogisch“ zu behandeln. Man muß es wirklich der „Post“ dank wissen, daß sie mit dem ihr eigenen Eynismus der Sache die Schelle unangebunden hat. Das durch „Besitz und Bildung“ hervorragende liberale und freikonservative Bürgerthum will Ruhe haben, es will nicht mehr an die Nothwendigkeit sozialer Reformen erinnert werden. Das ist des Pudels Kern. . . .

Wie weit die Selbsttäuschung oder die Unkenntnis über die einfachen sozialpolitischen Dinge in gewissen Kreisen reicht, das ist ja aus den Auslassungen von Blättern, wie „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und „Kölnische Zeitung“ fast jeden Tag ersichtlich. Da wird z. B. behauptet, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Anarchisten offen als Reichstags-Kandidaten auftreten würden, wenn die Behörden sich nicht rechtzeitig auf ihre Pflicht besäßen, obgleich notorisch die Anarchisten den Parlamentarismus in jeder Form verabscheuen. Da werden die Sozialdemokraten als mit den Anarchisten wesentlich gleich erklärt, während in Deutschland gerade die Sozialdemokratie als ein wirksamer Buffer gegen den Anarchismus betrachtet werden kann. Wenn man freilich sich erinnert, daß vor und während des Sozialistengesetzes gerade die leitenden Kreise über Umfang, Tiefe und Bedeutung der deutschen sozialistischen Bewegung sehr schlecht informiert waren, dann kann man sich über Auslassungen, wie wir sie oben erwähnten, nicht verwundern. Es läßt z. B. doch Minister v. Puttkamer am 30. März 1891 im Reichstags, daß die anarchische Partei nach den Wahrnehmungen der Regierung sehr viel einflussreicher und mächtiger innerhalb der deutschen Sozialdemokratie sei als die Partei Bebel und Liebknecht. Und als die Sozialdemokraten dem widersprachen, erklärte Herr v. Puttkamer dem Zeitpunkt nicht mehr fern, wo Bebel und Liebknecht in den energischen Agitationen der Anarchisten untergegangen sein würden.

Damit vergleiche man nun die Entwicklung, welche die Sozialdemokratie und der Anarchismus in Deutschland genommen. Die Puttkamer'sche Beurtheilung der sozialen Bewegung fand ungefähr auf der Höhe der Begründung des ersten Sozialistengesetzes, das bekanntlich nur für drei Jahre verlangt wurde, weil man hoffte, daß dann die Polizei mit der ganzen Geschichte aufgeräumt haben würde. Es ist wirklich bedauerlich, daß man nach den reichen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts noch immer nicht zu der einfachen Wahrheit sich emporgeworfen hat.

Friede. Ihr habt mich gewürdigt einer großen Barmherzigkeit, für die Euch des gepriesenen Gottes Herrlichkeit wird segnen mit vielen Gütern und vielen Jahren in der Zeitlichkeit; denn Ihr habt seit geraumer Zeit geschont mein weißes Haar, gespeist meinen Leib, und das Del der Gnade gegossen in die Wundmale, die ich an mir trug von den Ketten der Gefangenschaft. Laßt ausgehen diese Barmherzigkeit nicht minder über meinen Einzigen, weil er auch schuldblos ist, damit er nicht verklärme und verkrümme im Glend. — Was soll das Gewäsch?“ fuhr der Oberstrichter mit Härte auf: „Soll ich ihn auf Teppiche betten, und in Prunkgemächern wandeln lassen? Mit Deinem Alter hatte ich Mitleid, und weil . . .“ der Oberstrichter verschluckte, was er sagen wollte. Kurz darauf fuhr er indessen mit der obigen Härte fort: „Ein für alle Mal, Ihr seid ein zudringliches Volk. Reicht man Euch den Haum, wollt Ihr gleich das Pferd nicht minder. Was wollt Ihr denn? Ihr seid nicht gerechtfertigt, nicht frei. Eine Anklage wie die Curige auf Haut und Haar wird nicht aus der Luft gegriffen sein. Einen Buben mögt Ihr verkaufen, einen andern gemartert haben, und Euer Anteil an der Blutgaper entsetzlichem Gräuelt ist unlegbar. Seht das um lieber, denn der Folter werdet Ihr nicht entgehen, ich schwöre es Euch.“ — „Reinigt uns doch nicht!“ bat Ben David: „Mein Vater ist rein wie der Schnee, und ich nicht weniger schuldblos an den Gräulichkeiten, die man mir aufgebürdet. Aber wir würden beide bekennen das, was nie geschehen, unter den Martern der Folter. Sollen wir denn verwerfen das Leben durch ein gezwungenes falsches Geständnis?“ — „Ausflüchte“, schalt der Oberstrichter, „schon zu lange hat die Untersuchung gedauert, und der Rath zürnt meiner zögernden Nachsicht. Es muß zu Ende gehen, so oder so. Die Kerker liegen voll. Wir haben Gile.“ — „Ei, ehrfamer Herr“, sprach hierauf der Prediger, „der sich in das Gespräch mischte, „frommt denn die Gile im Blut- und Königszwang? Giebt es denn Fürchterlicheres als einen Richterstuhl, vor welchem die Sandkörner ängstlich gezählt werden, weil das Urtheil nach dem Falle einer gewissen Zahl derselben gefällt werden muß? — O,

schwingen vermag, daß ein Kampf gegen die Wirkungen immer vergeblich sein wird, wenn man nicht zugleich den Ursachen zu Leibe geht.“

Die „Post“ wird bald den Hamburger, Berliner und Münchener „Neuesten Nachrichten“, dem „Leipziger Tageblatt“, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ u. den Rang abgelaufen haben und für jeden verständigen Leser als das unständigste Blatt Deutschlands gelten. Heute druckt das königlich-stämmliche Organ in seiner Revue der Presse die Auslassungen der „National-Ztg.“ ab, die wir an der Spitze der politischen Uebersicht unserer letzten Nummer gebührend absetzten. Die „Post“ unterläßt es aber, unsere auch sie treffende Erwiderung auch nur mit einer Sylbe zu erwähnen, während sie an anderer Stelle wieder den schon wohl selbst den Lesern der „Post“ langweilig werdenden „Nachweis“ erbringt, daß Sozialismus und Anarchismus zusammengehören. Es ist ein schamloses Gewerbe, sich mit solchen Scribenten abgeben zu müssen. —

Die Palme in der Gesetzesauslegung hat sich der Leipziger Stadtrath erworben. Nicht mehr dienen die Motive eines Gesetzes zur Auslegung des Gesetzes selbst, sondern sie beanspruchen selbständige Geltung. Nach den Motiven des § 14 der revidirten Städte-Ordnung

„soll das Bürgerrecht die Gesamtheit derjenigen Gemeindeglieder umfassen, deren Verhältnisse die nöthigen Garantien dafür bieten, daß sie ein dauerndes Interesse an Gemeinwohl und die Befähigung, für dasselbe zu wirken, besitzen.“

Aus diesen Motiven haben die sächsischen Städte-Ordnung, sowie alle Klassen- und Zensus-Wahlgesetze die Bestimmungen getroffen, wonach das Wahlrecht außer an den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte auch noch an kürzere oder längere Dauer des Wohnsitzes, an einen bestimmten Zensus oder Besitz gebunden ist, diese Motive liegen zu Grunde der Klasseneinteilung, den Bevorzugungen der Besitzenden. Das Gesetz hat nun die Bestimmungen festgesetzt, von denen sie, mit Recht oder Unrecht, erwartet, daß durch sie die „nöthigen Garantien“ getroffen werden. Aus den Motiven heraus selbständig das Gesetz zu erweitern, heißt sich förmlich über das Gesetz hinwegsetzen. Das preussische Gemeinde- sowie das Landtagswahl-Gesetz haben einmal aus denselben Motiven festgesetzt, daß der reiche Schlächtermeister, mag er auch noch dümmer als sein Rindvieh sein, und der Börsenspekulant, mag er seine Millionen auch erlangt haben, in Folge seines hohen Einkommens ein vielfach größeres Wahlrecht ausübt, als ein Professor oder selbst ein Staatsminister. Wir können die Weisheit dieses Gesetzes bewundern, welche in dieser Weise die „nöthigen Garantien“ findet, daß Bildung und Besitz die richtige Vertretung im Interesse des Gemeinwohls findet, aber so lange das Gesetz nicht beseitigt ist, hat kein Wahlkommissar zu prüfen, ob die Intelligenz des Schlächtermeisters oder die Ehrlichkeit des Spekulanten auch die in dem Gesetze enthaltenen verlangten Garantien geben. In Sachsen ist freilich alles möglich, aber in diesem Falle möchten wir doch bezweifeln, ob die Weisheit des Leipziger Stadtraths von höherer Stelle bestätigt werden wird, welcher die Ertheilung des Bürgerrechts an Sozialdemokraten, welche alle gesetzlichen Bedingungen erfüllten, unter einfacher Verweisung auf die oben zitierten Gesetzesmotive mehrfach abgewiesen hat. Eine Bestätigung würde es einfach in das Belieben der Gemeindevorstände stellen, ob und wenn sie das Bürgerrecht gewähren. —

§ 11 des Pressegesetzes wird in seiner ganzen Unhaltbarkeit durch folgende Mittheilung der Berliner „Volks-Zeitung“ illustriert:

„Im Oktober vor. Jh. hatte die Ober-Postdirektion in Aachen der hiesigen „Volks-Zeitung“ eine Verichtigung eingefandt. Weil diese Verichtigung den Raum der zu berichtenden Notiz weit überfüllt, so hatte die Zeitung für dieses Mehr e n t s p r e c h e n d dem dritten Absatz des Pressegesetzes, welcher lautet: „Die Aufnahme erfolgt kostenfrei, soweit nicht die Untergrenzung den Raum der zu berichtenden Mittheilung überschreitet; für die über dieses Maß hinausgehenden Zeilen sind die üblichen Einrückungs-Gebühren zu entrichten“, die üblichen Einrückungs-Gebühren verlangt und die Insertions-Gebühren eingeklagt. Dagegen hat das Landgericht in Aachen erkannt, daß der Abdruck des ganzen Verichtigungsschreibens der Ober-Postdirektion „durchaus nicht notwendig“ gewesen sei. Wäre die zu berichtende Mittheilung aus der Verichtigung der Ober-Postdirektion in „sachgemäßer“ Weise herausgenommen worden, so hätte die Verichtigung keinen größeren Raum beansprucht als die berichtete Notiz. Nun sieht aber in

dann zu dem Oberstrichter und den geistlichen Herren. Gewisse Vorfälle,“ sprach er, „die sich während meiner Tochter Anwesenheit zwischen ihr und dem Knaben ereignet, sowie die Aussagen des Kleinen, bestimmen mich schier, an die Gewisheit der Anklage, die Ihr gegeben, würdiger Vater Reinhold, zu glauben. Ich danke Euch auch mit zerknirschtem Herzen dafür, denn ich beginne mein Unrecht einzusehen, und verzeihe sowohl dem Junker von Hülshofen, als auch dem elenden Juden hier, daß sie mit meinem Blute einen elenden Handel getrieben. In diesem Augenblicke schmerzt mich nichts mehr, als daß meine Wirthin einen Schritt gethan, der ihr nicht erlaubt, selbst hier das Gefagte zu betätigen. Willhild, welche um die Sache vollkommen wissen muß, hat sich am zweiten Tage nach Wallradens unbegreiflichem Ruabe, auf eine weite Wallfahrt begeben, und ich habe nichts von ihr gehört; allein Wallradens Jofe, unstreitig eine Vertraute des Frevlers, ist in diesen Manern, und sie ist es, die Ihr gefangen haltet, Herr Schultheiß, weil sie das Unglück hatte, von Euren Häschern für eine andere gehalten zu werden.“ — „Weber ein Unglück für sie,“ entgegnete der Ritter stolz, „noch eine Sünde von mir. Der Oberstrichter hat über die Magd sammt ihrem Kinde zu verfügen, und wird sich nicht weigern, sie vorzuführen zu lassen.“

Der Oberstrichter zog die Schelle, und befahl, die Mädd aus dem Gefängnisse zu holen. Während nun Diether mit dem Bettelmönche und seinem Buben in freundschaftlichem Gespräche verkehrte, der Prediger mündlich von dem von Hülshofen sich den Hergang des Abenteuers zu Worms berichteten ließ, und der Schultheiß voll stillen Grimms die Festfesseln einnahm und verdrossen zählte, naheten sich die beiden Juden dem Oberstrichter ehrfürchtvoll, und lästeten den Saum seines Gewandes, und Jochai hob an: „Gestreicher Herr! Großer Richter über uns. Die Zeit hat angefangen zu werden gut, nachdem sie lange ist gewesen böse. Werdet auch Ihr gut wie die Zeit, und laßt nicht meinen Sohn, und haltet ihn nicht länger wie einen Mörder, denn er ist ja keiner, und ihm wird einst sein das Paradies der Gerechten, und auf seinem Andenken

mein edler Herr! Gedankt der traurigen Geschichte, die sich beim Halsgericht zu Friedberg ereignet hat. Ein Jude war auch dort der Angekuldigte, Janderei mit einem Kinde getrieben zu haben, und während hier durch Gottes Zulassen die Wahrheit an den Tag kam, hatten die Friedberger dort bereits den Armen verbrannt.“ „Das geschah nicht minder mit der Zulassung des Herrn,“ antwortete der Oberstrichter kalt, „jedem das Seine, hochwürdiger Herr. Ihr seid ein Held auf der Kugel, wie an dem Arbeitstische; laßt mich auf dem Richterstuhl gewähren. Euch mag ein Sünder, der aus seiner Verstocktheit zurückkehrt zum Heil, angenehmer sein als tausend Gerechte, die nie gestraucht sind, denn die göttliche Milde spricht durch Euren Mund zu uns. Wir aber sind die Diener weltlicher Macht, und das Schwert ist in unsre Hand gegeben, — nicht, daß wir damit spielen, sondern daß wir es gebrauchen, und besser ist's, wenn zehn Unschuldige fallen, als daß ein Schuldiger aufrecht stehen bleibe.“ — „Gräßlicher Grundsat,“ seufzte Johannes, während die Juden sich bekümmert ansahen: „eine Vorschrift, die der heimlichen Noth würdig wäre, welche den Stab ohne Unterschied über jeden bricht, der einen feindlichen Kläger gefunden hat.“ — „Wißt Ihr das so genau?“ fragte der Oberstrichter mit seinem Nacheln: „Ein Glück ist's, daß Euer Gewand Euch sicher stellt vor der Behme, sonst müchtet Ihr doch ob solchen Reden Ungelegenheit erfahren.“ — Hier ist übrigens ein offenes Gedinge, und über Zwang und Hinterlist dürfen sich die Beklagten nicht beschweren.“ — „So laßt, um ehrlich und redlich zu verfahren,“ — fiel Johannes ein, — „zum Nutzen und Frommen dieser armen Leute, die wenn gleich Verirrte und in bösem Wahne befangen, dennoch Menschen sind, jetzt alsobald, um wenigstens den Handel über diesen Knaben in Ordnung zu bringen, die Ankläger vorfordern und mit dem Kinde zusammenstellen, damit sie ansagen, ob es dasjenige wirklich sei, das damals in des Juden Haas erschien. Auf das Zeugniß der stimmten Gorte wäre noch am ersten zu banen, denn der getaufte Jude soll Jochai und Haß gegen seinen ehemaligen Meister hegen, und dies macht seine Klage verdächtig.“ (Fortsetzung folgt.)

dem § 11 des Pressgesetzes ausdrücklich: Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, eine Berichtigung der in letzterer mitgetheilten Thatsachen auf Verlangen einer berechtigten öffentlichen Behörde oder Privatperson ohne Einschränkungen oder Begrenzungen auszusprechen u. s. w.

Wer sich da auskennt, der verdient eine Auszeichnung. Daß die Richter sich nicht auskennen, steht fest, aber für die Redakturen giebt es keine Entschuldigung, wenn sie dem berühmten § 11 gegenüber rathlos sind.

Der Fall Rief hat nichts genützt, wie folgende, der „Neuen Stettiner Zeitung“ entnommene Mittheilung beweist:

Auf Befehl des königlichen Garnisonkommandos sind die Wachtposten auf den Schießständen und dem alten Pionier-Übungssplatz bei Alt-Tornen mit scharfen Patronen ausgerüstet worden. Veranlassung hierzu gaben die Belästigungen, denen in letzter Zeit die dortigen Militärposten ausgesetzt gewesen sind. Den Posten ist die Bewehrung ertheilt worden, gegen Jeden, der ihren Anordnungen nicht Folge leistet oder auf ihr dreimaliges Anrufen nicht steht, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Das Organ des Reichsanwalters, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, druckt die Notiz ohne ein abfälliges Wort der Kritik ab. Das Schießen auf den Straßen kann also fortgehen.

Deutsch-nationale Gesinnung und Kapitalismus. Diese kommen in einem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ über die (russischen bez. russisch-polnischen) Preussengänger in Konflikt. Daß der Kapitalismus bei einem solchen Zwiespalte nicht zu Schaden kommt, geht aus dem folgenden charakteristischen Satze hervor:

Die Preussengänger ist im nationalen Interesse gewiß zu bekämpfen. Aber sie gewährt andererseits dem Besitz der großen Begüterungen die Mittel, seine Sündereien so intensiv wie möglich auszunutzen, so giebt ihm die Arbeitskräfte, die ihm in der Grubath fehlen, und sichert ihm so einen reichern Ertrag bei verhältnißmäßig billigen Löhnen.

Einen neuen Röder für jeden Interessentenkreis werfen die Geschäftsleute aus, die Abonnenten für die geplante deutschhämische antisemitische „Volks-Rundschau“, den Ableger der unsäglich ledernen „Täglichen Rundschau“ angelu wollen. Heute liegt uns der mit materiellen Vergünstigungen gespielte Röder für die Geistlichkeit vor. Wir theilen daraus zur Erweiterung unserer Leser folgende Probe mit:

Nach langem vergeblichen Hoffen auf eine durchgreifende Hilfe hat sich nunmehr, und zwar durch die Ihnen wohlbelannte „Tägliche Rundschau“, eine ideal geführte Gesellschaft zusammengethan, welche versuchen will, den Kampf gegen die bezeichnete vorwiegend jüdische Presse aufzunehmen, indem sie vom 1. Sept. ab eine volkthümliche Tageszeitung herausgibt, welche ebenso billig sein soll wie jene Presse, die aber, ohne der Gefahr des Moralisirens zu verfallen, unser Volk nach und nach wieder auf eine höhere Stufe des Denkens und Dichtens heben soll. Näheres sagt das beiliegende Programm.

In der freundlichen Absicht, daß deutsche Volk durch sein Wuchblatt auf eine höhere Stufe des Denkens und Dichtens zu erheben, erkennen wir den Wirkkopf Friedrich Lange, seines Reichs Redakteur der „Täglichen Rundschau“ und deutscher Dichter und Denker. Dramen und Epen schüttelt er nur so aus dem Kermel. Von einem Langeschen patriotischen Epos, dessen Titel wir leider vergessen haben, ist uns nur der folgende, dem Dichter aus der eigensten Seele gequollene herrliche Vers in Erinnerung geblieben:

Er hatte ja, der Ahnungslose,
Die preussische Kraft in seiner Hufe
Und Preußens Gehorsam im Gemüth.

Die Herren Pastoren möchten gerne die Bergarbeiter für ihre evangelischen Arbeitervereine einfangen, zu diesem Zwecke fand gestern in Vöchem eine Delegirtenkonferenz des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands statt. Nach dem Berichte der „Volks-Zeitung“ ergriffen sieben Mal Pastoren das Wort, außerdem sprach ein Kaufmann, ein Chefredakteur, ein Ober-Berg-rath, ein Knappschafst-Direktor, ein früherer Bergarbeiter und — ein Arbeiter. Diese Rednerliste charakterisirt die evangelischen Arbeiter-Vereine genugsam. Wie gewöhnlich zeigte sich auch hier die Macht der Arbeiterklasse in dem Röder, den die Herren auszuwerfen suchten. Die Herren geberdeten sich so radikal, als es ihnen eben möglich war. Wenn freilich tatsächliche Leistungen von ihnen verlangt werden, dann findet man sie als treue Schildknappen des Unternehmerrthums. Die Hauptrede hielt der bekannte Pastor Die Weber, der auf der äußersten Rechten innerhalb der evangelischen Arbeitervereine steht. Aus seiner Rede sei folgendes dem Berichte der „Volks-Zeitung“ entnommen:

Ich bin der Meinung, die Lohnforderungen der Bergarbeiter und ihre Organisation haben mit dem Glaubensbekenntnis nichts zu thun. Ich bin auch als konservativer Mann nicht in der Lage, ohne weiteres die Forderungen der Bergarbeiter gutzuheißen. Ich bin der Meinung, sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeiter wahren ihre Interessen, man kann daher beiden nicht glauben, sondern man muß die Wahrheit objektiv zu erforschen suchen. Wir müssen aber den Standpunkt festhalten, daß die Inhabung der Reichthümer in einzelnen wenigen Händen kein gesunder Zustand ist. Es müssen Verhältnisse geschaffen werden, damit der Wohlstand sich mehr und mehr auf die breiten Schichten des Volkes vertheilt. Wenn wir diese Tendenz nicht verfechten, dann haben wir kein Recht, der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Nun ist ja nicht zu verkennen, daß die Löhne der Bergarbeiter seit 1891 im Sinken begriffen sind. Dies veranlaßt mich aber nicht, die Forderungen der Bergarbeiter ohne weiteres als gerechtfertigt anzuerkennen. Allein wir dürfen es uns nicht verhehlen: die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist unüberbrückbar, so lange dem Arbeiter nicht ein Minimallohn garantiert wird. Der Verkürzung der Schichtdauer ist zweifellos das Wort zu reden.

Wir haben als evangelische Christen und als Staatsbürger die Pflicht, zu verlangen, daß das Wohl der Arbeiter nicht dem Wohl der Reichen geopfert werde. Wenn Reichen nicht bereuen können, ohne die Arbeitsdauer verartig zu verlängern, daß die Gesundheit des Arbeiters Schaden leidet, dann mögen sie ihren Betrieb einstellen und möge der Staat diese Reichen anweisen. Es ist zu bedauern, daß die Nothwendigkeit unserer Nationalökonomie den Weltverkehr, den Export etc. in Betracht ziehen, niemals aber das Wohl der Arbeiter. Es liegt auch im dringenden Interesse des Staates, das Wohl des Arbeiters und nicht bloß die Produktion im Auge zu haben.

Allein in rein wirtschaftlichen Fragen darf die Religion und die politische Parteilichkeit der Arbeiter nicht in Betracht kommen. Die Zeiten, in denen das Volk auf eine von oben ausgegebene Parole gehorcht, sind vorüber. Es mag das ja in gewissem Sinne zu bedauern sein. Wenn wir aber die Forderung

mit dem Volke nicht verlieren wollen, dann sind wir genöthigt, in's Volk hinabzusteigen und müssen uns an dem Kongress in Essen möglichst zahlreich betheiligen.

Pastor Werth (Schalle) machte, nachdem mehrere Redner gesprochen hatten, Mittheilungen über Arbeiterwohnungen. Es herrschten in dieser Beziehung arge Miskstände, die königliche Staatsregierung sei jedoch bemüht, Abhilfe zu schaffen. — Pastor Kühn (Wobau bei Weichenfels) berichtete über die traurigen Wohnungsverhältnisse in seiner Heimathprovinz, die aller Menschlichkeit und Sittlichkeit Hohn sprächen. — Herr Werth bemerkte: die Regierung werde auch in dieser Beziehung Wandel schaffen, „man müsse nur Geduld haben“. — Danach wurde die Konferenz geschlossen.

Man sieht, die Herren möchten trotz aller schöner Reden die Arbeiter einlassen, sie recht vertrauenselig machen. Die Bergarbeiter kennen aber unsere Regierungen und wissen, was sie von deren Arbeiterfreundlichkeit zu halten haben, sie werden auch bald erfahren haben, was sie von der Verornungung der Pastoren und Kapläne zu halten haben.

Beschlossen wurde einstimmig: Dem Bergarbeiter-Kongress, der am 26. August in Essen stattfindet, durch Delegirte zu beschiden und darauf hinzuwirken, daß der Aufruf durch eine aus Evangelischen und Katholiken gleichmäßig gebildete Kommission einer näheren Prüfung unterworfen werden solle.

Verbandssekretär Fischer theilte mit, daß eine solche gemischte Kommission bereits am nächsten Sonntag in Essen eine Sitzung abhalten werde. Diese werde den Aufruf einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Pastor Naumann, der Vereinsgeistliche der Innern Mission in Frankfurt a. M., ist, wie bekannt, zum Geistlichen des Süddeutschen Vereins für Innere Mission ernannt worden. Man war geneigt, in dieser Ernennung eine Maßregelung Naumann's wegen dessen hart sozialistischer Anschauungen und sozial-politischer Thätigkeit zu erblicken. Ueber die Umstände, die zu der „veränderten Stellung“ des Pfarrers Naumann Veranlassung gegeben haben, erfährt jetzt die „Frankf. Ztg.“, daß es zunächst das Konsistorium war, das an dem von Naumann in den sozialen Fragen eingenommenen Standpunkt Anstoß fand. Kamentlich beanstandet wurden die Aeußerungen Naumann's in der im Dezember vorigen Jahres abgehaltenen Versammlung in der „Weichen Elise“ zu Bornheim, wo der frühere evangelische Pfarramtskandidat Th. v. Wächter sprach. Naumann sagte damals u. a.: „er habe in den Ausführungen Wächter's mehr gefunden, in dem er mit Wächter übereinstimme, als worin er sich von ihm trenne.“ Das Konsistorium, das nach dem in Frankfurt geltenden Kirchenrecht eine gewisse Disziplinargewalt hat auch über Geistliche, die privatim hier wirken, aber das Recht zu predigen haben, forderte den Vorstand des evangelischen Vereins für innere Mission, der Naumann angeheißt hat, auf, dem mißliebigen gewordenen Geistlichen einen Verweis zu ertheilen. Der Vorstand lehnte ab, worauf das Konsistorium den Verweis selber ertheilte. Das gab den Freunden Naumann's, die sich sagten, daß Naumann's bisherige Stellung daraufhin doch nicht lange mehr haltbar sei, Veranlassung, ihm in seiner nunmehr veränderten Stellung eine größere Unabhängigkeit zu geben. Uebrigens soll das Konsistorium auch dem Pfarrer Battenberg für dessen Verhalten in der Arbeiterfrage, speziell für die Aeußerungen auch dieses Geistlichen in der oben erwähnten „Elise“-Versammlung einen Verweis ertheilt haben.

Ein Postangestellter sozialdemokratischer Parlamentarier. Wir wollen hoffen, daß Herr Stephan nicht in Ohnmacht fällt, wenn er diese Ueberschrift liest. Er wird sich etwas beruhigen, wenn er erfährt, daß dieser Postangestellte im Dienste der schweizerischen Postverwaltung steht, und daß das Parlament, in das er gewählt wurde, der Große Rath des Kantons Waadt ist. In diesen entsandte der Bezirk Lausanne, dem 8000 Wahlberechtigte angehören, unseren Genossen Courchepin, ohne daß man wagte, ihm einen Gegenkandidaten entgegenzustellen.

Das französische Anarchistengesetz wird trefflich charakterisirt durch seine Anwendung in dem neuesten Anarchistenprozeß. Derselbe richtet sich gegen eine Anzahl gemeiner Schwindler, Fälscher und Hochstapler, die ihren Praktiken das neuromodische Mäntelchen des Anarchismus umhängten, um sich interessant zu machen; im übrigen aber sich von gewöhnlichen Schwindlern, Fälschern und Verbrechern in Nichts unterscheiden. Mit diesem Gesindel sind für den Prozeß zwei Männer zusammengekluppelt worden, die unzweifelhaft politische Ziele verfolgen, und von denen der eine wenigstens mit dem Anarchismus nie etwas anderes gemein gehabt hat, ausgenommen einige der Phrasen, die seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts in Frankreich das Gemeingut aller „radikalen“ Stürmer und Dränger sind. Diese beiden sind Faure und Grave. Wohlan — auf Grund des Anarchistengesetzes ist gerade für diese zwei Angeklagten die Oeffentlichkeit ausgeschlossen worden, während sie für die Gannergesellschaft, die in den tollsten Kraftphrasen zu schweigen pflegt, aufrechterhalten worden ist. Das heißt doch, so deutlich als es überhaupt ausgedrückt werden kann, daß die Arbeiter des Anarchistengesetzes vor den wirklichen anarchischen Verbrechern, gegen die angeblich das Anarchistengesetz erlassen wurde, gar keine Angst haben, sondern daß bloß politische Gegner getroffen und mundtot gemacht werden sollen — ganz wie wir es von Anfang an gesagt.

Pariser Anarchistenprozeß. Der Staatsanwalt setzte seine gestern begonnenen Ausführungen fort, ging der Reihe nach auf die jedem einzelnen Angeklagten zur Last gelegten Vergehen ein, und wies darauf hin, daß die einzelnen Angeklagten entweder die Anregung zu den in Frage kommenden Vergehen oder Verbrechern gegeben oder diese selbst ausgeführt haben. Er beantragte schließlich die ganze Strenge des Gesetzes gegen die Angeklagten in Anwendung zu bringen, welche die wahren Urheber aller anarchischen Attentate seien. Hieraus begannen die Plaidoyers.

Die politische und sonstige Unsicherheit in Serbien wird durch die folgende Nachricht aus Belgrad charakterisirt:

Die Eisenbahnzüge erhalten Gendarmen-Begleitung, weil die Gaiduden bereits in der Nähe Belgrad's ihr Unwesen treiben.

Parteinachrichten.

Von der Agitation. In Zschopau wurde kürzlich, wie die „Märkische Volksstimme“ berichtet, die erste sozialdemokratische Volkerversammlung abgehalten. Zahlreich waren die Bergleute und sonstigen Arbeiter auch aus anderen Orten dieses industriereichen Kohlenbezirkes, wo der bekannte Hauptmann Strack das Regiment führt, herbeigekommen, um den Bericht des Delegirten vom letzten internationalen Bergarbeiter-Kongress entgegenzunehmen. Es war leider nur ein kleiner Vokal zu dieser Versammlung zu erlangen gewesen. Dieses mußte schon lange vor Beginn der Versammlung abgesehen werden, nachdem sämt-

liche Nebenstunden und sogar der Hof mit Jähzorn angefüllt waren. Eine von verschiedenen Grubeninspektoren erlassene Warnung vor dem Besuche der Versammlung hatte nur dazu beigetragen, das Interesse an dieser zu erhöhen. Nachdem der Parteigenosse Pohl die Beschlüsse des Kongresses vorgetragen hatte, ergriff Meyer aus Berlin das Wort, um den Bergleuten den Werth der einzelnen Kongress-Beschlüsse, oft von lautem Beifall unterbrochen, vor Augen zu führen. Das lebhafteste Interesse, womit die Ausführungen der Redner verfolgt wurden, eröffnet für die Zukunft unserer Sache in jener Gegend die besten Aussichten. Wie schwer den Gegnern die Versammlung im Magen liegt, zeigt ein Bericht des „Senftenberger Anzeigers“, worin u. a. gefabelt wird, aus Finsternwalde seien so viele Sozialdemokraten erschienen, daß diese allein die Räumlichkeiten ausgefüllt hätten. Thatsache ist, daß ca. acht Finsternwalder Genossen da gewesen sind, die sich aber noch bei Beginn der Versammlung wegen der Ueberfüllung des Lokals bis auf zwei entfernten, die das Bureau mit bildeten.

In dem Vorfalle in Antonienhütte wird dem „Generalanzeiger für Schlesien und Posen“ geschrieben, daß etwa zehn Verhaftungen vorgenommen worden seien. Die Verhafteten seien dem Gericht in Neuthen eingeliefert.

Dem „Anzeiger“ in Ratibor wird „noch“, also wohl nachträglich, gemeldet, daß die Polizei erst geschossen hätte, als sie von der Menge mit Steinen beworfen worden sei. Davon enthielt der von der „Posenschen Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ dem „Ober-schlesischen Anzeiger“ entnommene und auch von uns benutzte Bericht, den unserer Erinnerung nach die ganze Berliner Presse abdruckte, kein Wort. Darin war nur davon die Rede, daß die Polizei geschossen hätte, als aus der Menge Verleumdungen, Gejähle und Beschrei erschollen waren. Nach dem Ratiborer „Anzeiger“ sind im ganzen von der Polizei 16 Schüsse abgegeben worden.

Die „Mainzer Volkszeitung“ erklärt zu der Angelegenheit des verdrachten früheren Politikers Lammersdorf, daß der Oberbürgermeister nach beendeter Untersuchung die Entfremdung des gemeingefährlichen Menschen, also wohl dessen Unterbringung in einer Irrenanstalt, vom Kreisamt verlangen werde. Das Kreisamt werde sich dieser Forderung nicht entziehen können.

Lügen haben kurze Beine. Der Verfasser des vom „Gewerksverein“ des Herrn Dr. Max Hirsch gegen den Reichstags-Abgeordneten v. Elm veröffentlichten Schmähartikels veröffentlicht folgende amüsante Erklärung:

Die von mir in Nr. 30 des „Gewerksverein“ veröffentlichte Notiz, nach welcher der Reichstags-Abgeordnete für den sechsten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis, Herr Adolph v. Elm, in einem seitens der sozialdemokratischen Partei boykottirten Lokal in Pinneberg angetroffen worden sein und dort im Laufe der Unterhaltung auf die Frage, weshalb er sich für die sozialdemokratische Sache so opfere, da er als gewandter Redner in einer anderen Partei vielleicht eine weit bessere Stellung finden würde, die Antwort gegeben haben soll: „Das sind Geschäftssachen, für den Vortrag, den ich Nachmittags gehalten, bekomme ich 8 M. und für den, den ich am Abend noch halten werde, bekomme ich 10 M.“, beruht meinerseits auf einem Irrthum. Wie mir jetzt von dem Vorsitzenden des hiesigen Ortsvereins des Gewerksvereins erklärt wird, sollen die Aeußerungen von jemandem, der sich als Agitator für Herrn von Elm ausgab, gefallen sein. Aus dem in einer unserer Versammlungen erhaltenen Bericht glaube ich herausgehört zu haben, daß es sich um von Elm selbst handelte.

Herr von Elm lieferte mir durch den Referentenvermittler der sozialdemokratischen Partei in Hamburg den Beweis, daß er für seine Vorträge nur 2 M. an Dikäten beanspruchte; dieser Satz wurde von dem Letzteren für sämtliche Vorträge außerhalb Hamburgs auf den für sämtliche Referenten geltenden Satz von 3 M. erhöht, wodurch für mich nunmehr feststeht, daß die obigen Aeußerungen auch von keinem anderen sozialdemokratischen Agitator gethan sein können. Ich bedauere unendlich, durch meine Unvorsichtigkeit Herrn von Elm in seiner Ehre verletzt zu haben. Herr von Elm, der für seine Thätigkeit als Leiter der Labararbeiter-Genossenschaft, in deren Fabriken über 100 Arbeiter beschäftigt sind, das bescheidene Gehalt von 33 M. wöchentlich bezieht, verdient die ihm beigelegte Bezeichnung als Geschäftssozialist absolut nicht. Die von mir geschriebene Notiz war nur für unser Organ, den „Gewerksverein“, bestimmt. Leider ist dieselbe in eine große Zahl weiterverbreiteter Blätter übergegangen. Ich ersuche deshalb alle Zeitungen, welche die betreffende Notiz abdrucken, auch diese meine Gegenerklärung aufzunehmen.

Hamburg-Gimsbützel, Wiesenstr. 37, S. 2. II.

G. Wilpert.

Sämmtliche Arbeitervereine Lübeck's, darunter alle Gewerkschaften, unternahmen am Sonntag nach dem von der alten Dansestadt eine Stunde entfernten Israelisdorf den alljährlichen Ausflug. Trozdem das Wetter nicht besonders günstig war, betheiligten sich daran doch ca. 20000 Personen. 88 Fahnen und Banner wurden im Zuge mitgeführt. 6 Kapellen spielten abwechselnd ihre Weisen. Die Feste hielt unter großem Beifall Theodor Schwarz. Die Festlichkeit verlief von Anfang bis Schluß ohne jede Störung. Wenn die Gegner fortwährend von einem Rückgang unserer Bewegung in Lübeck reden, so hat der Aufmarsch der Arbeiterkolonnen am Sonntag jedm, der sehen will, bewiesen, daß es mit dem Rückgang eben bloßes Gerede ist.

Einen beherzigenswerthen Rath giebt der Kreis-Vertrauensmann in Homburg vor der Höhe am Schlusse einer Warnung vor einem mit Schubartikeln hausirenden Mann namens Mühlstein, der auf Grund einer Mitgliedskarte des sozialdemokratischen Vereins in Frankfurt a. M. nebenbei Unterstufungen zu erlangen suchte, ohne dazu berechtigt zu sein. Der Kreis-Vertrauensmann rüth den Parteigenossen, nur dann Unterstufungen zu geben, wenn ein außerordentliches Nothfall vorliegt. Im übrigen solle man den Daumen auf den Beutel halten. Parteigenossen, die unterhaltungsrechtlich seien, wählten schon, wohin sie sich zu wenden hätten; sie hätten nicht nöthig, in den einzelnen Orten schnorren zu gehen. Wer dies thue, habe in der Regel Ursache, den geraden Weg zu suchen.

Wir benutzen diese Gelegenheit, wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß der „Vorwärts“ nur in den seltenen Fällen Warnungen vor Reuten, die die Parteigenossen brandschlagen, veröffentlicht kann.

In Bern wurde am letzten Sonntag der Parteigenosse Grating mit 1503 Stimmen zum Stadtverordneten gewählt; der andere Parteikandidat, Wastli, erhielt 1072 Stimmen.

Todtenliste der Partei. In Osabrück ist der Möbelpolirer Heinrich Schröder aus dem Leben geschieden. Er war ein thätiges, opferwilliges Mitglied der Partei. Zahlreiche Parteigenossen gaben ihm das letzte Geleit.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Auf der Raboisenwache in Hamburg hat am 7. August der Parteigenosse Heine die fünfmonatliche Gefängnisstrafe angetreten, die ihm als verantwortlichem Redakteur des „Hamburger Echo's“ wegen Verleumdung des Senats der „Freien“ Stadt Hamburg auferlegt wurde.

Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins in Höchst a. M. sind am 21. Juli mit Müll nach Nied gezogen, um dort ein Fest zu feiern. Weil sie dazu für die Strecke der hiesigen Bezirksstraße von der Höcker Grenze bis zur

Ortsbezugs nicht die Kreisbehörde um Erlaubnis angegangen haben, trotzdem sie darauf amtlich hingewiesen worden sein sollen, hat der Vorstehende Wilhelm Lege nach 15 M. berappen müssen. Bemerkenswert ist die Marsch von Höchst nach Nied von den Gemeindebehörden beider Orte genehmigt war und daß der vorjährige Gewerkschafts-Festzug, der unter gleichen Umständen vor sich gegangen war, dem Landrat keinen Anlaß zu einem Strafmandat gegeben hatte. Uebrigens ist Nied von Höchst nur 15 Minuten entfernt; zwischen beiden Orten fließt auf dieser Strecke die Nieda hindurch und die Brücke, die über dieses Flüsschen führt, ist die im Strafmandat des Landrats erwähnte „Bezirksstraße“.

— Oesterreichische Zensurbüchlein. Drei Noten zu einem Artikel der letzten Dienstag-Nummer der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sehen nach ihrer Korrektur durch den Zensor so aus: *) Das ist Konfiszirt. **) Immerhin Konfiszirt. ***) Ländlich-sittlich Konfiszirt.

— In Bern hat am Montag der neuerliche Prozeß gegen Dr. Wassiliew begonnen; verteidigt wird er von Kobay aus Bern und Einholz aus Solothurn. Die Anklage führt wieder Staatsanwalt Kernau und Vertreter der Zivilpartei ist abermals der Berner Advokat Jahn, dessen Auftreten im ersten Prozeß allgemein empörrte. Wassiliew ist jetzt der Anstiftung zum Aufruhr und zur Störung des öffentlichen Ruhe angeklagt; die Anklage wegen Theilnahme am Kaufhandel ist fallen gelassen.

Soziale Uebersicht.

Der Berliner Arbeitervertreter-Verein und die „Freie Vereinigung der Krankenkassen Berlins und der Umgegend mit freier Arztwahl“ haben zu der von der Reichsregierung geplanten Abänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes Vorschläge ausgearbeitet, die in Form einer Petition zunächst allen übrigen Arbeitervertreter-Vereinen im Reich zur Unterschrift und schließlich der Reichsregierung und sämtlichen Abgeordneten des Reichstages zugesandt werden sollen. In der Petition wird im wesentlichen die Einbeziehung der im Handwerk, im gesamteten Handelsgewerbe, sowie in Strafhaft beschaftigten Arbeiter und Handlungsgehilfen in die Unfallversicherung gefordert. Die Folgen von Unfällen, die den gegen Unfall versicherten Personen auf dem direkten Wege nach der Arbeitsstätte und von dieser nach der Wohnung zustoßen, sollen den Folgen der Betriebsunfälle gleichgestellt werden. Organe und Beamte der Berufsgenossenschaften, sowie die Vertreter der Krankenkassen sollen gleichfalls gegen die Folgen von Unfällen, die sie bei Ausübung ihrer Thätigkeit im Interesse der Berufsgenossenschaften, bei den Unfall-Untersuchungen, erliden, nach Maßgabe des Gesetzes versichert werden. Im Falle einer Verletzung hat der Schadenertrag in den Kosten des Heilverfahrens, die vom Beginn der siebenten Woche nach Eintritt des Unfalls entstehen, sowie in einer von dem gleichen Zeitpunkt an zu gewährenden Rente zu bestehen. Die Anstellung von Vertrauensärzten durch die Berufsgenossenschaften soll von dem Einverständnis der beteiligten Krankenkassen abhängig gemacht werden. Die Unterbringung eines Verletzten in einem Privat-Krankenhaus, ebenso die Aufnahme in ein Krankenhaus nach beendeter Heilverfahren soll nur mit dessen Zustimmung erfolgen dürfen; für gewöhnlich soll freie Kur und Verpflegung eines Verletzten in einem vom Staat oder von einem Provinzial- oder Kommunalverbande zu bestimmenden Krankenhaus eintreten. Weiter verlangt ein Paragraph, daß die Entscheidungen des Schiedsgerichts spätestens vier Wochen nach dem Urtheilstermin dem Berufungslager zugestellt werden. Den Krankenkassen-Bevollmächtigten soll als Ersatz für den entgangenen Arbeitsverdienst für den halben Tag ein Fixum von 3 M., für eine längere Zeitverdünnung ein solches von 6 M. gewährt werden. Wiederaufnahme des Verfahrens soll beantragt werden können, wenn sich eine in der Hauptverhandlung zu Unngunsten des Verletzten vorgebrachte Urkunde als gefälscht erweist, ferner, wenn ein Zeuge oder Sachverständiger sich eines vorfälligen oder fahrlässigen Faltschuldschuldig gemacht hat, endlich wenn neue Thatsachen oder Beweismittel vorgebracht werden, die den Anspruch des Verletzten auf Entschädigung oder auf eine höhere Rente begründen. Außerdem werden in der Petition gegen eine Reihe von Vorschlägen des Verbandes deutscher Berufsgenossenschaften Einwendungen erhoben und endlich wird die Bestrafung der Verträge und sonstiger Vereinbarungen gefordert, die zur Umgehung des Unfallversicherungs-Gesetzes abgeschlossen wurden.

Wohnungsverhältnisse in Quedlinburg. Veranlaßt durch den hohen Prozentsatz der Sterblichkeit, heißt es in der Juli-Nummer des „Naturarztes“, drängt der Regierungspräsident in Magdeburg seit Jahresfrist darauf, die Wohnungsverhältnisse der Stadt zu bessern. Nach den vorläufigen Berechnungen des Magistrats würden 600 Menschen obdachlos, wenn die Ablichtung von 1000 Wohnungen räumen zu lassen, durchgeführt würde. Im Langenberg, dort, wo ausschließlich Angehörige des Arbeiterstandes wohnen, mußte bereits teilweise eingeschritten werden. Hiergegen laufen fortwährend Beschwerden ein, weil in anderen Stadtteilen schiefere Wohnungen benutzt würden, die noch viel schlimmer seien, wie Oberbürgermeister Dr. Brecht in der Stadtverordneten-Versammlung mittheilte, seien die oberen Behörden der Meinung, die Stadt Quedlinburg müßte viel mehr einschreiten, um die Wohnungsverhältnisse besser zu gestalten.

Arbeitererisiko. Der französische Ingenieur Eiffel, der Erbauer des berühmten Thurmes, hat recently einem Interieur gegenüber ausgesprochen, daß bei Ausführung der modernen kolossalen Eisenkonstruktionen fast immer Menschenleben verloren gehen, und zwar in bestimmten Verhältniß zu dem auf das Unternehmen verwandten Kapital. „Man kann durchschnittlich ein Menschenleben auf jede Million rechnen. Bei dem Eiffelturm, der 6 1/2 Millionen kostete, war ich auf 6-7 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgange vorbereitet, aber der Thurm erforderte nur 4 Opfer. Die neue Forthbrücke dagegen, die 45 Millionen Franks gekostet hat, erforderte 55 Menschenleben. Wenn mein Thurm niedriger wäre, werden mindestens drei Menschenleben drangesehen. Der geplante Bau einer Brücke, die Amerika mit dem asiatischen Festland verbinden soll, wird nach meiner Berechnung ca. 800 Millionen Franks kosten und etwa 600 Menschenleben erfordern.“

Wer riskirt bei einem solchen Unternehmen also mehr: die Kapitalisten, die schlimmsten Falls ihr Vermögen aufs Spiel setzen, im günstigen Falle aber arbeitslos hohe Renten einstreichen, oder der Arbeiter, der um karglichen Lohn sein Leben wagt?

Gewerkschaftliches.

Au die Gewerkschaften Berlins!

Mittwoch, den 26. September d. J., finden die Ersatzwahlen zum Berliner Gewerkschaftsgericht statt.

Für die 70 ausgeschiedenen Arbeiterbeisitzer sind nach folgender Aufstellung von den Gewerben Kandidaten aufzustellen: **Wollwebereiindustrie, Stoffe, Leder.** (Kammer I und II.)

Schneiderei (Herren- und Damenkonfektion) 10 Kandidaten, Wäscheherstellung, Näherei, Wäscherei und Plätterei 10, Weberei und Wirterei 2, Lohgerber und Lederzuchterei 1, Handschuhmacher 1, Kürschner 1, zusammen 26 Kandidaten.

Wagnergewerbe (Kammer III.) Studatoure 2 Kandidaten, Maler 3, Bau-Anschläger 1, Einseher 1, Töpfer 3, Zimmerer 1, Mohrleger 2, Puffer 3, zusammen 16 Kandidaten.

Holzwaren-Industrie (Kammer IV.) Böttcher 1 Kandidaten, Tischler 1, Möbelpolierer 1, Drechsler 1, zusammen 4 Kandidaten.

Metallindustrie (Kammer V.) Goldschmiede 1 Kandidaten, Metalldrücker 1, Uhrmacher 1, Mechaniker 1, zusammen 4 Kandidaten.

Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, Bedienung (Kammer VI.) Schächter 2 Kandidaten, Konditoren 2, Kellner 3, Brauer 1, Zigarrenmacher 1, Tabakarbeiter 2, zusammen 11 Kandidaten.

Transport-, Verkehrs- und Handelsgewerbe. (Kammer VII.)

Möbeltransportarbeiter 1 Kandidaten, Koll- und Lastfuhrer 2, Drochsenfuhrer 1, Packer 1, zusammen 5 Kandidaten. **Graphische Gewerbe und Verschiedene.** (Kammer VIII.)

Schriftgießer 1 Kandidaten, Buchdrucker 2, Typographen 1, Stereotypenre 1, zusammen 5 Kandidaten.

Außerdem haben nachstehende Gewerbe Ersatzkandidaten aufzustellen: **Weberei und Wirterei 2, Lohgerber und Lederzuchterei 1, Handschuhmacher 1, Kürschner 1, Hutmacher 1 und Tapezierer ein Kandidaten.**

Bauarbeiter 2, Studatoure 1, Maler 2, Bau-Anschläger 1, Einseher 1, Töpfer 2, Zimmerer 1, Mohrleger 1 und Puffer zwei Kandidaten.

Böttcher 1, Tischler 2, Drechsler 1, Ristenmacher 1 und Vergolter 1 Kandidaten.

Goldschmiede 1, Metalldrücker 1, Uhrmacher 1 und Schlosser 1 Kandidaten.

Schächter 1, Kellner 1, Konditoren 1, Brauer 1 und Zigarrenmacher 1 Kandidaten.

Kollfuhrer 1, Drochsenfuhrer 1 und Packer 1 Kandidaten.

Schriftgießer 1, Buchdrucker-Hilfsarbeiter 1, Porzellanarbeiter 1, Papierarbeiter 1, Tapetendrucker 1 und Lithographen und Steindrucker 2 Kandidaten.

Haben die Gewerkschaften die ordentlichen Kandidaten sowie die Ersatzkandidaten aufgestellt, so sind umgehend dem Gewerkschaftsbureau, Rosenstraße 28 v. I., Name, Beruf und Wohnung der Kandidaten anzugeben, desgl. bei den Ersatzkandidaten.

Bemerkt wird noch, daß die Gewerkschaften bei der Aufstellung der Kandidaten unbedingt darauf zu achten haben, daß diese auch wählbar sind.

Wählbar ist jeder Arbeiter, der das 30. Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorausgegangenem Jahre Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht erhalten hat, und der bei seinem Innungsmeister arbeitet, für dessen Innung ein Innungsschiedsgericht besteht.

Nach einem Beschlusse des Magistrats sind jedoch solche Arbeiter, die für sich oder ihre Familienangehörigen für erhaltene Krankenhäuser noch Zahlungen zu leisten haben, nicht wählbar, auch wenn sie die bestimmten Klaren ordnungsmäßig zahlen. Der Magistrat betrachtet diese Fälle ausnahmsweise als in das Gebiet der Armenunterstützung gehörig.

Auch auf die Kontrolle der Wählerlisten sei an dieser Stelle noch besonders hingewiesen. Die Wählerlisten liegen zu diesem Zwecke in denjenigen Turnhallen aus, wodie Eintragungen in die Wählerlisten vorgenommen worden sind. Außerdem liegen die Listen auf dem Wahlbureau des Magistrats, Poststr. 16 II, und zwar in der Zeit vom 12 bis 18. August, Wochentags von Abends 5 bis 8 Uhr und am Sonntag von Mittags 12 bis 3 Uhr aus. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Wählerlisten müssen bis spätestens 18. August beim Magistrat angebracht werden.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Ueber die deutsche Metallpatronen-Fabrik in Karlsruhe, wo 19 Metalldrücker ausgesperrt wurden, weil sie einen 12-prozentigen Lohnabzug einmüthig zurückwiesen, wird uns geschrieben, daß die Firma sogen. „Bauern“ aufrufen, um die Betriebsstörung aus der Welt zu schaffen. Ferner lasse sie Maschinen konstruieren, um die Hebelstaschen möglichst ohne gelehrte Metalldrücker mit billigen Arbeitskräften herzustellen. Es sei allerdings bis jetzt ein durchschnittlicher Akkordverdienst von über 5 M. pro Tag erzielt worden, das werde aber nicht so bleiben. Die Versuche mit Maschinen sollten bis jetzt ziemlich erfolgreich sein, so daß sich dem Drücker gerade nicht die sicherste Existenz biete. — Von den Ausständigen sind 16 abgereicht, einer hat andere Arbeit gefunden, zwei Ausgesperrte — Burr von Weisingen a. N. und Hauenbühler von Gaggenau i. B. — sind wieder in die deutsche Metallpatronen-Fabrik zurückgekehrt. Ueber die Fabrik ist von einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung Karlsruhe's die Sperre verhängt, woson Notiz zu nehmen alle Arbeiterblätter erjucht werden.

In Schwelm haben die Schleifer der Schloßfabrik von Beyer u. Klopffaus wegen Lohnabzugs die Arbeit niedergelegt.

In Nürnberg dauert die über die Metallwaaren-Fabrik von Jean Schöner verhängte Sperre fort; ebenso der Streik der Schläger in der Schächler'schen Werkstätte, Peter Heilmannstraße, da sich die mit dem Geschäftsinhaber von den Arbeitern geführten Unterhandlungen zerschlagen haben.

In München haben in der Motor-Fahrrad-Fabrik von Hildebrand u. Wolsmüller 10 Mann die Arbeit niedergelegt.

Die Sattler einer großen Bukarester Militär-effektenfabrik legten Ende Juli die Arbeit nieder, weil sie die Entlohnung eines Kollegen auf höchste mißbilligen mußten. Nach kurzem Ausstand wurde die Forderung der Arbeiter bewilligt und der Gemüthliche wieder eingestellt. Die Arbeiter gedenken nun in nächster Zeit auch die Beseitigung mancher anderen Uebelstände zu fordern. Deshalb richten sie an die Kollegen allerorts die Bitte, Sollten Annoncen in den auswärtigen Blättern erscheinen, worin Sattler nach Bukarest verlangt werden, so mögen die Kollegen auf der Hut sein und den Zuzug fern halten.

Veranmeldungen.

Der Berliner Arbeitervertreter-Verein hielt am 7. Aug. bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44, eine Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht betragen die Einnahmen im verflochtenen Jahre 311,45 M., die Ausgaben 260,24 M.; vorhanden ist somit ein Bestand von 52,21 M. — Gutheißend machte die Mittheilung, daß der Verein in Gemeinschaft mit den Krankenkassenvorständen einer Einladung der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft folgend am Sonntag, den 26. d. M., die Unfallstation in Neu-Rahndorf besichtigen werde. Beschllossen wurde, die Petition, welche der Verein und die Krankenkassen, bezugnehmend auf die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz vom 8. Juli 1884, dem Reichstage einreichen wollen, mit Rücksicht auf die inzwischen veröffentlichte Regierungsvorlage einer nochmaligen Durchsicht zu unterziehen. Die am 14. August stattfindende Eröffnung des Sanatoriums Gütergoh gab Veranlassung zu einer kleinen Debatte, während einzelne Redner die Vortheile dieser Heilanstalt hervorhoben, wurde von anderer Seite betont, daß durch die Aufnahmebedingungen so viele Kranke ausgeschlossen würden, daß der Werth dieser Anstalt für die Arbeiterklasse nur ein problematischer sei. Man ging mit dem Ausschuss der Alters- und Invaliditäts-

anstalt, der seit Dezember vorigen Jahres keine Sitzung abgehalten und die durch den Tod des zweiten Vorsitzenden Martin erlebte Stelle bis jetzt noch unbesetzt gelassen hat, scharf ins Gericht; jedenfalls habe der Bierbojott, so meinte man, den ersten Vorsitzenden H. S. von der Erfüllung seiner Pflichten bislang abgehalten.

Eine Bezirks-Versammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes tagte am 29. Juli Stromstr. 28 bei Lange. Der auf die Tagesordnung gestellte Vortrag mußte abgesetzt werden, da der Referent nicht erschienen war. Man erledigte hierauf zunächst die Wahl eines Beisizers, mit welchem Amt der Kollege Gerbsch betraut wurde. Das Amt des Schriftführers wurde dem Kollegen Reich übertragen. Giesholt theilte sodann mit, daß die Bauverwaltung des Reichstagsgebäudes ihm geantwortet habe, gegenwärtig nicht in der Lage zu sein, es den größeren Vereinen zu gestatten, den Bau zu besichtigen. Dieses Gesuch möge aber im September wiederholt werden, es wäre dann vielleicht möglich, dem Wunsche des Verbandes zu entsprechen. — Zum Schluß wurde noch eine Tagung veranstaltet für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 9. August. Das Organ des obersten Sanitätsrathes des österreichischen Sanitätswesens hebt hervor, in Jaleszky (Ostgalizien) habe sich infolge der Einschleppung der Cholera aus Bobolien ein Epidemieherd gebildet, wie es in dem Maße in keinem der beiden vorangegangenen Jahre geschehen sei. Vom 5. Juni bis zum 4. August erkrankten dort 250 Personen, also 5 Prozent der Bevölkerung. Das Zentrum der Epidemie bildet bis jetzt das von der Eisenbahn nicht durchzogene und daher vom großen Verkehr abseits liegende Gebiet des Distrikts bis zur Einmündung des Jörnes. Für Westgalizien ist die Hoffnung gerechtfertigt, daß es bald gelingen werde, die Epidemie endgültig zu bewältigen. In der Bukowina wurde durch die getroffenen Maßregeln erreicht, daß die Krankheit bisher keinen Boden faßte. Die Vorkehrungsmaßregeln werden überall auf das strengste gehandhabt, besonders der Reiseverkehr wird sorgfältig überwacht. Ein Fall von Choleraerschleppung aus Galizien nach anderen Ländern Oesterreich-Ungarns ist bisher nicht vorgekommen.

Kopenhagen, 9. August. Um Mitternacht brach in den Maschinenwerkstätten auf der großen Schiffswerft der Aktiengesellschaft Burmeister und Wain an der Kopenhagener Innenrhebe Feuer aus. Die Werkstätten sind vollständig niedergebrannt. Die im Bau befindlichen Schiffe waren gefährdet, der in der Nähe liegende Dampfer „Knutenborg“ gerieth in Brand, welcher jedoch rechtzeitig gelöscht wurde. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Die Werft, auf welcher auch das neue russische Kaiserliche „Standard“ gebaut wird, muß vorläufig ihren Betrieb einstellen.

Amsterdam, 9. August. Heute kamen hier 5 Cholera-Erkrankungen vor, von denen eine tödlich verlief; im ganzen erkrankten bisher 8 Personen, es starben 4 Personen. In Maastricht erkrankten 3 Personen, ein Todesfall kam nicht vor; aus Walsingerhorn wird ein Todesfall gemeldet.

Paris, 9. August. Nach Meldungen aus Corsu explodirte in dem dortigen Judenviertel eine Bombe und tötete sieben Personen. Die Explosion wird auf einen Unfall zurückgeführt.

Marseille, 9. August. Der Municipalrath nahm eine Resolution an, durch welche der Maire aufgefordert wird, bei den zuständigen Behörden die Aufhebung der von fremden Staaten über Provenienzen aus Marseille verhängten Quarantänemaßnahmen zu erwirken, da der Gesundheitszustand in Marseille befriedigend sei.

Catania, 9. August. Den letzten Nachrichten zufolge wurden bei dem Erdbeben in den in der Gegend des Aetna gelegenen Ortschaften 13 Personen getödtet und 29 verwundet. Die Behörden treffen die nöthigen Vorkehrungen, daß durch Einsturz drohende Häuser kein weiteres Unglück angerichtet werde; diese Häuser sollen niedergebrochen werden.

London, 9. August. Der Handelsverkehr Großbritanniens verzehret für Juli eine Abnahme der Ausfuhr um 6 1/4 und eine Abnahme der Einfuhr um 4 1/4 pCt.

London, 9. August. Die „Times“ berichtet aus Philadelphia: Nach einer Depesche aus Washington nimmt man an, daß die Konferenz der Demokraten über die Tarifbill zu einer Verständigung betrefse der Zölle für Zucker, Kohle und Eisenerze geführt hat. Die Zölle würden die bereits gemeldeten sein.

Petersburg, 9. August. Das Departement für Handel und Manufakturen bezeichnet im „Regierungsboden“ das im Auslande verbreitete Gerücht, daß in Nischny-Novgorod die Cholera ausgebrochen sei, für unbegründet; weder in der Stadt Nischny noch auf der Wiese sei irgend eine Erkrankung an Cholera beobachtet worden. Der Besuch der Wiese sei in diesem Jahre zahlreicher als im Vorjahre.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Trier, 9. August. Der erste Reblausherd im Saargebiet wurde in der Nähe von Großhennersdorf entdeckt.

Klagenfurt, 9. August. Vergangene Nacht ging über das Gurktal ein furchtbares Unwetter mit Hagel nieder, vernichtete die ganze Ernte und richtete an vielen Oettschaften Schaden an.

Budapest, 9. August. In Alco Fernezely wurde ein dort sehr berühmter Wucherer, Namens Georg Baltisch, von Bauern ermordet.

Paris, 9. August. Wie heute im Justizministerium verlautet, wird Caserio noch vor dem 15. d. M. in Lyon auf einem Platz in der Nähe des Paul-Gefängnisses hingerichtet werden.

Paris, 9. August. Nach seiner Anklagerede forderte der Staatsanwalt nochmals die strengsten Strafen gegen die Mehrzahl der Angeklagten. Hieran begann der Advokat St. Aubin seine Verteidigungsrede für Grave. Man erwartet die Urtheilssprechung am Sonnabend Mittag.

Rigis Mortes, 9. August. Die infolge der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber arbeitslos gewordenen Italiener wurden über die Grenze gebracht, sodas weitere Unruhen nicht mehr befürchtet werden.

Rom, 9. August. Es verlautet, daß die italienische Regierung von der Epistogenheit, bei Verurtheilung eines Italieners im Auslande die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslänglichen Kerker zu beantragen, im Fall Caserio absehen werde.

Madrid, 9. August. Die Regierung hat geeignete Maßregeln gegen heimliche Spielhöhlen getroffen und eine große Zahl derselben geschlossen.

London, 9. August. Nach einer Meldung aus Tientsin sind die Bemühungen Englands und Australiens, den Frieden zwischen Japan und China wiederherzustellen, erfolglos geblieben, da China sich entschieden weigert, die Oberherrlichkeit über Korea aufzugeben. Die ablehnende Haltung der japanischen Regierung hat ebenfalls ein Uebereinkommen unmöglich gemacht, trotzdem sich China über die auf Korea vorzunehmenden Reformen mit Japan verständigen wollte.

London, 9. August. Wie der „Standard“ aus Petersburg meldet, beschäftigt sich der russische Verkehrsminister mit dem Projekt der Herstellung einer Kanalverbindung zwischen dem Schwarzen Meere und dem Kaspischen.

Washington, 9. August. Die Tarifkommission hat in ihrer gestrigen Versammlung beschlossen, auf Zucker, Seife und Eisenerze Eingangszölle zu legen.

New-York, 9. August. Nach offiziellen Berichten hat die Getreide-Ernte infolge der anhaltenden Trockenheit bedeutenden Schaden erlitten.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Einigungsversuche vor dem Gewerbegerichte sind an dem Widerstande des Bier-Ringes gescheitert. Der barbarische Akt des kapitalistischen Uebermuths, die unerhörte Maßregelung der völlig schuldlosen Brauereiarbeiter ist nicht zurückgenommen worden.

Die Berliner Arbeiterschaft hat den Bierproben die einzig mögliche Antwort ertheilt.

In zweiunddreißig großen Volksversammlungen ist der Bierboycott auf sämtliche Ringbrauereien ausgedehnt worden.

Arbeiter! Parteigenossen! Eure Ehrenpflicht ist es, nicht zu dulden, daß Hunderte von Klassengenossen der Unternehmer-Willkür zum Opfer fallen, daß der Brauering in brutalster Weise seine ökonomische Macht mißbraucht.

Zum Kampfe gedrängt wird die Arbeiterschaft Berlins ihre gerechte Sache mit aller Energie führen und mit rücksichtsloser Entschlossenheit diejenigen Mittel anwenden, welche den Sieg verbürgen.

Arbeiter! Parteigenossen! Sorgt dafür, daß nirgends Ringbier getrunken wird. In keinem Hause, in keiner Werkstatt, bei keinem Ausfluge darf ein Tropfen Boykottbier getrunken werden.

Alle Feste und Vergnügungen in Lokalen, in denen Ringbier geschänkt wird, sind zu unterlassen; alle etwa bereits getroffenen Verabredungen rückgängig zu machen.

Den Gastwirthen muß klar gemacht werden, daß sie zu wählen haben zwischen der Kundschafft der Arbeiter und der Gunst der Bierproben. Wir wollen jede Schädigung der Gastwirthe vermeiden, indem wir dieselben auffordern, sich Bier aus boykottfreien Berliner oder auswärtigen Brauereien anzuschaffen, dann werden die Arbeiter nach wie vor bei ihnen verkehren.

Weder Maßregelungen noch Saalsperre scherecken uns; wir kennen keine Furcht und wissen, daß an der Solidarität der Arbeiter das Unterfangen des Brauerings scheitern wird. Mit unbeugbarer Entschlossenheit halten wir den

Boycott über sämtliche Ringbrauereien

so lange aufrecht, bis unsere gerechten Forderungen erfüllt sind.

Arbeiter Berlins, thut eure Pflicht, meidet das Ringbier und die Lokale, in denen Euch Boykottbier vorgefetzt wird.

Und auch Ihr, Arbeiter und Parteigenossen in Deutschland, helft uns, indem Ihr kein Bier aus den boykottirten Brauereien Berlins trinkt.

Der Boykott, dessen Ende nicht abzusehen ist, den Berliner Arbeitern durch einen Akt unerhörter Brutalität aufgezwungen. Wir appelliren an das Ehrgefühl aller Klassenbewußten Arbeiter und wissen, daß ihre Solidarität sich stärker erweisen wird als die Zufallsreinigkeit des dividendenlüsternen Unternehmertums.

Vorwärts, Arbeiter und Parteigenossen! Trinkt kein Boykottbier! Meidet die Lokale in denen Ringbier ausgeschänkt wird! Kauft kein Flaschenbier, welches aus Ringbrauereien stammt. Letzteres empfehlen wir besonders den Frauen zur Beachtung.

Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Die Boykottkommission.

Boycottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlöberg, Friedrich Reichentron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Müchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Brauerei in Wasserhausen.
- Exportbrauerei Rathenow, Niederlage bei Max Demhardt, N.W., Hannoverstraße 18a.
- Schloßbrauerei, Fürstentum, Niederlage bei Franz Heiser N., Liebenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
- Gustav Spiekermann, Weberstraße 66, Niederlage des Bürgerlichen Brauhauses Luckenwalde.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschlößchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Renter, Schwimmbrücke, 45.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernack, Mühlensstraße.
- Bürgerliches Brauhaus, Hamburg-Gilbe.
- Berg-Brauerei, Brandenburg, Vertreter: H. Wolff, N., Dragonerstr. 31.

Lokales.

Der Teufel hole den Brauering, wenn er an unsern Geldbeutel rührt! Also denkt jetzt der Philistertropf, der bisher den sozialistenverachtenden Herren vom Maischbottich ein „Dutrah“ über das andere zugehört hat. Es war nicht mehr als natürlich, daß den Herren Wasserfärbern, die sich ein Vierteljahr lang von allen Ordnungsmaßregeln umjunkt sahen, ganz gewaltig der Name schwelken mußte, und daß sie sich einander zuranken, man müsse das Eisen oder vielmehr Gold schmieden, so lange — es warm ist! Und da sie, „wo es warm ist“ mit den verdammten, von der Sozialdemokratie „verhetzten“ Arbeitern doch kein Geschäft machen können, soll der ringbierfellige Philister herhalten und das boykottirte Bier, das ihm nach eigenem Zeugniß jetzt bekanntlich besser mundet, als das echte, auch dem erhabten Genuß entsprechend theurer bezahlen. Zu dem im Einverständnis mit den von den Arbeitern auf's Trockene geleiteten Gahnwirthen gefaßten Beschluß, der vorläufig den Handtruck, das Flaschenbier, verheuern will, macht natürlich der Ordnungsgeliebte eine vertauselt verdubte Grimasse und eines seiner Vierlingsorgane, das „Berliner Tageblatt“, breiit sich, dem Umfange in seiner ringfreundlichen Stimmung berechneten Ausdruck zu geben, indem es schreibt:

Die Annäherung zwischen den Gastwirthen und dem Verein der Brauereien, die durch den Bierboycott hervorgerufen worden ist, hat zweifellos sowohl die Kraft als auch das Kraftgefühl beider Theile erhöht. Es scheint nun aber, als ob dieses Machtwort in dieselben verankert, nicht nur in der Verteidigung gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten zusammenzufestigen, sondern auch selbst mit Angriffen gegen das Publikum vorzugehen. In einem von einer Kommission ausgearbeiteten Statut für eine Saalbesitzer-Vereinigung waren geradezu unmäßige Forderungen in Bezug auf Bier- und Garderobepreise für die Besucher von Lokalen aufgestellt worden. Dieses Statut ist allerdings von einer am Mittwoch abgehaltenen Gahnwirthe-Versammlung abgelehnt worden, aber das ins Haus gelieferte „Flaschenbier“ soll vertheuert werden. Es ist der Saalbesitzer-Kommission die Mittheilung zugegangen, daß sämtliche dem Verein angehörenden Brauereien vom 1. Oktober d. J. ab an Private für 3 M. nur noch 30 Flaschen Lagerbier à 0,4 Liter liefern werden. Wir fürchten, daß die Sympathien für die Boykottirten im Publikum durch diesen Beschluß nicht erhöht werden.

Dochmuth kommt vor dem Fall und daß die Ringbierherrlichkeit bald von dem verdienten Schicksal ereilt wird, dafür sorgt bestmüthlich die Arbeiterschaft mit gebührendem Eifer und

wachsendem Erfolg. Und da der Weltgeschichte zum Glück der Humor nicht ausgeht, so hat sie es schallhaft gesagt, daß den in so verwerflicher Position befindlichen Brauherren selbst der bisher treueste Freund zum Feinde wird. Der Philister an unserer Seite — wir hätten Ursache, die Nase zu rümpfen, wenn die Situation nicht so unendlich komisch wäre!

Wie ächzet man Sozialdemokraten? In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ ist schon darauf hingewiesen, daß die Arbeiter des „Deutschen Offizier-Vereins“ von dem Genuß des unboykottirten Lagerbiers abgehalten werden — aber die Sache kommt noch besser. Seitens der Direktion wurde verfügt, daß der Hoflieferant Bölow zum alleinigen Bierlieferanten ihrer Arbeiter und gegen deren Willen bestimmt sei; der Chef dieser Verhältnisse ging den förtlichen Arbeitern mit gutem Beispiel voran — trotzdem war der Konsum am ersten Tage der Bölowperiode ein ganzes Viertel. — Als die Höchstkommandirenden nun einsehen, daß ihre ganze Aufopferung von den Arbeitern nicht im Mindesten geschätzt wurde, ergriff sie ein unbilliger Zorn und nun wurden noch schärfere Saiten ausgezogen. Das Bölow-Bier wird nunmehr in dem Kabinett des Meisters und unter seiner Kontrolle vergapft, andere Getränke als dieses (Weißbier, Selter u. s. w.) darf bei Strafe der Entlassung nun nicht mehr konsumirt werden. — Recht schneidig, aber auch recht unvorsichtig im Hinblick auf die Folgen dieser brutalen Verewaltigung. Wer wird sich nun noch erheben über Terrorismus der Sozialdemokraten zu reden, die doch niemanden zumuthen, ein bestimmtes Bier zu trinken, viel weniger ihm Zwang anthun, — abgesehen davon, daß nichts mehr den Muth und die Kampflust unserer Genossen aufweckt, als solche Grobthaten unserer Gegner. Trotz alledem und alledem, trotz des Drucks, dem sie ausgesetzt sind, wird die große Mehrzahl der Schwärmer im Offizierverein ehrenhafte Arbeiter bleiben und nach wie vor ihre Boykottpflicht üben. Wir aber sind, wie gesagt, den Ordnungsbeiden und bekannten Lohnbrüdern im Offizierverein dankbar für ihre Großthaten nach Richter'schem Rezept. Mehr als tausend Andern öffnen Vergewaltigungen dieser Art den Arbeitern die Augen und erziehen sie zu eisernen, pflichtbewußten Sozialdemokraten!

Die Bekommligen der Großstadt, die heute bei Bismarck-Eingängen, morgen bei Kaiserparaden hochpatriotisch Hurrab drücken, stellen ab und zu auch beim Bierboycott ihren Mann. Sie hätten sich natürlich, in Arbeiterwirthschaften, wo unsere Genossen verkehren, ihre Art „Vergnügen“ zu finden, sie suchen vielmehr für ihren „Alk“ auf Rechnung der anständigen Arbeiterschaft diejenigen Wirthschaften aus, in denen das bürgerliche Publikum verkehrt und das an solchen Anlässen die Gelegenheit nimmt, mit Verwünschung sich zuzurufen: „Seht, so sind die Boykottbrüder alle!“ Kam da letzter Tage in ein Münchener Bier-Restaurant am Spittelmarkt ein Arbeiter schiefen Ganges und schiefes Mähe und verlangte ein Glas Bier. Er erhielt es und trank es um; als er bezahlen sollte, wollte er erst wissen, ob es nicht „Ringbier“ sei, und als er dann mit mehr Ernst als Höflichkeit aufgefordert wurde, das Lokal zu verlassen, meinte er lallend: „Det werd' id' Sie besorgen“. Dann zog er ein Buch heraus und notirte das Restaurant: „Für die Boykottliste!“ Rief's und wandte in die Nacht hinaus. Mit stiller Genugthuung wird vielleicht morgen Engen Richter diese Sträu der Ordnung als „sozialdemokratischen Bierspiegel“ seinen Lesern und seinen Ring-Potentaten vorführen. Wohl bekomms!

Die bürgerliche Presse kommt mit den geistigen Produkten, durch die sie die verzweifelnden Ringbrauereien „moralisch“ unterstützen will, immer mehr auf den Hund. Zur Erweiterung unserer Leser bringen wir eine Probeleistung, welche in der letzten Nummer der „Berliner Neuesten Nachrichten“ glänzt. Sie lautet:

Der Bierboycott wird von Seiten der Arbeiter als Ursache der an die Firma Wittler u. Sohn gerichteten anarchistischen Drohbriebe bezeichnet. In der dortigen Offizin, so wird behauptet, sei es verboten worden, anderes Bier als das vor dem Boykott bezogene einzuführen. Es sei dieserhalb zu Differenzen mit den Arbeitern gekommen, die zu gunsten des Boykotts das betreffende Verbot verschiedentlich zu umgehen versucht haben, und es sei nahe daran gewesen, daß die Arbeit wegen der Sache eingestellt wäre. Eine alte Frau, die in dem Hause gewohnt hat, ist aus Furcht vor den Anarchisten verjogen.

Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat die alte Frau jetzt in der Redaktion der „Neuesten Nachrichten“ ein sicheres Unterkommen gefunden.

„Der größte Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Feunzjant“. Die boykottirte Brauerei von Julius Bölow denkt anders. Sie entlieh, wie wir schon kurz berichtet haben, am 6. Juli 6 Brauer, weil ... diese den Kellermeister nicht beizahl denunziert hatten, daß dieser, dem Gebrauch besserer bairischer Brauereien entsprechend, das schlechtere Bier (Abseige und dergl.) hatte fortzujagen lassen. Mag auch der wirkliche Grund zur Entlassung der gewesen sein, daß die mit dem Reichs-Justizamt verschwägerte Brauerei infolge ihrer Ringzugehörigkeit an sehr erheblichem Absatzmangel leidet, so ist doch die Thatfache, daß gewerblichen Arbeitern gegenüber angegeben wird, sie würden entlassen, weil sie eine von antändigen Leuten für schimpflich, samäthlich und verächtlich erachtete, dem Prinzipal aber erwünschte Handlung nicht ausgeführt haben, recht bezeichnend. Nicht als „freie“ Arbeiter möchten die Ringbrauereien ihre Arbeiter beschäftigen, sondern als willenlose Hörige, die durch die Hungerpeitsche gezwungen sein sollen, die insamsten Dienste im Nebengewerbe zu verrichten. Selbstredend muß den Ringleuten, die solche Ziele erstreben, die von den Brauern zur Besserung ihrer Lage geschaffene Organisation verhaßt sein. — Uebrigens, wenn Julius Bölow Denunziationen für eine Ehrenpflicht „seiner“ Arbeiter hält — warum giebt er nicht an, wieviel Malz- und Hopfen-Surrogate dem Ringbier der Ringbrauereien zugesetzt werden und weshalb denn für die Ringbier-Schwärmer Abseige und dergl. gut genug sein soll?

Boycottbier unter schwerer Bedeckung sah man vor gestern früh nach dem Norden Berlins ziehen. Hinter dem ausdrückenden Garde-Regiment führten zwei oder drei geladene Bierwagen der Bockbrauerei. Dann folgte Artillerie und hinterher folgten wieder Bierwagen der Gregory-Brauerei. Ob hier der Zufall den Passanten den Anblick dieses Zukunftsbildes gewährte, ob der Militärstatist den Ferienkolonnen im Waffenrock ein besonderes Labfal und den Ringbrauereien ein Stück Staatshilfe gewährleistete, oder ob diese beiden Brauereien ihr überflüssiges Bier zur Befundung ihres Patriotismus den Soldaten spendirt haben? Wer kann das sagen? Das Dividenden-Ergebnis der Bockbrauerei dürfte einen solchen Akt der Freigebigkeit kaum rechtfertigen und daß Herr Gregory gerade durch den Boykott in den Besitz der so nöthigen Millionen gekommen ist, dürfte selbst Richard der Erste bezweifeln.

Langeweile soll nach dem Ausspruch großer Kapazitäten ebenso störend auf die Nerven einwirken, als Ueberarbeit. Das scheint uns nicht ganz unzutreffend zu sein, sind uns doch in letzter Zeit mehrere Fälle von Melancholie bei den Saal-Verweigerern gemeldet worden. Bei anderen wieder äußert sich der Eindruck, den weite, menschenleere Räume auf das Gemüth ausüben, in anderer Weise. So erhielt ein Kochknecht, der am 15. v. M. von einem Saalverweigerer entlassen wurde, folgendes mit allen Schönheitsfehlern wiedergegebene Heugut:

Berlin, d. 15. Juli.
Bescheinige hiermit dem Koch Lehrling W. J., daß derselbe vom 1. Juli 1893 bis 15. Juli 1894 bei mir war; derselbe zeichnet sich durch seine große Faulheit sowie böswilliges Verhalten gegen seine Vorgesetzten aus, jedoch ich jeden Kollegen empfehle, bei mir sich zu erkundigen; da ich zu jederzeit gern bereit bin nähere Auskunft zu erteilen.
(NB. War bei mir schon in die 2. Lehrstelle.)

Fritz Bühler
Rosenthalerstr. 28, Inhaber Steins Festale
früher langjähriger Küchen-Chef erster Häuser
Berlin.
Und da behauptet man immer noch, es gäbe keine Originale mehr!

Die königlichen Mineralbrunnen von Niederselters, Hachingen und Gailenau, aus denen das echte, natürliche „Selters-Wasser“ stammt, sind kürzlich gegen eine Jahrespauschale von 200 000 M. einer jüdischen Firma zur alleinigen Ausbeutung überlassen worden. Ein antisemitisches Blatt regt sich darüber auf, indem es vorrednet, daß der tägliche Bedarf an echtem „Selters-Wasser“ auf 150 000 Flaschen à 25 Pfennig zu schätzen sei, so daß bei einem Reingewinn von 10 Pf. pro Flasche ein Gesamtprofit von 15 000 M. per Tag oder 450 000 M. per Monat oder 5 400 000 M. per Jahr herauskommt. Diese gewaltige Summe, jammert das Blättchen, fließt in die Taschen der Juden und wird gezahlt von den nach Heilung lechzenden armen Deutschen. Aber daß die gewaltige Summe überhaupt in die Tasche eines einzelnen Unternehmers fließen darf, darüber regt sich das antisemitische Organ nicht sonderlich auf. Es fragt zwar, ob die

Staatsregierung den Gewinn von mehr als 5 Millionen nicht selber brauchen könne, macht aber im übrigen kein Hehl daraus, daß es mit der Ausbeutung der Quellen (oder richtiger: der nach Heilung lebenden armen Deutschen) durch einen einzelnen Unternehmer vollkommen einverstanden wäre, wenn es nur nicht ein Jude wäre, der den Nebenbuhler machen darf. Es hätte sich thätig ein „altangesehenes, ehrenwerthes, christliches Geschäft“ mit ihm die Brunnen erworben, aber 20 000 M. weniger geboten. Die christliche Firma, meint das Blättchen auf grund erhaltener Informationen, „hätte gern weit mehr geboten, um die Quellen in Pacht zu bekommen“, wenn sie nur rechtzeitig „von dem Mehrgebot benachrichtigt“ worden wäre. Ja, warum hat sie denn nicht von vornherein mehr geboten? Sie hätte das Geschäft, drei Millionen, bieten können, und es wären ihr bei einem Verkaufspreise von 25 Pf. pro Flasche immer noch 2 700 000 M. als Gewinn übrig geblieben. Aber sie wollte sich eben den zu erwartenden Riesenerfolg, der aus den Taschen der „nach Heilung lebenden armen Deutschen“ herausgeschunden wird, um keinen, noch so minimalen Betrag schmälern lassen. Nachdem ihr darüber der ganze, so verlockend fette Bissen entgangen und noch dazu von einem Juden weggeschmachtet worden ist, schreien die Antisemiten-Blätter: „Wir machen Riesenschritte in der Verjudung!“ und: „Welchen Zustand gehen wir entgegen, wenn nach einander alles in die Hände der Juden fällt?“ Ja, wahrhaftig, was soll daraus werden, wenn das christlich-germanische Unternehmertum immer mehr um sein einstiges Vorrecht, den Konsumenten allein das Bestreben über die Ohren ziehen zu dürfen, gebracht wird?! Schrecklich! — Die Angelegenheit dürfte übrigens gerade unter den gegenwärtigen Zeitumständen noch von ganz besonders tragischen Folgen begleitet sein. Die Antisemiten wissen bekanntlich in ihrer einzig dastehenden Logik den Boykott gegen die Juden, den sie seit Jahren proklamirt haben, sehr wohl mit ihrer neuerlichen Bekämpfung des sozialdemokratischen Boykotts gegen die Berliner Ringbrauereien zu vereinen. Um den bedrängten Ringbrauereien die Kasser etwas zu leeren und die Taschen zu füllen, haben sie sich erboten, das boykottirte Bier pferdeemierweise zu kaufen. Was soll nun aber werden, wenn jetzt auch noch das „Selters-Wasser“, das doch nun einmal die notwendige Ergänzung jedes Saufgelages bildet, nur von Juden bezogen werden kann? Werden die Antisemiten die Ringbrauer im Stich lassen, oder werden sie dem aus den jetzt verlockenden Quellen stammenden echten „Selters-Wasser“ das zwar weniger wirksame, aber dafür judenreine künstliche Mineral-Wasser vorziehen? Jetzt bewahre der Himmel die Ringbrauer davor, daß auch noch der gesammte Heringsfang und Betrieb in Judenhände übergeht; sonst stiehe ihnen sämtliche Antisemiten aus den boykottirten Bierlokalen und nehmen ihnen das letzte bißchen Hoffnung mit weg.

Ein hochdastehender Verein. Von der beschämenden Geistesfinsternis, die noch in einigen Gegenden Deutschlands herrscht, in die das Licht des Sozialismus noch nicht gedrungen, giebt eine Notiz Zeugnis, die sich in einem Trier'schen Blatte findet. Unter vielen anderen Beiträgen, die aus allen Gauen Deutschlands für die dem Hunger überantworteten Brauereiarbeiter eingegangen, hatte der „Vorwärts“ auch eine Summe zu quittiren, die ihm laut Aufschrift von mehreren aktiven Turnern des Turnvereins Saarburg zugestellt worden war. Dies paßt nun dem Vorstand des oben genannten noch tief im reichstümlichen Sumpf stehenden Turnvereins nicht in den Kram und er erläßt daher außer der gestern veröffentlichten famosen Aufschrift an uns ein Eingelands, in dem an die Rundgebung eines Vereinsfestes folgende drohlige Bemerkung geknüpft wird: „Da das vielversprechende Fest einem oder mehreren nicht zu passen scheint, sucht man auf geradezu schamlose Weise den hoch dastehenden Verein zu verächtigen. Der „Vorwärts“ bringt nämlich in Nr. 178 folgende Notiz; „Für die ausgeschlossenen Brauereiarbeiter sind eingegangen: . . . Von mehreren aktiven Turnern des Turnvereins Saarburg bei Trier 120 M.“ Der Turnrat wird gegen den Urheber dieser geschäftigen Verbindung und Verächtigung das Weitere veranlassen. Der Turnverein zählt kein sozialdemokratisches Mitglied unter seinen aktiven Turnern.“

Ach, die Armen! Auch bei ihnen wird es Licht werden.

Zur Beachtung für Auskügler! Der Gastwirth Künzler, Honker's Abgabe-Zeuthen, schämt seit einigen Tagen wieder schuldig-Verdammter und ist daher aus der Liste derjenigen Wirthe, die boykottirtes Bier verzapfen, zu streichen.

Der Gesangsverein „Jaget nicht“. Steglitz, feiert der Lokalfarre wegen sein Sommervergügen nicht am 11. August in Steglitz, sondern am 18. August im Kurhaus, Friedenau, Rheinstraße.

Woltersdorf. Wir geben nachgehend die Bierte bekannt, welche auf dem in Kalkberge-Waldersdorf am 11., 12., 13. d. M. stattfindenden Vergammsfest boykottirtes Bier ausfächeln und erwarten von jedem zielbewußten Arbeiter, daß er sich seiner Pflicht bewußt ist und kein boykottirtes Bier trinken wird. Boykottirtes Bier schänken aus: Köppen, Wagner, Häring, Hildebrandt, Förster, Marx, Fellingner, Giesch, Erpel. Die Lokal-Kommission, J. A.: Ernst Neumann.

NB. Zu erkennen sind die Lokale, wo boykottirtes Bier ausfächelt wird, an den Plakaten der Brauerei Gmelin, Waldersdorf.

Neue Engpässe? In der inneren Stadt ist man jetzt stark beschäftigt, Straßen zu verbreitern. Nachdem die Budelei auf dem Mühlendamm endlich zur Ruhe gekommen ist, geht es an die Verbreiterung der Gertraudenstraße; auch die Rosenstraße und die Rosenbalerstraße müssen sich, dem Zuge der Zeit folgend, bei der sich Pferdebahn- und großer Wagenverkehr und schmale Passage nicht vertragen, in der Breite ausdehnen. Man kann kaum seine Verwunderung unterdrücken, wenn man nun sieht, wie diesem löblichen Bestreben, die Straßen zu verbreitern, bei der Anlage der Pferdebahn, welche über die Linde führt, entgegengehandelt wird. Dort, wo Neue Promenade und Hald'scher Markt zusammen stoßen, sind Doppelgleise gelegt, trotzdem die Straße kaum so breit ist, wie an der gefährlichen Ecke Gips- und Rosenbalerstraße. Wer da weiß, wie immenser Menschenverkehr dort, besonders in den Morgen- und Abendstunden, herrscht, wird mit uns der Meinung sein, daß hier in der That ein neuer Engpaß geschaffen wird. Wenn man dem entgegen hält, daß durch Anlage der Pferdebahn sich der Menschenstrom wesentlich verringern wird, so täuscht man sich; der größte Theil der Tausende, welche die Neue Promenade, diese Verbindung des Nordens mit dem Zentrum und Westen, passieren, sind Arbeiter, welche aus peripheren Gländen garnicht in der Lage sind, regelmäßig die Pferdebahn zu benutzen. Wenn man einmal schon die Engpässe beseitigen will, sollte man doch nicht ohne zwingenden Grund neue schaffen.

Die Steuerbureaukratie. So schreibt die „Freis. Zig.“, hat ihren größten Triumph in Lundenwalde gefeiert, wie folgender Fall darthut. Der Berliner Großdeputirte Dr. Merker ist Eigentümer eines kleinen, brach liegenden Grundstücks in Lundenwalde, für das er jährlich einen Pfennig Grundsteuer, und zwar in vierteljährlichen Beträgen in der ersten Hälfte des zweiten Monats eines jeden Quartals an die Stadtkasse in Lundenwalde abführen soll — „undschadet der Weisheit zur früheren Entrichtung und zur Vorausbezahlung“, wie es im Steuerzettel heißt. In seinem und der Behörde Interesse hatte sich, wie verschiedene Blätter berichten, Dr. Merker erboten, die Steuer für zehn Jahre im voraus zu entrichten, das Anerbieten ist jedoch von der Stadtkasse in Lundenwalde abgelehnt worden. Darauf forderte der Steuerpflichtige den für das Rechnungsjahr 1892 fälligen Betrag von 0,01 M. nicht ein, worauf die Lundenwalder Stadtkasse den Magistrat um zwangswise Beitreibung des Pfennigs er-

suchte. Der Schuldner erhielt nun einen vom 4. Februar 1893 datirten Mahnzettel des städtischen Vollstreckungsamtes I mit der Aufforderung, 7 Pf. an die Stadtkasse in Lundenwalde innerhalb drei Tagen einzusenden und vor Ablauf der Frist den Postschein, unter Entrichtung der Mahngebühren mit 10 Pf., dem Vollziehungsbeamten vorzulegen, bei Vermeidung der Pfändung. Dr. Merker respektirte den Mahnzettel nicht, und so wurden von ihm am Montag 37 Pf. (einschließlich 20 Pf. Porto) zwangswise eingezogen. Derselbe Apparat wird auch bei der Steuer für 1894 spielen, da Dr. Merker den Pfennig nicht einsenden will. — Daß die Lundenwalder Behörde um einen Pfennig einen großen Streit erhebt, nimmt uns nicht weiter Wunder; daß der Berliner Magistrat Vollstreckungsdienste für den Lundenwalder Magistrat versieht, das ist eben — großartiglich.

Die herrlichste der Welten. Aus Nahrungsforgen hat sich die 51 Jahre alte Wittve Wilhelmine Pöschke am Mittwoch Abend das Leben genommen. Als ein Droschkentusch, der bei ihr wohnte, um 10 Uhr Abends die Räume in dem Hause Memelerstraße 28 betrat, fand er seine Wirthin als Leiche auf. Frau Pöschke hatte sich an der Thür erhängt. — Wer will nach verurteilten, aufreizenden Handlungen, die in heutiger Zeit zu den Alltäglichkeiten gehören, noch daran zweifeln, daß einzig ein Narkotikum, nämlich das so einträglich empfohlene Blau-Bohnen-Rezept der Biemarx'schen noch die in ihren Grundbehen erschütterte herrlichste der Welten vor dem von der Sozialdemokratie erprobten erschrecklichen Zustand retten kann, unter dem jeder Mensch satt zu essen haben soll?

Im Schmelztiegel verbrannt. Auf eine entsetzliche Art ist am Mittwoch Abend der in Weisensee wohnende 23jährige Arbeiter Hermann Witow um's Leben gekommen. Er war in der Drogisten-Lackfabrik am Schmelztiegel als Vorrieder beschäftigt. Kurz vor der Feierabendstunde wollte nun B. von der oberen Plattform des Kessels aus das Abzugsventil öffnen, um den angesammelten Chlorbampf abzulassen. Durch irgend einen Umstand löste sich nun plötzlich der Verschlußriegel unter der Plattform, wodurch letztere abrutschte und B. kopfüber in den mit siedend heißem Capollad angefüllten Kessel stürzte. Den zu Hilfe eilenden Arbeiter gelang es nicht, den Verunglückten noch lebend aus dem Kessel zu ziehen, denn er war vollständig verbrannt. Bei dem Rettungswerk hatten sich zwei Arbeiter schwere Brandwunden an den Händen zugezogen.

Schornstein-Einsturz. In Oberschönweide, dicht an der neuen Sprebrücke, wird jetzt eine neue Pappensfabrik erbaut. Am Dienstag Vormittag war der circa 30 Meter hohe Fabrik-Schornstein vollständig abgestürzt. Als Nachmittags gegen 5 Uhr ein heftiges Unwetter losbrach, verließen die Bauarbeiter, die mit der Abrüstung beschäftigt waren, das Gerüst. Kurz darauf wehte der heftige Sturm den Schornstein total um. Glücklicherweise ist dabei kein Menschenleben vernichtet worden.

In der Laubkassonade an der Herrfurthstraße in Nixdorf brach in der Nacht zum Mittwoch Feuer aus, welches die Laube eines Arbeiters einscherte. Glücklicherweise gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Da augenscheinlich Brandstiftung vorliegt, verumthet man einen Raubakt.

Ihren Beruf verfehlt haben die Polikliniken. Um dem Mißbrauch derselben zu steuern, soll die Absicht bestehen, Plakate in denselben anzubringen folgenden Inhalts: „Dieses Institut ist zu dem Zwecke gegründet worden, um jene Unglücklichen zu unterstützen, welche zu arm sind, um die ärztliche Hilfe bezahlen zu können. Die hier Hilfesuchenden werden von nun ab gehalten sein, aus Ersuchen die gewünschte Auskunft zu ertheilen, um dem Mißbrauch zahlreicher Personen zu begegnen, welche die von ihnen in Anspruch genommene Hilfe selbst gut aus eigenen Mitteln bezahlen könnten.“

Spyros verschwunden ist seit Sonnabend, den 28. Juli d. J., früh 1/2 9 Uhr, Frieda, die geistreichste 19jährige Tochter, des Schuldieners A. Rubbe hier, Paruthstr. 20. Da selbige trotz aller Bemühungen bis jetzt noch nicht aufgefunden ist, wird jeder höchst gehalten, falls selbige angetroffen wird, sie nach dem nächsten Polizeirevier oder nach oben genannter Wohnung zu besördern. Sie ist von mittlerer Statur, war mit schwarz und blauarrirtem Rock, weiß und blau gestreifter Blouse, schwarzen Strümpfen, halben Schuhen und blaueud Rückenbürste bekleidet, hatte goldene Ohrringe und Broche, ein am Sammetband befestigtes Medaillon, sowie einen Handford bei sich, sie war jedoch ohne Kopfbedeckung. Eine runde Narbe im Gesicht dürfte als besonderes Erkennungszeichen dienen.

Bezüglich der Errichtung weiterer Feuerwachen werden uns folgende ergänzende Mittheilungen gemacht: Zwischen dem königlichen Polizeipräsidium und dem Magistrat der Stadt Berlin schweben thatsächlich bereits Verhandlungen bezüglich Errichtung neuer Löschdepots. Die Anlegung eines solchen in der Gegend der Fischerbrücke verzögert sich vorläufig nur durch den Umbau, der dort vorgenommen wird. Die Verhandlungen in betreff einer Feuerwache in der Gegend des Halle'schen Thores schweben schon seit Mitte der 70er Jahre (11). Wenn man glaubt, daß erst die Eingemeindungsfrage abgehandelt werden müsse, um planmäßig mit der Errichtung neuer Feuerweh-Depots in den betreffenden Vorstädten vorzugehen, so genügt ein Blick auf den Plan von Berlin, woraus sofort ersichtlich, daß die Lage der neuen Depots nicht so gewählt werden kann, um von denselben aus bequem die äußeren Stadttheile zu erreichen. Sehr bedenklich steht es im Süden, namentlich nach der Hasenhalde hin, aus. Hier ist fast alles „Hochstadt“, hoch gelegenes Terrain; die Wasserleitung kann nicht direkt zum Spritzen benötigt werden, sondern nur zum Füllen der Feuerlöschwagen. Wir bemerken übrigens noch, daß die laufenden Ausgaben für eine Feuerwache jährlich — hoch gerechnet — 65 000 M. betragen.

Verurteilung. Der Schankwirth Hagenow, Krndstr. 35, ist durch einen Irrthum seitens der Kontrolle gefristet worden. Derselbe schänkt boykottirtes Bier und ist nach wie vor weiter auf der Liste zu führen.

Witterungsüberblick vom 9. August 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (nach F. = 49 F.)
Swinemünde . . .	757	SW	4	wolfig	20
Hamburg . . .	755	SW	4	Dunst	16
Berlin . . .	758	S	8	bedeckt	19
Biesbaden . . .	760	SW	8	bedeckt	17
München . . .	764	SW	8	bedeckt	17
Wien . . .	761	SW	—	wolkenlos	18
Japaraanda . . .	764	SW	—	wolkenlos	15
Petersburg . . .	761	SW	1	halb bedeckt	15
Cort . . .	759	SW	8	wolfig	15
Aberdeen . . .	761	SW	2	wolfig	15
Paris . . .	761	SW	2	wolfig	15

Witterung in Deutschland am 9. August, 8 Uhr Morgens. Nachdem der Himmel im Laufe des gestrigen Tages sich vorübergehend aufgeheitert hatte, herrschte heute wieder im größten Theile Deutschlands trübes Wetter; an der Nordsee und im westlichen Binnenlande finden Regenfälle statt. Nur im Osten ist es theilweise heiter. Die südwestlichen Winde haben sich etwas verstärkt. Die Temperaturen durchschnittlich ein wenig zugenommen; Renfahrwasser und Swinemünde melden heute Morgen 20 Grad Celsius.

Wetter-Prognose für Freitag, den 10. August 1894.
Ein wenig kühleres, zeitweise heiteres, vorherrschend welliges Wetter mit mäßigen bis frischen westlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.
Vollzeibericht. Am 7. d. M. Nachmittags entlud sich in der Metallwaaren-Fabrik von Weiß, Chausseest. 39, ein einem Arbeiter zur Reparatur übergebener Taschenrevolver während der Beschäftigung der schadhafsten Stelle. Die Kugel drang dem Arbeiter in die Brust und verletzte ihn so erheblich, daß seine Heberführung in das Augusta-Hospital erforderlich wurde. — Am 8. d. M. Morgens fiel ein Dienstmädchen in der Elisabethstraße infolge eines Fehltritts hin und erlitt anscheinend eine Verletzung des Kniegelenks. — An der Ecke der Thurm- und Wilsnackerstraße fiel ein Mädchen beim Abpringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen zur Erde und blieb bewußtlos liegen. Es erlitt außer einer Quetschung am Hinterkopfe anscheinend eine Gehirnerschütterung und mußte nach dem Kranken-hause gebracht werden. — Nachmittags wurde an der Ecke der Bellealliance- und Yorckstraße der dort Posten stehende Schutzmänn beim Versuche, das durchgehende Pferd einer Kutsche aufzufassen, eine Strecke weit mitgeschleift und dann zu Boden geschleudert. Er erlitt dabei bedeutende innere Verletzungen. — An der Ecke der Friedrichstraße und der Straße unter den Linden wurde ein Handelsmann von dem vor seinen Wagen gespannten Hunde zu Boden gerissen und fiel gegen einen vorüberfahrenden Lastwagen. Hierbei erlitt er eine erhebliche Verletzung am Kopfe und mußte bewußtlos nach der Charitee gebracht werden. — Abends wurde eine Frau in ihrer Wohnung, in der Memelerstraße, erhängt vorgefunden.

Gerichts-Beifung.

Der bekannte forische Brauch, die Leute, die beim Verlassen des Gerichtssaales die Kopfbedeckung vorzeitig aufsetzen, wegen Ungebühr vor Gericht mit einer „exemplarischen“ Strafe zu belegen, wurde am Donnerstag von der ersten Ferien-Strafkammer am Landgericht II gegenüber zwei Maurern geübt. Die beiden Männer, von denen einer wegen Mißhandlung eines Schöneberger Amtsdieners zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt worden war, belamen wegen dieses Verstoßes gegen die Gerichtsetikette je drei Tage Haft zuzukriegen.

Reichenberg i. V., 9. August. Das Schwurgericht verurtheilte den verantwortlichen Redakteur des „Textilarbeiter“, Joseph Schiller, wegen angeblicher Herabwürdigung der katholischen Kirche durch Artikel im „Textilarbeiter“ zu zwei Monaten strengen Arrests.

Oesterreichische Justiz. Das Prager Ausnahmegericht verurtheilte einen wegen Münzverfälschung zu dreizehn Jahren verurtheilten Sträfling, Namens Jima, wegen Hochverraths zu elf Jahren schweren Kerkers. Der Thatbestand war folgender: Jima versperre am 27. April in der Strafanstalt den Vorraum der Thüre seiner Zelle mit Holzstücken, die er aus dem Heberstuhl herausgenommen hatte und ließ niemanden eintreten. Während er sich allein in der Zelle befand, zeichnete er mit einem Pinsel auf Leintuch einige hochverräterische Worte und zwar in deutscher Sprache auf. Vom Inspektor der Hauswache, der noch mit anderen Gefangenaussessern durch das Thürfenster den Sträfling beobachtete, darüber zur Rede gestellt, gab Jima an, er habe das Leintuch zum Fenster hinaushängen wollen, damit jeder lesen könne, was darauf stehe. Am 5. Mai wurde Jima eine Disziplinarstrafe dikirt. Hierbei benahm sich Jima so erregt, daß einige Gefangenwärter herbeigerufen werden mußten, um ihn zur Vernunft zu bringen. Jima aber erfaßte mit einer Hand einen Knebel, mit der zweiten eine Kanne, schwang die beiden Gefäße in der Luft und schrie: „Weht weg, Ihr Hunde, oder ich erschlage Euch!“ Es mußte Militärbesatz requirirt werden. Beim Anblick derselben ließ sich Jima ruhig in seine Zelle abführen. In der Verhandlung vor dem Prager Gericht fragte der Vorsitzende nach Verlesung der Anklage den Angeklagten, ob er sich schuldig fühle. — Angeklagter: Nein, in keiner Hinsicht. Hoher Gerichtshof! Mir ist es gar nicht eingefallen, das Verbrechen des Hochverraths zu verüben. Ich wurde ungerechtfertigt wegen Falschmünzerei zu 12 Jahren verurtheilt und dieser Unfland regte mich furchtbar auf. Das Gericht bestimmt, daß der Sträfling höchstens drei Jahre hindurch in der Einzelhaft angehalten werden soll; ich habe jedoch bereits fünf Jahre in Einzelhaft verbracht. Ich habe deshalb beim Oberdirektor darüber Klage geföhrt, doch hat dieser darauf nicht geachtet. Das Meinsein regt mich fürchterlich auf, ich würde dann jähornig, unüberlegt und sage und thue so manches, was ich später bereue. Das gegenwärtige Leben halte ich nicht mehr aus, lieber nehme ich Anstalt. Vor f. (zum Angekl.): Woher kennen Sie denn die Höhe, die Sie auf das Leintuch angezeichnet haben? Angekl.: Ich habe während des Prozesses gegen die Anarchisten Stellmacher und Kammerer in Wien gearbeitet; die Anarchisten haben verschiedene Zettel verstreut, auch in unsere Werkstatt kam ein solcher Zettel geflogen. Das Urtheil lautete wie erwähnt. — Die Wiener Zeitungen haben sich gleicher telegraphiren lassen, daß der Mann mit Stellmacher und Kammerer „verleht“ hätte, und sie haben, wohl um das „Verbrechen“ etwas sachlicher zu machen, dazu gelegen, daß der Angeklagte das Leintuch herausgehängt hat.

Veranstaltungen.

Für die Arbeiter-Bildungsschule fand am 8. d. M. im „Kolberger Salon“ eine von Männern und Frauen leider nur mäßig besuchte Volksversammlung statt. Wohl mit Recht führte Genosse Wagner diesen schwachen Besuch weniger auf einen Mangel an Interesse als auf die wirtschaftlichen Minderstände zurück. Die Bildungsbestrebungen der Arbeiter und die Kunst lautete das Thema, welches der Vortragende, Schriftsteller Schütz (Steglitz), mit großem Geschick behandelte. Neben verstand es ausgezeichnet, seinen Hörern verständlich zu machen, warum der alles umfassende Sozialismus die Kunst bisher scheinbar vernachlässigt habe, indem er veranschaulichte, wie selbst die Kunst abhängig von Geldsack, die Künstler Schlepenträger des Kapitalismus seien. Derartige Kunst und derartige Künstler seien für den Emanzipationskampf der Proletarier wenig oder gar nicht zu gebrauchen. Die Liebediener der Bourgeoisie und der herrschenden Gewalten gelangten zu Ehren und Ansehen, würden Künstler von Geldsacks Gnaden, indessen ungeachtet, im Volke schlummernde Talente verkommen und vergehen müssen, indem ihnen die notwendigen Existenzbedingungen fehlen. Ein Künstler müsse frei und unabhängig von kleinlichen materiellen Sorgen sein, um künstlerisch schaffen zu können; ebenso könne aber auch nur derjenige die Kunst voll und ganz genießen, sich dem Kunstgenusse mit ganzer Seele hingeben, der frei und unbeflügelt von den alltäglichen Sorgen ist. Die Kunst könne nur in der Freiheit sich entfalten. Diese Vorbildung wolle und werde der Sozialismus schaffen. Dieser habe die Arbeiter zum Klassenbewußtsein geweckt. Die Kunst, die wahre Kunst, vermöge in hohem Maße die Bestrebungen des Sozialismus zu unterstützen, deshalb hätten sich die Bildungsbestrebungen der Arbeiter berechtigter Weise auch auf die Kunst zu erstrecken. Auf allen Gebieten der Kunst habe es jederzeit Männer gegeben, welche für das Volk lebten und strebten und wirkten und schafften und gewissermaßen Vorkämpfer für den bedrückenden Sozialismus waren. Diese Männer und ihre Werke den bildungsbedürftigen Arbeitern in kunstgeschichtlichen Vorträgen nahe zu bringen und deren Bedeutung zu erläutern, dahin ging der Vorschlag, den der Vortragende machte in der richtigen Erkenntnis, daß derartige Vorträge nur bildend und veredelnd zu wirken vermöchten und auch

ehr bald sich einen Freundeskreis erringen würden. Der allgemeinen Sympathie, welcher dieser Vorschlag begegnete, ließ Senoffe Wagner bereiten Ausdruck.

Zentral-Kranken- und Sterbehilfe der Tischler. Heute, Freitag, den 10. August, Abends 8 Uhr, findet im Lokal von Schöning, Stallgasse 10, die 10. öffentliche Sitzung sämtlicher Verwaltungen Berlins statt.

Lesen und Pikturklub. Freitag, den 10. August, Abends 8 Uhr, bei der Gruber, Mauerstraße 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Lesen und Pikturklub. Freitag, den 10. August, Abends 8 Uhr, bei der Gruber, Mauerstraße 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Lesen und Pikturklub. Freitag, den 10. August, Abends 8 Uhr, bei der Gruber, Mauerstraße 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Lesen und Pikturklub. Freitag, den 10. August, Abends 8 Uhr, bei der Gruber, Mauerstraße 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Lesen und Pikturklub. Freitag, den 10. August, Abends 8 Uhr, bei der Gruber, Mauerstraße 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Deutschlands.) Die zweite Männer-Kühelung turnt jeden Dienstag und Freitag Abends von 8-10 Uhr in der Hallenstraße 1034. Vergnügungsverein Deutsches, Abends 8 1/2 Uhr, bei Brauns, Oranienstr. 128. Arbeiterverein Germania, Abends 8 1/2 Uhr, bei Kollmann, Unter den Eichen 10. Arbeiterverein Germania, Abends 8 1/2 Uhr, bei Kollmann, Unter den Eichen 10. Arbeiterverein Germania, Abends 8 1/2 Uhr, bei Kollmann, Unter den Eichen 10.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant, Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Gussis are welcome.

Vermischtes:

Ueber den Stand der Cholera liegen folgende Nachrichten vor: Danzig, 8. August. Der Staatskommissar meldet: Bei zwei Personen ist in der russischen Grenzstadt Dobrym gefundene Cholera bakteriologisch festgestellt worden. Vom 8. bis 8. August kamen in Dobrym 30 Choleraverdächtige Erkrankungen mit 5 Todesfällen vor. Die Epidemie besteht seit zwei Wochen; der Uebergang bei Gollub ist gesichert und die Drenenz (Kreis Briesen) wird durch Gendarmen absperrt. — Wien, 8. August. Der heutige Cholerabericht aus Galizien und der

Bukowina weist das Vorkommen der Cholera in 17 politischen Bezirken auf, darunter in dem Bezirk Jaleszycki 16 Erkrankungen und 9 Todesfälle und in dem Bezirk Horodenta 14 Erkrankungen und 8 Todesfälle. — London, 8. August. Die bakteriologische Untersuchung des an Bord des Dampfers „Baltimore“ vorgekommenen Todesfalls, sowie diejenige eines anderen Erkrankungsfall an Bord desselben Schiffes ergab cholera asiatica; gegenwärtig befinden sich 4 Patienten in Behandlung. — Amsterdam, 8. Aug. In Maastricht kamen seit gestern drei Todesfälle, jedoch keine neue Erkrankung an cholera asiatica vor. In Oud-Broenhoven bei Maastricht erkrankten zwei und in Haarlem starben zwei Personen an der Cholera. — Madrid, 8. Aug. Heute wurde in Lucena ein Cholera-Todesfall gemeldet.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antworten zu ertheilen lehnen wir ab. C. Schö, Niddorf. Sprechen Sie, wenn möglich, noch einmal auf der Redaktion vor. G. Offenburg. Der „Vorwärts“ wird schon mit der ersten Post abgesandt. Von hier aus läßt sich also nichts thun. Veier. Welche Zeitung brachte den Artikel? Bei dem eingekommenen Exemplar fehlte das Titelblatt. S. 100. Sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr vor.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Freitag, den 10. August. Festung-Theater. Das zweite Gesicht. Residenz-Theater. Jugend. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Pelicalliance-Theater. Nigolotto. Alexandervlah - Theater. Verbotene Liebe. National-Theater. Faust. Theater Unter den Linden. Der Zigeunerbaron. Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Parodie - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater. Große Frankfurterstraße 132. Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Gastspiel des Fräul. Martha Kronberg und des Herrn Gustav v. Fischer.

Faust. Eine Tragödie in 6 Akten, von Goethe. Regie: Max Samst. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Im Garten: Großes Konzert. Auf der Sommerbühne Aufführung von Fossen und Possipelen, sowie Auftritten von Spezialitäten ersten Ranges. Morgen: Zum ersten Male: Insaune im Sade. Große Fosse mit Gesang in 5 Akten von Eugen Brudens. Musik von Adolph Wiebecke.

Castan's Panoptikum. Hawaïische Königs-Tänzerinnen. Der Araber Hassan Ali, der schwerste Mensch der Welt.

Tischler-Verein. Sonnabend, den 11. August, Abends 9 Uhr, Melchiorstraße 15: **Versammlung** Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Abrechnung von der Dampfpartie. Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. Ortsverwaltung Berlin C. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstellen Belle-Alliance, Platz 6 nach der Linden-Straße 2 bei Wobnisch, und Wartenburg-Straße 16 nach der Belle-Alliance-Straße 74 (Ecke Bergmann-Straße) bei König verlegt sind.

Verband der Sattler. Sonnabend, den 11. d. M., bei Krüger, Feinstr. 5: 218/6 **Versammlung.**

Sieglin, Wg. V. „Jaget nicht“. Lokalsperre halb. Ist d. Ball n. d. 11., sondern 18. Aug. Kurhaus, Friedenau: Unserem Kollegen Lorenz Arzmann zu seinem heutigen Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch! Die Kollegen vom Bau Dunderstraße Lorenz! ob es in der Sängerbörse wohl noch Märzweihen giebt?

Unserm Freunde und Genossen H. Waag zu seinem 27. Wiegenfest ein dreimal donnerndes Hoch! Delius Freunde. G. H. S. J.

Unserm Freund und Genossen, dem Maurer Theodor Bölder, zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch! Jeder, wolle wir noch'n paar Reichentronche nehmen? 2215b Die Bierchniffler von der Ede.

Codes-Anzeige. Den Genossen des 3. Reichstags-Wahlkreises zur Nachricht, daß der Genosse **Rudolf Kohlhardt** am Mittwoch, Abends 9 Uhr, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. August, Nachmittags 3 Uhr, von der Wohnung Brandenburgerstr. 8, nach dem Begräbnisplatz der Freireligiösen Gemeinde in der Pappel-Allee statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vertrauensmann.

Blumenhandlung P. Abromoit, Glückerstraße 69, Berlin SW. 55479 Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w. Billigste (Marktstätten-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Achtung! Maurer Schönebergs und Berlin West. **Öffentliche Versammlung** am Sonntag, den 12. August, Vorm. 11 Uhr, im Lokal des Herrn Keshner (Schöneberg), Grunewaldstr. 110. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen H. Silberschmidt über: „Warum organisieren wir uns?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet 188/4 Der Einberufer: Wilhelm Fritsch.

Fachverein der Tischler. Montag, den 13. August, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20. **General-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassiers. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht des Bibliothekars. 4. Verschiedenes. In dieser Versammlung wird Bericht ertheilt über die leitgeführten Projekte. Es ist notwendig, daß sämtliche Mitglieder erscheinen. 238/2 Der Vorstand.

Allgemeiner Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Berlin. **Mitglieder-Versammlung** Sonntag, 12. August, Vorm. 10. Uhr, in Köllig's Saal, Neue Friedrichstr. 44. Tages-Ordnung: 1. Berathung über die Statutenvorlage des Zentral-Vorstandes. 2. Stellungnahme z. 9. deutschen Töpfer-Kongress; Wahl eines Delegirten. 3. Vereinsangelegenheiten. 240/2 Der Vorstand.

Achtung! Tapezierer. Achtung! Montag, den 13. August, Abends 8 Uhr, in der „Berliner Rossource“, Kommandantenstr. 57. **Große öffentliche Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Auffstellung eines Kandidaten zum Gewerbegericht. 2. Bericht und Neuwahl der Agitations-Kommission. 3. Bericht des Delegirten der Gewerkschafts-Kommission. In Anbetracht der wichtigen Punkte erwarten wir, daß jeder Tapezierer am Platze ist. 233/1 Der Einberufer.

Achtung! Schuhmacher. Achtung! **Große öffentliche Versammlung** aller in der Schuh- u. Schäfte-Industrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen am Sonnabend, den 11. August, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Feind, Weinstraße Nr. 11. Tagesordnung: 1. Der Streik bei Fürstentheim & Co. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Einberufer. Hiermit erkläre ich auf die Bekanntgabe in der Versammlung des 4. Wahlvereins, daß ich seit dem 7. Juli boykottirtes Bier säufte und zahle **500 Mark** Demjenigen, der mir nachweisen kann, daß ich nach dieser Zeit boykottirtes Bier ausgeschenkt habe. 574/3 E. Segel, Wienerstr. 23.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern des 278/3 **Sozialdem. Wahlvereins für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis** zur Nachricht, daß das Mitglied und langjähriger Genosse, Buchbindermstr. **Rudolf Kohlhardt** an der Proletarier-Krankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. August, Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Brandenburgerstr. 8, nach dem Freireligiösen Friedhof, Pappel-Allee, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Christiane Pohl geb. Hänel** am 8. d. M., früh 10 Uhr, nach kurzem aber schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Der trauernde Gatte nebst Kindern, Frankfurter Allee 91. Die Beerdigung findet von der Leichenhalle in der Wilhelmstraße am Sonntag, Nachmittags 4 Uhr, statt.

Achtung! **Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter** Berlins und Umgegend. Sonntag, den 12. August 1894, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstraße No. 16: **Branchen-Versammlung der Rohrleger und Gehilfen.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen P. Jahn über: „Die französische Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zur Beachtung! Die Branchenversammlungen finden regelmäßig jeden zweiten Sonntag im Monat im obigen Lokale statt; es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, dieselben regelmäßig und pünktlich zu besuchen. Nichtmitglieder als Gäste willkommen! 172/9

Bezirks-Versammlung für Charlottenburg. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Timm über: „Das Arbeiterschutzes-Gesetz“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zu dieser Versammlung werden die Rohrleger und Helfer Charlottenburgs besonders eingeladen. Am Sonntag, den 12. August, Vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: **Öffentl. Maurerversammlung.** Tages-Ordnung: 1. Die Vorgänge auf den Bauten Hollmannstr. und Augsburgerstr. 2. Submissionswesen. Referent Genosse Pfeiler. 3. Gewerkschaftliches. 4. Wahl eines Vertrauensmannes für den Norden. J. A.: Carl Schulze, Vertrauensmann der Berliner Maurer. 188/5

Steinseker Berlins und Umgegend. I. Stiftungsfest (früher Quartal) am 11. August, Nachmittags 3 Uhr, bei Puhlmann, Schönhauser Allee 148. 228/1 Für reichhaltige Unterhaltung ist gesorgt. Programm frei an der Kasse. Herren 50 Pl. Dieses Fest muß unbedingt abgehalten werden.

Freie Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins. Sonntag, den 12. August, Vorm. 11 Uhr, im „Colberger Salon“, Colbergerstraße Nr. 23: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Gashmann über: „Der Bierboykott und die Bau-Arbeiter“. 2. Diskussion. 3. Wahl einer dreigliedrigen Fachkommission und der Zahlstelleneinhaber. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand. 80/4

Färber, Appreteure, Dekateure, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Sonntag, den 12. August, Vorm. 9 1/2 Uhr, im Lokale „Süd-Ost“, Waldemarstraße Nr. 75: **Mitglieder-Versammlung** Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Volksbildung und Klassenbewußtsein“. Referent Genosse G. Wagner. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 124/1 Der Vorstand.

Verein Schäftebrandje. Sonnabend, den 11. Aug., Ab 9 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20: **Versammlung.** Vortrag des Genossen Winter aus Eberfeld. 2216b

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter. Sonnabend, den 11. August, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstraße Nr. 48 a: **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Mattutat über: „Kartell und Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Nachwahl des 2. Schriftführers. 4. Boykottangelegenheiten. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, wegen der Wichtigkeit des Punkt 4 zahlreich zu erscheinen, außerdem von jeder Werkstelle resp. Arbeitsaal einige Kollegen in diese Versammlung zu delegieren. Die Kollegen werden ferner auf den am 18. August stattfindenden **großen Sommernachts-Ball und Garten-Konzert** in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, aufmerksam gemacht und um zahlreichen Besuch gebeten. Billets für Herrn 50 Pf., Damen 25 Pf., sind bei den Vorstandsmitgliedern, sowie bei Rohr, Naungr. 78, und in den Arminhallen zu haben. Keine Saalverweigerung. — Rein Ringier. Der Vorstand. 197/6

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. Sonntag, den 12. August 1894, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstraße No. 16: **Branchen-Versammlung der Rohrleger und Gehilfen.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen P. Jahn über: „Die französische Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zur Beachtung! Die Branchenversammlungen finden regelmäßig jeden zweiten Sonntag im Monat im obigen Lokale statt; es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, dieselben regelmäßig und pünktlich zu besuchen. Nichtmitglieder als Gäste willkommen! 172/9

Bezirks-Versammlung für Charlottenburg. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Timm über: „Das Arbeiterschutzes-Gesetz“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zu dieser Versammlung werden die Rohrleger und Helfer Charlottenburgs besonders eingeladen. Am Sonntag, den 12. August, Vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: **Öffentl. Maurerversammlung.** Tages-Ordnung: 1. Die Vorgänge auf den Bauten Hollmannstr. und Augsburgerstr. 2. Submissionswesen. Referent Genosse Pfeiler. 3. Gewerkschaftliches. 4. Wahl eines Vertrauensmannes für den Norden. J. A.: Carl Schulze, Vertrauensmann der Berliner Maurer. 188/5

Steinseker Berlins und Umgegend. I. Stiftungsfest (früher Quartal) am 11. August, Nachmittags 3 Uhr, bei Puhlmann, Schönhauser Allee 148. 228/1 Für reichhaltige Unterhaltung ist gesorgt. Programm frei an der Kasse. Herren 50 Pl. Dieses Fest muß unbedingt abgehalten werden.

Freie Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins. Sonntag, den 12. August, Vorm. 11 Uhr, im „Colberger Salon“, Colbergerstraße Nr. 23: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Gashmann über: „Der Bierboykott und die Bau-Arbeiter“. 2. Diskussion. 3. Wahl einer dreigliedrigen Fachkommission und der Zahlstelleneinhaber. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand. 80/4

Färber, Appreteure, Dekateure, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Sonntag, den 12. August, Vorm. 9 1/2 Uhr, im Lokale „Süd-Ost“, Waldemarstraße Nr. 75: **Mitglieder-Versammlung** Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Volksbildung und Klassenbewußtsein“. Referent Genosse G. Wagner. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 124/1 Der Vorstand.

Elysium, Landsberger Allee Nr. 39-41.
Sonnabend, den 11. August:

3. Stiftungsfest
des Verbandes deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen
(Filiale 1 Berlin)
unter gütiger Mitwirkung des **Hummer'schen Gesangvereins** (Mitglied des A.-S.-B.), sowie verschiedener Spezialitäten.
Die Musik wird von **Zivil-Berufsmusikern** ausgeführt.
Den geehrten Damen ist die Kaffeelücke von 8 Uhr an geöffnet.
Anfang 5 Uhr. Billet 25 Pf.
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Von 8-9 Uhr: **Tanz für Kinder.** — Um 11 Uhr: **Fackelpolonaise.**
Stokkaternen à 10 Pf. sind im Lokal zu haben. **Kein Ringbier.**
Um zahlreiche Beteiligung eruchtet
Das Komitee.

Müggelschloß bei Friedrichshagen.
Empfehle mein Lokal für größere und kleinere Parteien, auch gebe meine Räumlichkeiten des Sonntags zur freien Benutzung; habe für die Sonntage noch einen Saal mit Parquet-Fußboden zu vergeben. Speisen und Getränke wie bekannt in vorzüglicher Güte zu günstigen Preisen.
Hochachtungsvoll **Paul Zibolsky.**
Post-Telegr.-Adr.: Müggelschloß b. Köpenick. Telephon: Amt Köpenick Nr. 32.

Pankow, Schulstr. 28. Buge's Vereinshaus.
Sonnabend, den 11. August 1894:
Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert
ausgeführt vom Gesangverein „Glück zu“
(M. d. A.-S.-B.) unter Leitung seines Dirigenten **Herrn Primiel.**
Mitwirkung bewährter Solisten.
Nach dem Konzert: **Tanzkränzchen.**
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Anfang 8 Uhr. Entree 25 Pf.
Kein Boykottbier.

Kein Ring-Bier!
Nordbahn. **Paradies-Garten** Nordbahn.
am **Untermühlen-See in Birkenwerder.**
Bestens geeignet für große und kleine Gesellschaften, Vereine und Fabriken.
Dortlich schön und schattig am Wald und Wasser gelegen.
Großer Saal und Garten für 3000 Personen.
Gr. Ausspannung. Kaffeelücke. Turngeräte. Bootfahren u. Angelgelegenheit.
Adolf Burgemeister, Paradieswirth.

Bier vom Münchener Brauhaus.
Wohin unsere Landpartie!
Beelitzhof, Wilhelmshöhe v. A. Meyer.
Von Station Wannsee in 15 Min., von Schlachtensee, durch herrlichen Eichenwald, in 20 Min. zu erreichen, per Kutsche auf der Chaussee über Dahlensee und Hundehöhe.
Seiner herrlichen Lage wegen im Grunewald und am Wannsee, dem geehrten Publikum bestens empfohlen.
Kein Ringbier! Große Kaffeelücke, 2 Säle, 2 Regelmotoren, sowie Belustigungen aller Art.
Große Spielplätze vis-à-vis dem Lokale im prachtvollen Walde. — Vereinen, Fabriken, Gesellschaften zu Landpartien bestens empfohlen. — Bei vorheriger Bestellung ermäßigte Preise.
Bei ungünstiger Witterung ist für hinreichenden Schutz gesorgt.

Phönix-Brauerei Gr.-Lichterfelde. Part.-Musikant.
In 10 Minuten vom Anhalter Bahnhof zu erreichen.
Jeden Sonntag: **Konzert.** — **Tanz bei freiem Entree.**
Kaffeelücke (50 Pf. pr. Liter) täglich geöffnet. 3 Regelmotoren.
Spielplatz. Gute Speisen und Getränke. **Fritz Hoffmann & Sohn.**
Kein Ringbier!

Genossenschafts-Bäckerei
für Berlin und Umgegend.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Wir machen die werthen Genossen darauf aufmerksam, daß wir unsere Niederlagen mit neuen Plakaten versehen haben, welche die unten angegebene Anordnung mit weißer und rother Schrift auf gleichfarbigem Grunde aufweisen, erklären alle übrigen für ungültig, und ist unser Brot nur in den mit oben bezeichneten Plakaten versehenen Geschäften zu haben.

Sauberstes, durch Maschinen hergestelltes Roggenbrot der

Genossenschafts-Bäckerei
für Berlin und Umgegend
E. G. m. b. H. 34 Müllerstr. 34.
Telephon-Anschluss.

Schutz-Marko

Zu Geschenken vorzüglich geeignet, empfehle mein großes Lager von **Bildern aller Art**, ganz besonders „Der 1. Mai“ (in großem und kleinem Format), sowie vorzügliche Bilder von **Marx, Lassalle u. s. w.** Zur Einrahmung von Bildern jeder Art, sowie allen Hausglaserarbeiten empfiehlt sich
Carl Scholz, Glaser, Wrangelstr. 32.
Bilder auch nach auswärts zu billigsten Preisen. 418L*

Jägerhaus, Schönhauser Allee Nr. 103.
Inhaber: **Wilhelm Schmidt.**
Jeden Sonntag u. Mittwoch: **Frei-Konzert u. Ball.**
Kathener Bier. 4 Regelmotoren. Kaffeelücke von 1 Uhr ab geöffnet.

Frucht-Bäfte
Himbeer-, Birsch-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Literflasche 1,30 Mk.
Eugen Neumann & Co., 781M
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
1. Gesch.: Andreasstr. 23. D. pt. gegenüber Andreaspl.
2. Gesch.: Brunnenstr. 93, gegenüber Humboldttham.
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster-gestaltet. **500 Mark** zahlbar ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für **Cigarren-Fabrikanten**
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Säle zu Versammlungen und Vereins-Festlichkeiten, auch Sonntags. Oranienstraße 180. 2212b

Bitte lesen Sie!
Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichhaltiges Lager von ca. 1000 Sommer-Valentins, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaqueto, Hosen, Westen u. Ferner Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Weife- u. Holzschiffer, Waschkessel u. Sämmtliche Sachen in alt und neu.
A. Wergien,
Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 5794L*
127 Skalitzerstraße 127.
Gestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Restauration,
gutgehend, wo nur Parteigenossen verkehren, sofort wegen Uebnahme eines großen Lokals an Parteigenossen zu verkaufen. Näheres Alexandrinen-Strasse 87. Barbiergeschäft. 2217b

Bayerischer Bierverlag
579L* Originalpreise!
Anst. bef. d. Exped. unter „V. Z.“
Pianino, bestes Fabrikat, kreuzförmig verl. f. jed. Preis. Grüner Weg 119 1 1.
Kinderwagen, gebr., v. Kottbusstr. 13.

Roh-Tabak.
Grösste Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfaçon, wieder vorräthig.
Heinrich Franck,
Brunnenstr. 185.

Weißbier!
Für Fabriken und Werkstätten sowie für **Wiederverkäufer** liefere ich mein **Versand-Weißbier** in unübertrefflicher Güte zum Preise von 3 Mk. für 40 halbe oder 45 2/3 oder 25 2/3 oder 20 ganze Flaschen, frei in's Haus, in Flaschen mit Patent-verschluß, ohne Handberechnung. Fernsprecher Amt Schönberg No. 92.
A. Seidler,
Schöneberg, 214L*
Gedanstraße Nr. 73-75 und 82.
Berliner Weissbier-Brauerei.

Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Dohre fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 219L*

Roh-Tabak
Grösste Auswahl, Billige Preise
Emil Berstorff,
182. Brunnenstr. 182.
Garantirt flotten u. sicheren Brand.

Einkauf sowie Reparatur ist unzweifelhaft bei
Albin Grüger, Uhrmacher,
Oranienstr. 1, Berlin SO.
Nickel-Cyland. Remont. von 5 Mk. an
Silberne „ 12 „ „
Goldene Damen-Remont. „ 22 „ „
Goldene Herren-Remont. „ 33 „ „
Gehr. silb. Cylinderröhren „ 3 „ „
Regulateure m. Schlagw. „ 16 „ „
Wanduhren, Nickel-Wecker, Ketten u.

Sophastoff-Reste
in Nips, Damast, Cröpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moqueto's spottbillig!
Proben franko! 5150L*
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Restauration,
gutgehend, wo nur Parteigenossen verkehren, sofort wegen Uebnahme eines großen Lokals an Parteigenossen zu verkaufen. Näheres Alexandrinen-Strasse 87. Barbiergeschäft. 2217b

Bayerischer Bierverlag
579L* Originalpreise!
Anst. bef. d. Exped. unter „V. Z.“
Pianino, bestes Fabrikat, kreuzförmig verl. f. jed. Preis. Grüner Weg 119 1 1.
Kinderwagen, gebr., v. Kottbusstr. 13.

Roh-Tabak.
Grösste Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfaçon, wieder vorräthig.
Heinrich Franck,
Brunnenstr. 185.

Armin-Hallen
Kommandantenstraße Nr. 20.
Täglich:
Frei-Konzert
im schönen Natur-Garten.
Säle. Vereinszimmer.

Schriftliche Arbeiten jeder Art, Eingaben an Behörden etc., Abschriften von Manuscripten, auch in fremden Sprachen, und Kehlliches, werden sauber und billig angefertigt. Grüner Weg 14, I, geradezu. 22185

Guthandlung des Vorwärts Berlin SW., Benthstr. 2.

Sieben ist erschienen:
H. G. Tschernishevsky.
Eine literarhistorische Studie von **G. Vladanow.**
392 Seiten 8°. Preis broch. 2,50 Mk. geb. 3 Mk. — Porto 30 Pf.
Die russischen Verhältnisse der Mitte unseres Jahrhunderts, die Reformperiode unter Alexander II, den damaligen eigenartigen russischen Sozialismus schildert und erklärt der Verfasser an der Hand des historischen Materialismus. Im zweiten Theil untersucht er den utopischen Sozialismus an der Hand der Marzistischen Lehren und gestaltet die Darstellung zu einem Compendium des wissenschaftlichen Sozialismus, das an Schärfe, Klarheit und Beweisraft kaum übertroffen werden dürfte. 448/20

Bestes Pulvermittel der Welt!
ADALBERT VOGT & CO
BERLIN
FRIEDRICHSBERG

Diese Universal-Metall-Pulver-Pomade ist von uns zuerst im Jahre 1876 eingeführt und das Fabrikzeichen „Helm“ durch gesetzliche Eintragung zur Schutzmarke geltend gemacht worden. Alle ähnlich aussehenden Erzeugnisse sind deshalb Nachahmungen unseres unübertroffenen Pulvermittels. 808L*

Harmonika-Schule
zum Selbstunterricht ohne Notenkennntnisse.
Herausgegeben von C. Uebich, Berlin, Kopenstr. 30. Enthaltend 40 beliebige zeitgemäße Musikstücke. Unter andern: Ein Sohn des Volkes, Marzillaise u. Preis 50 Pf. 1601L*

Empfehle allen Genossen mein **Weiß- und Bairisch Bier-Lokal,**
Rosenthalerstr. 57.
Gr. Weiße 20, fl. Weiße 10 Pf., Bairisch Bier à Glas 10 Pf.
2 Vereinszimmer zu 60-80 Personen sind noch einige Abende frei. 5719*
Julius Wernau,
Rosenthalerstraße 57.

Schmiedels Festsäle
Alte Jakobstr. 32.
Empfehle meine hochgelegenen Säle (elett. Bel.) auch mit Bühne zur Abhaltung von Vereins- u. Privatfestlichkeiten. 4905*
Ww. G. Schmiedel.

Evora-Bräu
in vorzügl. Qualität empfiehlt in Verbinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3.
Telephon Amt III Nr. 404.

Vereinszimmer, 40 Pers., Garten u. Regelmotoren. **Rl. Markusstr. 10.** 20765
Vereinszimmer, 40-50 Pers. fassend, zu verg. Ritzdorf, **Ormannstr. 33,** Bergmann.

Etablissement „Süd-Ost“
Waldemarstr. 75. (E. Ulrich.)
Sonntag, den 12. August:
Eröffnungs-Ball.
Anfang 5 Uhr. Entree frei.
Boykottfreies Bier. 569L*

Arbeitsmarkt.
Ein tüchtiger Drecker, auf Silberarbeiten geübt, sofort gesucht.
J. D. Schleissner Söhne,
Silberwaaren-Fabrik, Sana u a. W.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Der Spar- und Vorschuss-Verein

Im Bezirk der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin hat vor einigen Tagen seinen Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 1893 an seine Mitglieder versandt. Es bedarf gar keiner besonderen Erwähnung, daß dieser Verein unter den heutigen Verhältnissen, besser: unter den erbärmlichen Verhältnissen des unteren Personals, eine notwendige Maßregel ist; aber ebenso gewiß ist auch, daß die Gründe, denen er und feinegleichen ihre Entstehung verdanken, weniger auf dem Gebiete der Fürsorge für die Beamten, als vielmehr in dem Bestreben zu suchen sind, das untere Personal in seinem unter dem kläglichen Lohn- u. Verhältnissen naturgemäßen Zwang zum Sorgen um Reizen von dem Privatkapital ab- und dem von postalischen Organen verwalteten Kapital zuzuwenden, und dadurch der breiten Öffentlichkeit den Anblick der thörichtlichen Verschwendung der kleinen Beamten zu entziehen und somit nicht allein den Arbeitgeber Staat von der Anlage, durch eine zu geringe Entlohnung seine Angestellten den Wucherern in die Arme zu treiben, zu entlasten, sondern auch eine materielle Besserstellung der bez. Einkommen mit Hinweis auf die angesammelten Vermögen so lange als möglich hintanzuhalten.

Nicht allein von unserer Fraktion im Reichstage, sondern auch von uns ist dem Produkt Stephan'scher Fürsorge, den Post-, Spar- und Vorschussvereinen, wiederholt (vergl. Nr. 73 und 76 1893) die Masse der Wohlthätigkeit, unter der diese gesammelten Vereine segeln, heruntergerissen worden, und auch der uns heute vorliegende Rechenschaftsbericht liefert wieder genug der Anhaltspunkte, die unser Urtheil bestätigen.

Die Mitgliederzahl des Vereins betrug Ende 1893 9278 (von 12 270 Mitgliedsberechtigten), 8638 Ende 1892. Die Zahl der entnommenen Vorschüsse stieg von 3918 Ende 1892 auf 4308 Ende 1893, die Hälfte der Vorschüsse von 501 855,08 M. auf 513 604,95 M. Während 1892 43 pCt. der Mitglieder den Vorschussverein in Anspruch nahmen, betrug der Prozentsatz 1893 47, also fast die Höhe der Mitgliederzahl. Die auf den Kopf der Mitglieder entfallende Vorschusssumme ist gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen; sie betrug 1892 58 M., 1893 55,4 M., oder auf den Kopf der Vorschussnehmer 128 bezw. 118 M. Dieser kleine Rückgang findet wohl darin seine Erklärung, daß den Unterbeamten bei der Entnahme von Vorschüssen seit einiger Zeit größere Schwierigkeiten denn früher in den Weg gelegt werden. Die an den Verein geleisteten ordentlichen Einlagen stiegen von 653 421,24 M. 1892 auf 771 645,05 M. 1893, oder von 78 auf 83 M. pro Kopf der Mitglieder. In welcher Weise sich diese Einlagen auf die einzelnen Beamtenkategorien vertheilen, ist aus dem Bericht nicht ersichtlich. Und doch ist nur dann ein sicherer Schluß auf die Anteilnahme der unteren, schlecht situierten Klassen an dieser Summe möglich. Die auf die Einlagen bezüglichen Angaben, so wie sie gegeben sind, beweisen für das Wohlergehen der unteren Subaltern- und Unterbeamten gar nichts. Wohl aber geht man nicht fehl, wenn man die erhobenen Vorschüsse fast ausschließlich diesen Kategorien auf die Rechnung setzt. Aber doch läßt eine weitere Position einen Schluß zu auf die an den Einlagen in hervorragender Weise theilhaftigen Beamtenkategorien. An außerordentlichen Einlagen ist dem Verein nämlich die Summe von 272 855 M., gegen 254 608,52 M. im Vorjahre, zugeführt worden. Wo diese „außerordentlichen“ Zähler zu suchen sind, kann nicht zweifelhaft sein. Denn thörichtlich bildet der Verein für diejenigen, die von ihrem Einkommen etwas erübrigen können — und die sind ja nur in den besser situierten Kreisen zu suchen — die denkbar beste Kapitalanlage. Hat er doch auch wieder in diesem Jahre die Einlagen mit 4 1/2 pCt. verzinsen können, ein Zinsfuß, den u. B. keine andere Sparkasse gewährt. Was die den unteren Beamtenklassen angehörenden Mitglieder als besondere Vergünstigung ansehen können, das ist, daß der Verein sich die Vorschüsse mit — 5 pCt., die vor der Verfallzeit eingewechselten Coupons (zu den Kautionspapieren gehörig) mit — 6 pCt. verzinsen läßt. Für dieses — Entgegenkommen gegen die wirtschaftlich Schwachen nennt man den Verein in den oberen Kreisen deshalb auch eine — „Wohlfahrts-Einrichtung.“ In den unteren Kreisen ist man allerdings zweifelhaft, ob dem Verein diese Bezeichnung gebührt mit Rücksicht auf den den Einzelheimern gewährten, oder den Vorschussnehmern abgeforderten hohen Zinsfuß. Jedenfalls haben diejenigen nicht ganz unrecht, die den Verein für die kapitalstärksten Mitglieder als Sparverein, für die sich kümmerlich durch's Leben schlagenden, den unteren Kreisen angehörenden Mitglieder dagegen als Vorschussverein bezeichnen. Soll der Verein die Bezeichnung als Wohlfahrts-Einrichtung wirklich verdienen, so müßte er vor allen Dingen den Zinsfuß für Vorschüsse auf 3—4 pCt. herabsetzen, das heißt, er müßte sich die Grundsätze der Reichsbank zu eigen machen, die Geldleuten zu diesem Zwecke bedeutende Vorlehen gewährt. Das ließe sich um so leichter durchführen, als das mit dem Verein verbundene Konsumgeschäft einen ziemlich hübschen Gewinn abwirft (1893 rund 10 000 M.); außerdem könnte der Beitrag von 1 Prozent von den aus den Vorschüssen aufkommenen Zinsen zum Reservefonds, der bereits die Höhe von über 75 000 M. erreicht hat, getrost eingestellt werden, weil das Risiko des Vereins, der nur an Beamte Vorschüsse verleiht, gleich Null ist. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Allerdings würde durch eine solche Ermäßigung der u. a. auch von den Vorschussnehmern aufgebracht und den Postkapitalisten, die da bedauern, daß der Verein nur Einzahlungen bis zu 1500 M. annimmt, gewährte Zinsfuß eine Beschneidung erfahren; immerhin könnte der Verein aber noch denselben Satz zahlen, wie die städtische Sparkasse.

Aber, in der That, einen Schritt auf diesem Wege hat der Verein bereits gemacht: seine überflüssigen, nicht durch Vorschüsse der Mitglieder in Anspruch genommenen Gelder hat er zu niedrigeren Sätzen ausgeliehen, zu 4 1/2, 4 1/4, 4 1/8, 4 pCt. Das ist unter diesen Schuldnern auch höhere Postbeamte befinden, ist nicht verwunderlich. B. W. hat der Postbaurath Zuckermann in Charlottenburg 30 000 M. zu 4 1/4 pCt. und der Ober-Postrath Schulze in Berlin auf ein Grundstück in Hasserode am Harz, das er „in Vertretung“ seines Vorgesetzten auszusuchen mauchmal in die glückliche Lage kommt, 3000 M. zu 4 1/2 pCt. erhalten. (Daß in dem jetzigen Rechenschaftsberichte von dem Vereinsvorsitzenden, Ober-Postdirektor Griesbach, die Namen der Besitzer der bez. Grundstücke fortgelassen sind, ist entweder nur ein Zufall oder — sehr vorsichtig gehandelt.) So haben die kleinen Vorschussnehmer wenigstens die tröstliche Gewißheit, durch ihre Inanspruchnahme des Vereins den entscheidenden Anstoß zu decken und zur Gewährung des ganz respektablen Zinsfußes von 4 1/2 pCt. an die ordentlichen und außerordentlichen Einzahler ihr vollgestülptes und geschütteltes Maß beizutragen. Schließlich, und damit kann man den Vorstand gewissermaßen aufschubdigen, sieht es ja auch den den unteren Beamtenklassen

angehörenden Mitgliedern frei, durch die Entnahme ähnlich hoher Kapitalien sich die Vorteile des niedrigen Satzes zu sichern, — notabene, wenn sie die nötige Garantie stellen können.

Mit wenigen Worten sei noch des mit dem Spar- und Vorschuss-Verein zusammenhängenden Konsumgeschäfts Erwähnung gethan, das in zum Haupt-Postamt gehörigen Räumlichkeiten untergebracht ist. Auf die aus den Kreisen der Kleingewerbetreibenden ertöndenden Klagen über die ihnen erwachsene Konkurrenz ist dem Geschäft seit dem 1. Januar 1892 die Vergünstigung der freien Benutzung der Räume entzogen worden. Nach dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1892 war die nun zu zahlende Miete, zusammen mit Druckkosten und Ausstattungsgegenständen auf 401 M. angegeben; die Miete selbst dürfte also wohl kaum mehr wie 200 M. betragen, eine Summe, die in Hinblick auf die Räumlichkeiten und die Geschäftsgegend als eine wahre Lappalie bezeichnet werden muß. In dem Rechenschaftsbericht für 1893 fehlt sonderbarer Weise diese Angabe. Es fehlt weiter die Angabe des Betrages, der aus Vereinsmitteln als Zuschuß zu den Kosten der Bestellsfahrten angewendet worden ist. Diese Bestellsfahrten dienen nämlich dazu, denjenigen Mitgliedern, die die mit der persönlichen Entnahme von Waaren verbundenen Unannehmlichkeiten vermeiden wollen, die bestellten Sachen in die Wohnung zu besorgen. Von dieser Einrichtung machen aber bekanntlich nur die besser situierten Mitglieder Gebrauch, während die anderen den Selbsttransport vorziehen, weil vorzuziehen müssen. In der Generalversammlung des Vereins am 27. März v. J. erhob sich aus den Kreisen der Mitglieder ein heftiger Widerspruch gegen diese Geschäftsführung. Man verlangte, und nicht mit Unrecht, daß die besser situierten Mitglieder auch die vollen Kosten für die Beförderung tragen und nicht den Geldbeutel der übrigen Mitglieder in Anspruch nehmen sollten. Der Vorsitzende, Ober-Postdirektor Griesbach, beistimmte zwar kurzer Hand alle Einwendungen mit den Worten: das sei ein Internum des Vorstandes, scheint sich mit diesem „Internum“ jetzt aber doch so unbehaglich zu fühlen, daß er vorsichtigerweise die Angabe und Spezialisirung der Verwaltungskosten des Geschäfts aus dem neuen Bericht fortgelassen hat. Und das nennt man einen — Rechenschaftsbericht!

Dieser Bericht wird solange mangelhaft bleiben, die Praxis nicht allein des Berliner, sondern der gesammelten Vereine wird solange den Grundsätzen und Intentionen einer Wohlfahrts-Einrichtung ins Gesicht schlagen, solange der Ober-Postdirektor des Bezirks der geborene Vorsitzende des Vereins ist. Noch heute, und heute mehr denn je, kann man die Worte zitieren, die schon in der 27. Reichstags-Sitzung vom 24. Mai 1872 gelegentlich der Subventionierung der Vereine mit 5200 Thalern der Reichspostverwaltung von der linken Seite des Hauses entgegengehalten wurden: Die Generalversammlung alle drei Jahre und die Wahl von Besitzern ist aber mehr Schein, als daß eine wirkliche Kontrolle darin liegt. Denn die Postbeamten sind doch thörichtlich nicht in der Lage, ihren Ober-Postdirektor als Direktor dieses Vereins wirksam kontrollieren zu können (hört! hört!); wenn in einer solchen Generalversammlung jemand einmal eine unbehagliche Opposition macht oder neugierig fragt, so riskirt er, daß er vom Direktor in den nächsten Tagen verhaftet wird. Von unten fehlt also jede wirkliche Kontrolle. — Wer so sprach? Es war der Abgeordnete Richter, der sich inzwischen aber derartig „gemausert“ hat, daß er heute zur Kritik postalischer Einrichtungen weder den Mund aufthut, noch die Feder ansetzt.

Tokales.

Daß die Erledigung von Beschwerden gegen Ungehörigkeiten, die das Gewerbegericht festsetzt, seitens des Landgerichts I in nicht ganz einwandfreier Weise vor sich geht, erfährt man aus einem abweisenden Erkenntnis der Zivilkammer 8 des Landgerichts, bezw. aus dessen schriftlicher Begründung. Bevor wir dieselbe inhaltlich wiedergeben, zuvor etwas über den Sachverhalt. Der Friseur W. L. hatte aus Anlaß einer Klage gegen den Friseur B. L. am 28. Februar vor der Kammer VI des Gewerbegerichts einen sogenannten Vergleichstermin wahrzunehmen. In demselben fühlte er sich von Vorsitzenden, Herrn Dr. Leo, in seinem Recht, die Klage begründende Ausführungen zu machen, beschränkt. Er bat deshalb am 6. April, als seine Sache der vollbesetzten Kammer vorlag, vor ihrer Verhandlung ums Wort und führte wörtlich aus: „Ich konstatiere hiermit, daß ich am 28. Februar von Seiten des Herrn Dr. Leo in meinen Ausführungen ungeheuer beschränkt worden bin.“ Herr Leo wurde hierauf sehr aufgeregt, erklärte P.'s Behauptungen für unrichtig und sein Benehmen für ungebührlich, ihm dabei u. a. auch seine Jugend vorhaltend, und verwarnete ihn energisch. D. antwortete wohl auch erregt durch die unerwartete Strafpredigt, aber durchaus nicht in unangenehmem Tone: „Ja kann mich dem nicht anschließen.“ Er wurde ob dieser Frevelthat mit einer Strafe von 1 M. belegt. (Ungeduld vor Gericht.) P. wollte in den angeführten Worten seiner unveränderten Ueberzeugung Ausdruck geben, wie er versicherte. Nach der zum Zwecke der Zwangs Vollstreckung dem Gerichtsvollzieher übergebenen schriftlichen Ausfertigung des Strafbeschlusses soll P. sich einer wiederholten und namentlich beim zweiten Mal äußerst groben Ungebühr schuldig gemacht haben — bestehend in direktem mehrfachen Widerspruch gegen die Behauptungen des Vorsitzenden. Die vom Kläger beim Landgericht anhängig gemachte Beschwerde wurde unter folgender, eigenartiger Begründung abgewiesen:

Nach der amtlichen Erklärung des Vorsitzenden der 6. Kammer des Gewerbegerichts habe der Kläger P. im Termine am 6. April in provokanter und beleidigender Weise erklärt, daß er im Sühnetermine in der Ausführung und Klarlegung seiner Rechte durch den Vorsitzenden verhindert worden sei. Er, der Vorsitzende, habe dann die Gründe dafür dargelegt, aus welchen die weiteren beabsichtigten Ausführungen des Klägers am 28. Februar verhindert worden seien, und denselben auf die in seinen Bemerkungen enthaltene unzulässige Kritik des Verhaltens des Richters aufmerksam gemacht und ihn vor Wiederholung ähnlicher Bemerkungen gewarnt. Nun habe der Kläger hierauf in einer einen frechen und beleidigenden Eindruck machenden Art bemerkt: „Ich kann mich dem nicht anschließen.“ Diese Reue sei charakteristisch für insbesondere gegenüber den vorangegangenen Vorhaltungen und Warnungen des Vorsitzenden als eine Ungebühr, für welche die angeprochene Strafe eine milde Sühne darstelle, um so mehr, als nach der weiteren Auskunft des Vorsitzenden des Gewerbegerichts derselbe während der Verhandlung gezwungen gewesen habe, den Beschwerdeführer zur Innehaltung eines angemessenen Tones zu ermahnen.

Aus dieser Beschwerdebeantwortung geht hervor, daß dieselbe sich einzig und allein auf die amtliche Aussage desjenigen stützt, der nach Lage der Sache das meiste Interesse an der Abweisung der Beschwerde hatte, und das ist bedenklich, umso mehr, als der angeführte Fall für alle vorkommenden gleichen Fälle typisch sein dürfte. Nicht, daß wir an der persönlichen Ehrenhaftigkeit des hier in Betracht gekommenen, wie anderer Gewerberichter zweifeln; dazu fehlt uns jede Veranlassung. Zunächst ist aber doch zu bedenken, daß der Richter — ein Mensch mit subjektivem Fühlen wie jeder andere — sich in der Beurteilung des Verhaltens einer Person nach seinen Empfindungen richtet, die seine Auffassung bestimmen; weiter, daß eine Reue, die auf U. einen „frechen und beleidigenden Eindruck“ macht, einen solchen noch lange nicht bei B. C. oder D. hervorzubringen braucht. Wenn diese anders empfinden wie er, wird halt ihr Urtheil von seinem verschieden sein. Besonders bezüglich des obigen Falles weiß der Verfasser dieses von Leuten, welche der fraglichen Verhandlung beiwohnten und die zur Bestrafung des Klägers abschlüssig eine Reue desselben mit anhörten, daß dieselben absolut keinen „frechen und beleidigenden Eindruck“ auf sie machte. Aus alledem erhellt, wie wenig geeignet, Vertrauen einzuschüßen, die besprochene Art der Beschwerde-Erledigung ist. Nicht zu vergessen ist hierbei, daß der Vorsitzende der Vertreter der verurteilenden Majorität und in den meisten Fällen als Leiter der Verhandlung Veranlasser der Verurteilung ist, wenn Angehörigen verhängt werden. Letzteres war Dr. Leo vor allem im obigen Falle: Er fühlte sich beleidigt, er sah in den gegen ihn gerichteten Ausführungen des Klägers eine grobe Ungebühr, er gewann davon den „frechen und beleidigenden Eindruck“. Daß die Arbeitgeber-Beistitzer allererstens mit dem Vorsitzenden einer Meinung sind, wenn es sich um ein Urtheil gegen einen Arbeiter handelt, sei nebenbei bemerkt.

Gerade im Falle P. tritt das Bedauerliche der alleinigen Vernehmung des Vorsitzenden hervor. Ohne ihm und anderen Richtern persönlich zu nahe treten zu wollen, müssen wir die freisitzige Praxis des Landgerichts verurtheilen, und das um des Rechts willen.

Betrachtungen über das Tragen der Dienstkleidung der Postbeamten stellt die „D. W.-Ztg.“ in einem Eingefand, das auch ihr aus dem Herzen kommt, an. Wer nun glaubt, daß diese Betrachtungen in Vorschlägen gipfeln, den in der Uniformierung des Personals zu Tage tretenden Militarismus als etwas in einer Zivilverwaltung Unerwünschtes wenn auch nicht zu beseitigen, so doch einzudämmen, der irrt sich gewaltig. Nicht die im Interesse der Beamten so dringend notwendige leichtere Sommerkleidung wird für erforderlich erachtet — zum Abdruck eines solchen Vorschlags würde sich die in der Leipzigerstraße redigirte und die Ansichten der Herren von Stephan und Fischer über diesen Punkt wohl kennende „Deutsche Verkehrs-Zeitung“ nimmermehr verstehen; — nein, es werden Klagen geäußert über das unvollständige Tragen der Dienstkleidung, über nur teilweise zugeknöpfte Rock u. d. Das die derart getragene Uniform einen besonders guten Eindruck erregt, wollen auch wir nicht behaupten. Will man jedoch ein Uebel beseitigen, so muß man vor allen Dingen den Ursachen nach den Grund gehen. Die Ursache der erwähnten Unvollständigkeit ist aber ohne Zweifel das durch die fürchterliche Hitze des Sommers erzeugte und durch den die waltirenden Dienstreise verstärkte körperliche Unbehagen. Würden die Herren vom grünen Tische, die für ihre Person die Uniform selbstverständlich verschmähen und in den hohen und geräumigen Büreaus in leichter Zivilkleidung arbeiten, die dagegen aber mit unwiderstehlicher Zone behaupten, daß das Personal einer leichten Sommerkleidung keineswegs sympathisch gegenüberstehe, abweichend in jedem Sommer auch nur eine Woche in vollständiger Dienstkleidung Trepp auf Trepp ab den Dienst eines Briefträgers versehen müssen, man könnte sicher sein, daß sofort eine Reform des jetzigen unerträglichen Zustandes eingeführt würde. Dann würde man auch über eine unvollständige Dienstkleidung nicht mehr zu Klagen haben.

Eine so einfache Lösung dieser Frage wird „oben“ natürlich nicht beliebt. Nicht beschneiden soll der militärische Geist werden, sondern vervollkommen. So wird es in dem angezogenen Artikel auch „als eine Lücke in den einschlägigen Bestimmungen“ empfunden, daß keine Vorschrift besteht, welche den Untergebenen v e r p f l i c h t e t, seinen Vorgesetzten (in Uniform), in natürlich militärischer Form, zu grüßen.“ In was für einer mit Größenwahn gepaarten Unwissenheit sich der Verfasser befindet, erfährt man daraus, daß er, wie der nächste Satz zeigt, die Unterbeamten für die Untergebenen der Beamten hält, daß er also noch nicht mal weiß, daß als Vorgesetzter eines Unterbeamten nur derjenige gilt, der zur Ertheilung von Warnungen und Verweisen befugt ist, also der Amtsvorgesetzte beziehungsweise dessen Stellvertreter.

Man sieht aber, zu welchen Leistungen sich das überspannte „Standesbewußtsein“ versteigt. Dieses Bestreben nach Wahrung persönlicher Ehrenbezeugungsformen ist typisch für die Denkreise des größten Theiles unseres Beamtenthums, das durch die Ausstattung mit Vorrechten aller Art, die den unteren Beamten allerdings nur in homöopathischen Dosen zu Theil werden, durch eine von der gewöhnlichen abweichende gleichmäßige Kleidung u. von seiner eigentlichen Bestimmung, nämlich Beamte der Gesamtheit, das heißt Bevölkerung des Volkes zu sein, abgelent wird. Daß dieses Ringen nach Ansehen und Verehrung nicht aus dem Interesse an der Sache, sondern aus der Herrschaft und persönlichen Eitelkeit der höheren und höchsten Beamten hervorgegangen ist und sich erst von hier aus nach unten hin ausbreitet hat, so daß infolge dessen jede Kategorie sich von der auf der Leiter eine Stufe niedriger stehenden hermetisch abgeschlossen hat und abschließt, ist ebenso klar, wie daß der Grund dieses schädlichen Klassensystems offenbar in der Ueberlieferung althergebrachter monarchischer Regierungskunstgriffe wurzelt; ist doch der Grundsatz: theils und herrsche, d. h. Klasse rangstufen, entsache den Reid, die Mißgunst, ein längt verlanster.

Aber der Gewährmann der „D. W.-Ztg.“ mag sich beruhigen: der Anfang mit seinem Vorschlage ist bereits gemacht und zwar in Berlin. Für die Berliner Unterbeamten bestimmt die Nachtrags-Dienstankündigung vom Jahre 1889 im § 8 nicht nur das militärische Größten sämtlicher Beamten in Uniform, sondern auch der sich in bürgerlicher Kleidung befindenden Vorgesetzten. Vielleicht verordnet der nächste Nachtrag auch das „Frontmachen“ auf der Straße. Und warum auch nicht? Denn wenn der Unterbeamte nicht heirathen darf, ohne zu fragen beziehungsweise ohne fürchten zu müssen, fortgesetzt zu werden; wenn er bei Beantragung von Vorschüssen aus dem privaten Spar- und Vorschussverein bitten muß; wenn er verpflichtet ist, die beabsichtigte Verwendung der

erbetenen Summe anzugeben; wenn er sich sogar die Kontrolle über die richtige Veranschlagung gefallen lassen muß — warum sollte nicht von ihm auch nicht das Frontmachen verlangen können. Ist unser Staat doch ein Militärstaat! Also her mit „Instruktionsstunden“ für die Post-Unterbeamten!
(Votales“ siehe auch 1. Beilage.)

Gerichts-Beilage

Gewerbegericht.

Kammer VIII. Vorsitzender (in Vertretung): Affessor Cuno. Sitzung vom 6. August.

Der Zahntechniker ein Gewerbegehilfe. Der Zahntechniker B., vertreten durch seine Frau, verlangt von dem Inhaber eines Zahnateliers für drei Wochen sein Gehalt, in denen er krank war. Die Klage wird dadurch begründet, daß B. nach einer getroffenen Vereinbarung nur am 1. und 15. jeden Monats gekündigt werden durfte, am 24. Juni aber krank geworden sei und somit als Techniker auf die Bezahlung der drei Wochen bis zum 15. Juli Anspruch habe. Auf Befragen gab Frau B. an, daß ihr Mann Operationen nicht selbständig vorgenommen, sondern nur die technischen Arbeiten ausgeführt habe. Der Kläger wurde mit der Begründung abgewiesen, daß seine Arbeiten als höhere Dienstleistungen nicht angesehen werden könnten, wenngleich sie technischer Natur gewesen wären; er hätte eben nur mechanische Arbeiten gemacht. Deshalb müsse er sich für die Zeit, während welcher er Krankheits halber nicht arbeiten konnte, mit den Leistungen der Krankenkasse begnügen. Nur Betriebsbeamte zc. hätten ev. Ansprüche auf die Zahlung ihres Gehalts während der Krankheit.

Um der Höflichkeit willen. Der Arbeiter L. behauptet, 1 1/2 Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist von seinem ehemaligen Arbeitgeber, einem Herrn Meister, entlassen worden zu sein und verlangt für diese 1 1/2 Tage Bezahlung. Der Beklagte bestritt, den Kläger entlassen zu haben. Derselbe sei „selbst gegangen“. Und zwar sei das folgendermaßen geschehen. Als L. am Entlassungstage nach Tisch wieder zur Arbeit erschienen, habe derselbe nicht „Mahlzeit!“ gesagt. Er, Beklagter, habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er doch anstandslos „Mahlzeit!“ zu sagen hätte. Des Klägers Antwort sei sehr unanständig gewesen, er habe von „etwas Sch... n“ gesprochen. Nun sei Kläger von ihm aufgefordert worden, nochmal hinauszufragen und mit einem höflichen „Mahlzeit!“ wieder hineinzukommen. L. habe sich aber angezogen und sei überhaupt gegangen. Der Kläger stellte den Sachverhalt anders dar. Nach seinen Ausführungen hat er nur anständig auf die ihm zutheil gewordene Aufstandsbeurteilung gesagt, er habe nicht nötig, „Mahlzeit!“ zu sagen, und sich dann geweigert, nochmals hinauszufragen. Hieraus sei Meister handgreiflich geworden und habe ihn hinausgeschoben. Der Beschuzene des Letzteren, welcher als Zeuge fungiert, „hat dies nicht gesehen“, wohl aber alles gehört, was sein Meister, der Herr Meister, betreffs der Reden und Taten L.'s behauptete. Die Behauptungen des Beklagten wurden deshalb als erwiesen angesehen und der Kläger wurde abgewiesen. Er hätte ja schließlich, führte der Vorsitzende in der Begründung aus, nicht das Verlangen des Meisters bezüglich des „anständigen Mahlzeitens“ erfüllen brauchen, ebensowenig hätte er jedoch die Arbeit verlassen dürfen, wollte er nicht den Lohn für die 1 1/2 Tage einbüßen.

Vom Wauschwindferthum. In die Enge getrieben wurde gestern vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II ein Bauunternehmer, der, statt zu bezahlen, einen Bauhandwerker denunzierte hatte. Der Brunnenschneidermeister David Simon aus Schöneberg war mit seinen Arbeitern Gustav Schüler und Wilh. Grothe wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs angeklagt. Simon sollte eines Tages zu Anfang Dezember mit zweier seiner Leute auf einen Neubau des „Bauunternehmers“ Teubert gekommen sein, um einen von ihm hergestellten Brunnen wieder fortzunehmen. Trotz der wiederholten Aufforderung des Poliers Grundriss soll sich keiner der Angeklagten entfernt haben. Der Angeklagte Simon erklärte, daß er auf dem Bauplatze gewesen sei, um einen von ihm hergestellten Brunnen wieder abzubauen, weil Bezahlung nicht zu erlangen war und der Bauunternehmer Teubert ihm selbst gesagt habe, „holen Sie sich doch Ihren Quark wieder weg!“ Ueber die Thäterschaft der Angeklagten vermochte der Maurerpolier wenig zu sagen. Den Meister Simon, der später wie dessen Arbeiter gekommen sei, habe er nicht zum Verlassen des Grundstücks aufgefordert, das habe er nur den Arbeitern gegenüber getan; ob das aber dieselben Arbeiter wie die angeklagten gewesen seien, wisse er nicht, refognoszieren könne er dieselben nicht. Der nächste Zeuge, „Bauunternehmer“ Teubert, wußte über die That an und für sich gar nichts. Er sei nicht dabei gewesen und füge seinen Straf Antrag lediglich auf die Angaben seines Poliers. Der Vorsitzende fragte: „Ist denn der Brunnen jetzt bezahlt?“ — „Ja, wohl“, erwiderte der Zeuge mit Nachdruck, Angeklagter Simon setzte aber hinzu: „Jawohl, mit Wechseln, die nicht eingelöst worden sind; ich habe heute noch kein Geld!“ Zeht schweig der Zeuge Teubert, er versuchte nicht, die letztere Behauptung des Simon zu widerlegen. Der Bauhandwerker Beder, der demnächst vernommen wurde, ist Zeuge gewesen, wie Simon dem Teubert in der Friedrichstraße begegnete, dabei wegen seines Geldes drängte, worauf Teubert erwiderte: „Ach was, holen Sie sich doch Ihren Quark wieder fort!“ Zeuge Beder fügte hinzu: „Teubert war früher Restaurateur, dann wurde er Bauunternehmer, aber so einer, der keinen Menschen bezahlt!“ Zeuge Teubert protestierte gegen derartige Insinuationen, worauf der Vorsitzende ganz trocken bemerkte: „Herr Teubert, ich sitze sonst als Zivilrichter und habe zufällig den Buchstaben „T“ zu bearbeiten. Ich halte es für gerichtsnotorisch, daß Sie sehr viele Prozesse haben!“ Kammer schweig der Zeuge erst recht. Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung und der Gerichtshof erkannte demgemäß.

Mit den Berliner Hängeböden hat sich kürzlich das Oberverwaltungsgericht beschäftigt. Einem Maurermeister, dem die baupolizeiliche Genehmigung erteilt war, in seinem Hause in der Calvinstraße Hängeböden einzurichten, verbot das Polizeipräsidium, den Hängeboden im 3. Obergeschoß, weil er mit der Wohnung nicht durch eine feste stehende, feuer-sichere Treppe in Verbindung stehe, zu dauerndem Aufenthalt als Wohn-, Schlaf- oder Arbeitsraum zu benutzen oder zu vermieten. Der 4. Senat des Oberverwaltungsgerichts hob als letzte Instanz diese Verfügung auf. Aus den merkwürdigen Urteilsgründen ist einiges für die Berliner Verhältnisse von Wichtigkeit. Das Polizeipräsidium wollte seine Anordnung u. A. aus allgemeinen sicherheitspolizeilichen Rücksichten aufrecht erhalten wissen, sie also durch den Inhalt des § 10 Th. II 17 des Allg. Landrechts begründen. Dies würde aber nach bekannten Rechtsgrundsätzen nur dann möglich sein, wenn es sich hier um eine bauliche Einrichtung handelte, die als eine ungewöhnliche, abnorme offenbar keine Regelung gefunden hätte und von den Verfassern derselben als eine in Berlin ungewohnte nicht hätte ins Auge gefaßt werden können. Davon darf aber nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse nicht wohl die Rede sein, da bekanntermaßen die Hängeböden eine Berliner Einrichtung sind und in früheren Zeitperioden sehr zahlreich, nicht selten auch bis in die neueste Zeit hinein als Schlafraum für Diensthofen in Gebrauch waren und sind. Und wenn auch die Bestimmungen der Absätze 2 und 4 § 87 die Ursache sind, daß Hängeböden neuerdings seltener zu Schlafzimmern benutzt werden, so werden doch auch noch heute solche eingerichtet und benutzt, die jenen Vorschriften entsprechen. Liegt aber eine bauliche Einrichtung vor, deren Regelung die maßgebende Bau-Ordnung mit

umfaßt, so kann nur diese in Anwendung kommen, nicht aber auf das Landrecht sich stützende besondere Maßregeln, von denen die Bau-Ordnung nicht weiß. Eine wirkliche Gefahr, selbst bei ausbrechendem Feuer, kann übrigens bei einer Höhe des Hängebodens von 1,25 Meter nicht mit Grund befürchtet werden, und zwar auch für den Fall nicht, daß die Leiter nicht zur Hand sein sollte. Es dürfen also nach dieser eigenartigen Entscheidung nach wie vor die Dienstmädchen zc. auf Hängeböden placiert werden, weil, nun weil es ein erworbenes Recht der Berliner Herrschaften ist, diese Hängeböden, in denen man sich oft nur in gebückter Stellung bewegen kann, für die Hausflaven gut genug zu halten.

Gewerkchaftliches.

Internationaler Tabakarbeiter-Kongress in Basel. Nachfragen ist noch, daß auf dem Kongress auch Dänemark, und zwar durch den Delegierten Olsen vertreten ist.

Bei der Berichterstattung über die Lage der Tabakarbeiter der verschiedenen Länder erwähnte den Reigen Deutschland. Aus dem gedruckten Bericht, der den Delegierten vorlag, ging hervor, daß die Organisation trotz der schweren Krisen, denen gerade in den letzten Jahren die Tabakindustrie ausgesetzt war, und trotz der Theilnahmslosigkeit der Masse der Arbeiter, dennoch auf der gleichen Höhe erhalten werden konnte, wie im Jahr 1892. Von den etwa 150 000 Tabakarbeitern, die Deutschland beschäftigt, gehören zwar nur 13 865 der Organisation an. Diese aber leisteten allein an Streikunterstützungen 1892-94 insgesamt 24 279 Mark. Von den 19 Streiks, die vom Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter unterstützt wurden, endeten 6 mit dem vollständigen Sieg der Arbeiter und 6 mit theilweisem Erfolge, während 7 als auschütlos ausgehen wurden. Das Verhalten der Behörden, die den Verein als eine nicht genehmigte Versammlungsanstalt in Anklagezustand versetzten, führten verschiedene Prozesse herbei, die jedoch mit Freisprechung endeten. Was die Lohnsituation anbelangt, so bemerkte Junge aus Bremen, daß diese von einem Berliner Kongress, woran sich organisierte und nicht organisierte Tabakarbeiter beteiligten, beraten worden sei; das Resultat werde demnächst in Buchform veröffentlicht werden. Stroemberg aus Hamburg fügte diesem Bericht einige Ergänzungen bei, wobei er namentlich den streifen Ausbau der einzelnen Landesorganisationen als Grundlage der internationalen Vereinigung besprach. Die Ursache, warum die deutsche Organisation nicht stärker sei, müsse einmal in der schlechten Lage der Arbeiter gesucht werden, dann aber auch in der ewigen Beunruhigung der Tabakbranche durch die Steuerprojekte der Regierung, die ja letztes Jahr wieder 100 Millionen aus dem Tabak habe herauspressen wollen. Wäre auch durch energische Proteste der erste Sturm abgesehen worden, so sei der Kampf doch noch nicht zu Ende. Dazu komme noch das Uebergewicht der Hausindustrie in der Tabakbranche, z. B. in Hamburg, wo bei einer Zahl von 3500 Tabakarbeitern bloß zwei größere Fabriken seien; ähnlich wäre es in Bremen und Westphalen. Die Hausindustrie isoliere den Arbeiter, lasse kein Solidaritätsgefühl aufkommen, führe, da sie in den meisten Fällen jedem geschäftlichen Schutz entzogen sei, zu grenzenloser Ausbeutung der Arbeitszeit, zu verwerflicher Ausbeutung der Arbeitskräfte von Frau und Kind und so zum Ruin ganzer Familien.

Wing so durch die Ausführungen der deutschen Delegierten trotz der hoffnungsreichen Aussicht in die Zukunft ein elegischer Zug, so wies dagegen Olsen aus Kopenhagen mit Stolz auf die Erfolge hin, die die Arbeiterorganisation in dem kleinen Dänemark erreicht hat. Das krasse gewerkchaftliche Organisations anbelangt, so gebührt Dänemark unbedingt der erste Preis. Von den 2500 Tabakarbeitern, die im Lande beschäftigt sind, gehören nicht weniger als 1000 der Organisation an, also mehr als die Hälfte aller Tabakarbeiter ist hier organisiert. Das kommt daher, daß in Dänemark politische und gewerkchaftliche Bewegung aufs Innigste verbunden sein können und daß die gewerkchaftliche Organisation sich nicht zersplittert, sondern zentralisiert ist. So ist der „Sozialdemokrat“, das täglich erscheinende sozialistische Organ der dänischen Partei, Eigentum sämtlicher Gewerkchaften, zählt 25 000 Abonnenten und wirt jährlich 16-17 000 Fr. Ueberaus zu agitatorischen Zwecken ab. Alle dänischen Gewerkchaften sind zu einem Gewerkchaftsbunde vereinigt, dessen Ausschuss bei Streiks zc. die Bewilligung zu erteilen hat. Die Streikunterstützung ist keine freiwillige, sondern obligatorisch. Streiken bloß 5 pCt. der Mitglieder einer Gewerkchaft, so hat diese die Ausständigen selbst zu unterstützen. Ist die Zahl der Streikenden größer, so wird in allen Gewerkchaften eine Extrasteuere erhoben. Auf diese Art sind im Nothfalle schon wiederholt 4-10 000 Kronen (1 Krone = 1,12 M.) wöchentlich aufgebracht worden. Der Beitrag der Gewerkchaften zum Zentralverband beträgt 60 Ore = 67 Pf. pro Monat und Mitglied. Wie stark die gewerkchaftliche Organisation ist, beweist die Zahl der Organisirten, die sich in Kopenhagen auf 90 000, in ganz Dänemark auf 100 000 beläuft. Die Tabakarbeiter Kopenhagens haben gegenwärtig ein Vermögen von 25 000 Fr.

Von Luxemburg entwirft M. Conrad ein sehr trübendes Bild. Von den 190 Arbeitern, die dort in der Tabakbranche beschäftigt werden, sind bloß 55 organisiert. Der Lohn schwankt zwischen 12 und 18 Fr. bei durchschnittlich 66 Stunden wöchentlich Arbeit. Jugendliche Arbeiter und weibliche Arbeitskräfte werden mit 3-4 Fr. entlohnt. Die Nacharbeitendarbeit wird mit 5 Fr. pro Tausend Zigarren bezahlt. Dazu kommt die so beliebte Lehrlingsarbeit. Nicht weniger als 14 Lehrlinge der Tabakbranche werden augenblicklich in dem kleinen Lande beschäftigt. Wie schlecht die Lage in Luxemburg ist, ergibt sich schon daraus, daß gegenwärtig nur acht fremde Tabakarbeiter in Luxemburg sind, während 30 luxemburgische Tabakarbeiter in der Fremde ihr Brot suchen.

Ueber die Schweiz referierte Keller aus Schwyz. Neben der Textilbranche, sagte er, ist die Lage der Tabakarbeiter die schlechteste zu nennen. Bei täglich elfstündiger Arbeitszeit sind es nur wenig Gläubige, die wöchentlich im Durchschnitt mehr als 20 Fr. verdienen. Die große Zahl verdient kaum so viel, um noch vegetieren zu können. Der Arbeitslohn pro Tausend beträgt für Formarbeit 5-11 Fr., für Handarbeit 12-16 Fr., ausnahmsweise 18-20 Fr. Die Sortierer verdienen 12-24 Fr. Zu erwähnen ist noch die französische Façon (ohne Kopf), wofür 2,80-6 Fr. bezahlt werden. Produkte solcher Art werden hauptsächlich von der arbeitenden Bevölkerung konsumiert. Die traurige Lage hat die Zigarren- und Tabakarbeiter so weit herabgedrückt, daß der meisten die Hoffnung auf eine Besserstellung geschwunden ist. Die Ruthlosigkeit der Arbeiter einerseits und ihre Abhängigkeit vom Unternehmertum andererseits stehen der Agitation hindernd im Wege; auch ist der Mangel an unabhängigen, agitatorischen Kräften zu beklagen. Was die Organisation anbelangt, so steht sie noch auf schwachen Füßen. Mehrere Niederlagen haben sie so geschwächt, daß jetzt in fünf Sektionen nicht mehr als 400 Mitglieder zu verzeichnen sind, noch nicht 10 pCt. der in der Branche beschäftigten Arbeiter (9680). Seit dem Kongresse in Amsterdam waren Lohnbewegungen im Stillstand, die Folge des Herbeistromens von Streikbrechern mit einer Niederlage endeten. In Affoltern wurden mehrere Vorstandsmitglieder gemordet, was die Auflösung der Gewerkchaft zur Folge hatte. In Payerne benutzte der Fabrikant den schauerlichen Umstand, um bei den Zigarrenmachern eine Lohnreduktion um 12 pCt. und bei den Sortirern eine solche von 25 pCt. durchzuführen und den Austritt aus der Gewerkchaft zu erzwingen. Eine kleinere Zahl Arbeiter nahm den Kampf auf, jedoch lehrte ein Teil bald zur Arbeit zurück und der Streik mußte als erfolglos aufgegeben werden. Die dortige Organisation ist vernichtet. Auch die vom schweizerischen Arbeiterbund beschlossene Initiative zur Sammlung von 50 000 Unterschriften, um das Begehren einer obligatorischen Krankenversicherung vor eine

Volksabstimmung zu bringen, mußte einseitigen mangels genügender Beteiligung fallen gelassen werden. Die erforderlichen Kosten sollten theilweise durch das einzuführende Tabakmonopol bestritten werden. Die Fabrikanten erzwangen theilweise bei ihren Arbeitern eine Unterschriftenammlung zu Gunsten der Privatindustrie. Eine Delegirten-Versammlung erklärte sich mit zwei Dritteln Majorität mit dem Monopol einverstanden. Ein Theil der Mitglieder unseres Verbandes glaubte sich bei Einführung des Monopols geschädigt und lehrte auf Veranlassung der Fabrikanten der Organisation den Rücken. Aus all dem geht hervor, daß trotz der Bemühungen einzelner Genossen die Schweizer Tabakarbeiter ihre Pflicht gegen den internationalen Unterstützungsfonds nicht erfüllen konnten. Man hofft jedoch, daß es sich auch in dieser Beziehung zum Besten wenden werde. Der Zentralverband entfaltete eine rege Thätigkeit, um die französisch sprechenden Genossen in die Organisation zu ziehen, bis jetzt ist jedoch kein großer Erfolg zu verzeichnen, was um so nöthiger wäre, als ein großer Theil der schweizerischen Tabakarbeiter in der französischen Schweiz beschäftigt wird. Was die Thätigkeit der einzelnen Sektionen anbelangt, so haben sie sich, nebst der Wahrung der Berufsinteressen, auch in der Politik betätigt. Die Beiträge schwanken zwischen 40-50 Cts. pro Mitglied und Monat; an den Verband werden 10 Cts. pro Quartal und Mitglied zur Agitation abgeliefert. Für die Reserveliste des Allgemeinen Schweizerischen Gewerkchaftsbundes werden 50 Cts. pro Quartal zur Streikunterstützung abgeliefert. Diese beträgt für Ledige 1,50 Fr., für Verheiratete 2 Fr. und für Kinder 20 Cts. pro Tag. Reise-Unterstützung wird von 50 Cts. bis 1 Fr. von den Sektionen verabsolgt.

Regulisch lauten die Klagen aus den Niederlanden. In den Großstädten ist der Stand einigermaßen besser als in der Provinz, wo die Löhne sehr niedrig sind und wo viel Formarbeit gemacht wird. Das Produkt, dort fertiggestellt, wird zu fabelhaft niedrigem Preise auf den Markt gebracht. Man bietet es für 5, 6 und 7 Gulden = 8,50 M., 10,20 M., 11,90 M. pro Tausend an. In dieser Arbeit verdienen die Zigarrenmacher bei einem Arbeitstage von 14-16 Stunden 4, 5 bis 6 Gulden pro Woche. Hiervon wird noch sehr oft ein nicht unbedeutender Betrag an verschiedenen Steuern abgezogen. In der Hauptstadt Amsterdam wird hauptsächlich Handarbeit gemacht. Der Wochenlohn wechselt zwischen 8 bis 15 Gulden. Von 20 000 Zigarrenarbeitern sind erst 2000, also ein Zehntel, organisiert. Der Wochenbeitrag beträgt 10 Cts. = 17 Pf.; bei Streiks tritt Erhöhung des Wochenbeitrags um 5 Cts. ein.

Eingelaufene Druckchriften.

Der Sozialdemokrat, Central-Weekendblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsdepotäre. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsdepotäre pro Quartal 1,20 M. Kreuzband 1,40 M.

Die No. 22 vom 9. August hat folgenden Inhalt: Wochenchau — Zur Landtagung in Mitteldeutschland von Dr. Faust, Gießen. — Ein Aufbruch der Frauenfrage. — Antik- und Philomathisches aus Oesterreich. — Parleinachrichten. — Zeitbeiläufige.

Das preussische Landtagsabtheilung II. — Der internationale Textilarbeiter-Kongress in Manchester. — Zur Aufhebungsgeschichte des Petroleum- und Monopols. — Schaffner: Schauspieler-Geld. — Gewerkchaftliches. — Was man und behandelt. — Literatur.

Die Neue Zeit, (Berlag von J. F. W. Diez in Stuttgart.) Das 44. Heft des 12. Jahrganges ist schon erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Sozial-Physiologisches. — Soziologie, Ethnologie und materialistische Geschichtsauffassung. — Von Heinrich Cunow. — Das Recht, eine soziale Richtschnur. — Von Franz Benda. — Ein Jahrbuch der literarischen Gewerbe-Inspektion. — Von August Hainz. — Literarische Rundschau. — Novellen: Zum Kapitel: Ueberproduktion. — Heintzen: Von unten nach oben. — Eine Novelle von Karoline. — Frei nach dem Russischen. (Postlegung.)

Hilfsliter Nr. 123, demokratisch-sozialistisches Wochenblatt, ist schon erschienen. — Das Zeitbild behandelt den Sommerabend eines Koalitionministers, während das Bild auf der letzten Seite einen kopierten John Bull zeigt, der mit der einen Hand die Apokalypse willkommen heißt, während er die andere drohend gegen die Einlass besprechenden Protestanten erhebt.

Sozialpolitisches Centralblatt, herausgegeben von Dr. Fein, Braun (Carl Hermanns Verlag in Berlin, Preis jährlich 2,00 M.). Die beiden erschienenen Nummern enthält unter anderem: Die Verhandlungen der preussischen Agrarkonferenz. — Von Professor Dr. Max Weber. — Die Gewerkschaften in England. — Von Dr. H. Kug. — Soziale Arbeiter-Organisationen in England. — Heintzen: Ein Streikbild des Lebens. — Aus dem Schicksal von Walter Richters (Schulz.) — Hesperische Ballade. — Von J. v. Sallet. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die Reichszeit, Zeitblatt für die Interessen der Arbeiterinnen. (Berlag von J. F. W. Diez in Stuttgart.) Das 14. Heft des 4. Jahrganges ist schon erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zeitungsbereich. — Zum Kapitel der Herkunftslosen. — Zur Lage der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen in der Provinz. — Gewerkchaftliche Arbeiterinnen-Organisationen in England. — Heintzen: Ein Streikbild des Lebens. — Aus dem Schicksal von Walter Richters (Schulz.) — Hesperische Ballade. — Von J. v. Sallet. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die Reichszeit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingeht in der Reichspost-Zeitungsliste für 1894 unter Nr. 266) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 36 Pf.; unter Kreuzband 38 Pf. Inzeratenspreis die zeitspaltweise 30 Pf.

Der im Verlage von J. F. W. Diez in Stuttgart erscheinende „Frische Gänge“, welcher bislang nur in Quartalsausgaben erschienen, ist jetzt auch in wöchentlichen und Stimmungs-Ausgaben vorhanden und zwar von Nr. 41 an. Der Preis ist dabei so billig gestellt, daß kaum eine Vertretung eingetretten ist. Die Quartale kostet 10 Pf., die Stimmungen komplett 10 Pf. oder per Stimme 10 Pf. — Der „Frische Gänge“ bewirkt, vorgelesen den Arbeiter-Gesangsvereinen eine gute, gediegene musikalische Kraft vorzulegen und zwar von älteren und neueren Komponisten, wobei besonders auch auf die Tendenz der Richtungen Rücksicht genommen ist, soviel dies möglich. — Inhalt der neuesten Heft: Heft 6. Gethmetik. Gedicht von Eugenie v. Moutterberg. Musik von D. Winter. — Die Arbeit. Gedicht von A. Scher. Musik von A. Gernik. — Sängerspruch. Musik von J. Gramm. — Mein Herz, das dich auf! Musik von D. Winter. Heft 7. Im Schenke. Gedicht von G. v. Bennig. Musik von D. Winter. — Musikant, du wider Schicksal! (Gedicht.) Musik von D. Winter. (Wöchentliche Beiläufige Sammler die jetzt erscheinende Heft sind vom Verlage gratis und franco zu haben.)

Zeitschrift für Hypnotismus, Suggestionstherapie, Suggestionstherapie und verwandte psychologische Forschungen. Verlag von Hermann Weitzel, Berlin SW., Köhlerstr. 22.

Briefkasten der Expedition.

Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein: Personal von Wilhelmshöhe, Beelichhof 8,50. Amerikanische Auktion einer selbstgefertigten Zigarrenspitze bei der Landpartie des ges. Arbeitervereins „Föhnung“ 3,10. Ges. bei Kaulde, Pappel-Allee 108a, 4,50. Ges. durch Brandes am Viertel bei Haberstroh, Neuenburgerstraße 240. Gesammelt bei der Feier der silbernen Hochzeit von Schmidt, Adalbertstr. 16, 15.—. Von der Malerwerkstatt Lindstädt, Rixdorf 2,55. Vergeltungsgewinn „Im Brand“ 3.—. Malerwerkstatt Storm u. Rosenberger, Charlottenburg 7,20. Bertorene Wette, Tempelhofer 50.—. Vierprozentige S. und A., Wilhelmstraße 6.—. Aus der Tischlerwerkstatt von H. Marten 6.—. Amerikanische Auktion des Sängervereins „Sorgenfrei“ 2. Rate 10,25. Tischlerei Jungnickel, Langestr. 109, 2.—. Auf das Wohl des Reuegeborenen 1.—. Ges. in der Fraiseri von Wagner und Dännebell, außer einem Defopiree, 2. Rate 8.—. Von den Slatrührern der Telegraphen-Bau-Anstalt F. Schuchard 1.—. Ueberbräu von ringreihen Bier, Spanbauerstr. 30, H. D., dritte Woche 4,80. G. P. 8.—. Vom Verein der Einseher (Tischler) Berlins und Umgegend 25.—. Sozialdemokr. Verein Oberborschen 19,95. Gesangsverein „Einig“ 6.—. Amerik. Auktion beim Stiftungsfest des Klubs „Granate“ 5.—. Gesangsverein „Collegia I“, bei einem Ständchen gesammelt 3.—. Säubert 0,60. Frauen- und Mädchenbildungsverein für ein Referat am 8. August 5.—. Mitglieder des Buchdruckerverbandes in Halle a. S. 15.—. Vom Gesangsverein in Brüg 2,60. Mofait-Fleisenleger-Verein 11,20 M.

Summa 188,15 M. Vereits quittiert 6556,58 M., in Summa 6744,73 M.